

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Unterbringung von Asylwerbern in Graz

GR. Mag. **Molnar** stellt namens von ÖVP und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Molnar**: Werter Gemeinderat! Graz hat in den letzten Monaten viele Menschen aufgenommen, die einen Asylantrag in Österreich gestellt haben oder auf der Durchreise in ein weiteres EU-Land waren. Die Stadtpolitik war immer bemüht, im besten Übereinstimmen mit den zuständigen Behörden tragbare Lösungen für die Bevölkerung und für die ankommenden Menschen zu finden. Diese gut gelungene und eingespielte Lösungskompetenz wird seit einigen Wochen und Monaten durch die Vorgehensweise einer heillos überforderten Bundesregierung konterkariert. Insbesondere die in den letzten Wochen gesetzten Handlungen, Quartiere zu schaffen, ohne im Vorfeld die Stadtpolitik zu informieren, erschwert eine aktive Begleitung und ist abzulehnen. Die Befüllung dieser Unterbringungen mit mehr als 50 Personen widerspricht der Idee einer gelingenden Integration.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Quartiere mit maximal 50 Personen zu begrenzen.
2. Das Land Steiermark wird aufgefordert, den ländlichen Raum stärker in die Pflicht zu nehmen und dort Quartiere zu schaffen, wo es noch keine Asylwerber gibt.
3. Die städtischen Eigenbetriebe Wohnen Graz und die Abteilung für Immobilien werden ersucht zu überprüfen, ob das Areal Nordberggasse, insbesondere der

vordere Bauabschnitt, Radegunder Straße 10, einer öffentlichen Nutzung, wie Gemeindewohnungen, Veranstaltungssaal oder Studentenwohnheim, zugeführt werden kann.

Bitte um Annahme.

GR. Mag. **Sippel** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Andi! Du weißt, ich schätze dich sehr, aber das ist schon ein bisschen ein eigenartiges Schauspiel, das ihr als ÖVP hier wieder abzieht. Die Frage ist, wer euch das abnehmen soll, Stichwort eure Petition, die läuft, es ist klar, dass da viele Leute unterschreiben, viele aus Begeisterung heraus, auch mehrfach, weil sie ja jeden Hoffnungsanker, den es zurzeit gibt, ja gerne wahrnehmen. Die Frage ist halt, wie glaubwürdig ist das Ganze. Ihr beklagt euch in diesem Antrag darüber, dass Quartiere geschaffen werden, ohne dass die Stadtpolitik im Vorfeld eingebunden wird etc. Aber bitte genau das ist das Durchgriffsrecht des Bundes, hinter dem die ÖVP Graz zur Gänze steht. Ich habe vor ein paar Monaten hier einen dringlichen Antrag eingebracht, dass wir uns als Stadt Graz auf die Füße stellen und sagen, wir lehnen dieses Durchgriffsrecht, dieses undemokratische Durchgriffsrecht ab, nein, dieser Antrag ist abgelehnt worden, auch eure Abgeordneten in Wien haben dieses Durchgriffsrecht goutiert und auch da zugestimmt, auch wenn der Schützenhöfer jetzt am Dienstag in der Landtagssitzung gesagt hat, naja, das war ein Fehler oder das ist jetzt doch nicht so richtig. Also er hat sich da wieder versucht herauszuwinden, aber das ist eben genau dieses Glaubwürdigkeitsproblem, das ihr da habt. Und wenn man sich dieses Durchgriffsrecht auch durchliest, dann steht da drinnen, dass nicht mehr als 450 Flüchtlinge auf ein Grundstück kommen dürfen. Das heißt, auf der anderen Seite, Umkehrschluss, dass bis 450 Asylwerber in einer Unterkunft untergebracht werden können. Also das heißt, da sind wir genau vor dieser Problematik, die uns jetzt in Graz mehrfach trifft. Und wenn man sich diesen gestrigen Asylgipfel anschaut, dann muss

man das ja sagen, es ist ja wirklich jämmerlich, was da auch letztendlich herausgekommen ist, denn das ist keine Obergrenze oder auch kein Richtwert, da wird ja herumgestritten um diese Begrifflichkeit. In Wirklichkeit ist das eine Bankrottieren unseres Staates auf Raten. Es soll nämlich zu den 28.000, die 2014 zu uns gekommen sind, zu den 90.000 des letzten Jahres, insgesamt 127.500 weitere dazukommen. Ich meine, die Zahl steht einmal so im Raum, aber wenn man diese Zahl auch weiterspinnst, diese Zahl sich auch weiter vergegenwärtigt, dann bedeutet das, dass wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren insgesamt bis zu einer Million Zuwanderer in Österreich haben werden. Wie komme ich zu diesen Zahlen? Ganz einfach, wenn man sich den Familiennachzug anschaut, dann lässt sich da herausrechnen, weil das sind im Schnitt zwischen drei und acht Personen, die da nachgeholt werden nach der jetzigen Regelung und es wird auch zu erhöhten Geburtenraten kommen. Das heißt, das sind die wirklichen Zahlen, die letztendlich auch unser System sprengen werden und deswegen gibt es aus unserer Sicht nur eine einzige Möglichkeit, diesem ganzen Problem Herr zu werden, das ist ein sofortiger Zuwanderungsstopp, das heißt, wir müssen die Grenzen dicht machen, wir brauchen eine konsequente Abschiebung, wir müssen den Familiennachzug abstellen, weil die Katrin Kneiße hat das in der Diskussion gestern gesagt, es ist ja nur ein Hauptanreiz, dass die Menschen nach Österreich kommen, weil wir so großzügige Regelungen im Familiennachzug haben. Wir brauchen Investitionen nicht in Integration, sondern wir brauchen jetzt Investitionen in Remigration, das ist das Wichtige (*Applaus FPÖ*), wir müssen eine Good-bye-Politik an den Tag legen und nicht weitere zu uns einladen, das wird unser System nicht verkraften und es wird in weiterer Folge zu massiven Problemen, auch was den inneren Frieden betrifft, führen und wir brauchen ein Canceln aller Maßnahmen, die Österreich für Asyltouristen, und ich nenne es bewusst so, weil Asyltouristen sind diejenigen, die sich aussuchen, in welches Land sie gehen, wo sie die meisten Leistungen zu erwarten haben. Wir müssen diese Anreize für diese Asyltouristen abstellen, weil sonst werden wir dieser Situation nicht Herr und dazu zählt auch und das ist ja genau der Punkt, dazu zählen auch solche Komfortwohnungen, wie es die Grünen dann letztendlich fordern,

das sind ja wiederum Anreize und das gilt es abzulehnen. Was diesen Antrag betrifft, die Dringlichkeit ja, das Thema ist dringlich, keine Frage. Aber ein Nein zu den Punkten eins und zwei und logischerweise aber auch ein Ja zum dritten Punkt, die Nordberggasse beziehungsweise das ehemalige Pflegeheim Marianne, das haben wir eh schon in der Anfrage besprochen, über diesen Ankauf nachzudenken, das ist sinnvoll
(Applaus FPÖ)

GR. **Grossmann:** Herr Bürgermeister, hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde ganz gerne wirklich sehr intensiv die Frage erörtern, wie das mit der Zuwanderung ist und wieviel Zuwanderung sozusagen für Österreich verträglich ist, wieviel notwendig ist, welche ökonomische Folgen das hat, darüber würde ich gerne debattieren, sehr lange, ausführlich, intensiv auf der Basis von Zahlenmaterial. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser momentanen Situation, in der wir uns befinden hier in Europa, insbesondere auch in Österreich, haben wir nicht die Zeit, über Zuwanderung zu diskutieren, sondern wir haben die Aufgabe, drüber nachzudenken, wie wir hier in Österreich, in der Steiermark, in Graz mit einem Problem umgehen, das uns begegnet ist unvorbereitet, zwar nicht ganz, aber letztendlich doch, weil wir nicht genau hinschauen wollten. Wir müssen darüber diskutieren, wie wir es schaffen, auf der Basis völkerrechtlicher Verträge der Genfer Konvention der Menschenrechtserklärung etc. wie wir es schaffen, Menschen aufzunehmen in Europa, ich spreche noch nicht von Österreich, in Europa, die um Leib und Leben rennen, die es auf sich nehmen, 2000 Kilometer zu Fuß unterwegs zu sein, ohne Sicherheit in eine vollkommen unsichere Zukunft, alleine sich auf den Weg machen, mit der Familie sich auf den Weg gemacht haben, um zumindest dem Tod zu entinnen und zumindest die Hoffnung aufrecht zu erhalten, ein selbstbestimmtes Leben zu finden. Das ist die Fragestellung, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Ich möchte auch ganz bewusst über den gestrigen Asylgipfel der Bundesregierung kein

Wort verlieren, ich möchte ihn auch nicht bewerten, ich möchte mich jetzt auf den Antrag, auf den vorliegenden, vom Kollegen Molnar konzentrieren. Natürlich sind wir dafür, uns sehr intensiv mit dieser Fragestellung auseinanderzusetzen, bin auch sehr dankbar, dass es diesen Antrag gibt. Es gibt bei uns vielleicht interessanterweise und auch nicht interessanterweise eine unterschiedliche Prioritätensetzung. Wir sind persönlich davon überzeugt, deshalb darf ich auch gleich den Antrag einer getrennten Abstimmung einbringen, dass die Punkte eins und zwei des Antrages sehr gut und richtig sind für unsere Stadt. Und der dritte Punkt bedürfte einer intensiveren Diskussion, weil wir hier mit einer Fragestellung zu tun haben, über die wir uns intensiv noch nicht auseinandergesetzt haben. Denn kann es wirklich sein, dass die Stadt Graz in jeder einzelnen Fragestellung dort, wo es das Durchgriffsrecht des Bundes gibt, in jeder einzelnen Fragestellung dort, wo der Bund ein Quartier aussucht und Unterbringung vornimmt, dass die Stadt Graz Geld in die Hand nehmen muss, um diese Liegenschaften anzukaufen, um damit zu verhindern, dass die sinnvolle, sozialintegrativ wirksame Verteilung von Flüchtlingen auf das gesamte Stadtgebiet tatsächlich greifen kann? Ich denke, dass wir hier eine Fragestellung haben, die wir aus rein finanziellen Überlegungen überhaupt nicht bewerkstelligen können und wir sollten auch nicht ein Zeichen setzen mit diesem, unseren Ansinnen anzukaufen, dass, ich würde jetzt einmal sagen, immer darf man nichts Böses unterstellen, aber es soll ja doch Leute geben, die auch in diesem Zusammenhang, wenn es zur Unterbringung und Leib und Leben geht, aber ihre geschäftlichen Ideen nicht ganz außer Acht lassen. Also könnte durchaus möglich sein, dass wir, wenn wir das Zeichen setzen, verstärkt ankaufen zu wollen, überall dort, wo Unterbringung vorgenommen werden soll, durch das Durchgriffsrecht des Bundes, dass hier geschäftliche Interessen stärker sozusagen in den Vordergrund kommen und dass es plötzlich Ideen gibt, Asylquartiere dem Bund anzubieten, wo diese Idee bisher nicht entstanden ist. Und das ist die Überlegung, obwohl wir grundsätzlich immer dafür sind, Grundareal oder Grundstücke oder auch Gebäude anzukaufen und dort Gemeindewohnungen oder Übertragungswohnbau unterzubringen, das ist die einzige Überlegung, warum wir diesem Punkt nicht ganz so

positiv gegenüberstehen und deshalb auch die Zustimmung nicht geben werden. Aber wir haben noch einen Punkt einzubringen, einen Zusatzantrag, den ich gerne verlesen möchte, dass wir unseren Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl ersuchen, zwecks Vermeidung von Großquartieren aktiv die Suche nach geeigneten Kleinquartieren für die Unterbringung von Flüchtlingen zu veranlassen und dem Stadtsenat laufend über die entsprechenden Aktivitäten und Ergebnisse zu berichten. Denn es ist gut, gegen Maßnahmen zu sein, es ist besser, selbst Aktivitäten zu setzen. Und ein Wort noch, lieber Kollege Sippel, das Durchgriffsrecht des Bundes ist deshalb geschaffen worden, um eine gerechte Verteilung vorzunehmen und dort Quartiere auch zu finden, wo bisher selbständig keine Quartiere angeboten wurden. Da ist die Stadt Graz völlig die falsche Adresse, denn wir sind aktiv in diesem Bereich und das Durchgriffsrecht des Bundes sollte, so wie es auch in dem Antrag drinnen steht, endlich dort wirken können, wo Gemeinden bisher keine Bereitschaft gegeben haben, sich an dieser gemeinsamen gesellschaftlichen Aufgabe auch zu beteiligen. Dankeschön (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Ein herzlichen Grüß Gott auch von meiner Seite. Zum Zusatzantrag gleich einmal vorweg der SPÖ, dem wir, die grüne Fraktion, zustimmen und dann möchte ich gleich ein wenig fortsetzen, was hier auch schon diskutiert worden ist, wir diskutieren hier Obergrenzen. Wir sind als Grüne natürlich immer für kleinere Quartiere, wir sind natürlich für Quartiere unter 50, wenn es um unbegleitete Minderjährige geht, da haben wir auch, Gott sei Dank, mittlerweile eine Rahmenvereinbarung im Land, die das auf 40 Unterzubringende beschränkt. Nur werden hier Äpfel und Birnen vermischt. Wir können nicht auf eine 50er-Begrenzung gehen, wenn wir von Transitquartieren sprechen, wenn wir von Entlastung sprechen, wenn wir von Erstaufnahmezentren sprechen, dann tun wir immer so, als hätte das mit Integration zu tun. Wie lange ist denn der Aufenthalt in einem solchen Quartier. Sind wir doch froh, dass es Möglichkeiten für solche Quartiere gibt, die bestehende

Quartiere entlasten. Es geht auch anders, wenn Sie mitverfolgt haben, letzte Woche war ein Treffen im Forum Altbach, wo viele Bürgermeister dort waren. Ich weiß gar nicht, ob unser Bürgermeister auch dort war, jedenfalls waren viele Bürgermeister dort, die sich auch darüber ausgetauscht haben, wie es funktioniert und es ist beeindruckend, wie die verschiedenen Bürgermeister selbst an ihre Grenzen gehen, in ihrem Ort an die Grenzen gehen, um eine gute Unterbringung für viele zur Verfügung zu stellen, um eine gute Transitversorgung zu sorgen. Also da denke ich mir, da geht es um Aktion und Aktivität und nicht um eine Diskussion von Grenzen. Weil wenn ich mir anhöre die gestrige Diskussion über die Obergrenzen, 37.500 pro Jahr, jeder Mensch mit Hausverstand fragt, wenn hundertmal die Feuerwehr kommt, was passiert, wenn es das 101. Mal brennt, wenn hundertmal die Grenze ist. Wenn Sie einen Menschen vor sich haben, der aus einer Kriegssituation kommt, können Sie ihm das sagen, sie sind der 37.501, es geht nichts mehr. Wenn dann die Innenministerin dazu gefragt wird, wie sie das eigentlich juristisch sieht, dann sagt sie, das muss erst ausjudiziert werden. Bitte, wo sind wir, wir gehen peinlichst mit Grenzen nach außen, ohne zu wissen, ob die menschenrechtlich überhaupt absicherbar sind, ob die überhaupt argumentierbar sind.

Zwischenruf GR. Mag. Molnar: Ja, sicher.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig:** Sind sie nicht. Andreas, wenn du unter die Verfassungsjuristen gegangen bist, herzliche Gratulation, die Verfassungsjuristen, die es bisher ausjudiziert haben, sagen, es gibt diese Obergrenze nicht. Ich kann zum nächsten Punkt noch kommen, wenn du von dieser Aufteilung sprichst an die Länder. Der Herr Bürgermeister hat selbst einmal vor einigen Monaten den Vorschlag gemacht,

in Graz ein Prozent zu begrenzen, wir sind bei 2.200 Asylwerbern aktuell in Graz, noch nicht bei diesem einen Prozent, es ist sinnvoll, auch alle Gemeinden miteinzubeziehen, das passiert ganz stark wieder. Forum Altbach, da haben sie gesehen, wie wahnsinnig viele Gemeinden, Gott sei Dank, mittlerweile mittun. Wenn man nach Vorarlberg schaut, da gibt es mittlerweile keine einzige Gemeinde mehr, die keine Asylwerber aufgenommen haben, wird auch etwas mit den Koalitionsklima dort zu tun haben. Aber immerhin es gibt immer mehr, die da aktiv werden und auf das möchte ich hinweisen, auf das möchte ich bitten, kommen wir auf dieses konstruktive Arbeiten zurück. Mein Kollege Karl Dreisiebner hat einen sehr guten Vorschlag, wie wir nachhaltig Wohnmöglichkeiten zur Verfügung stellen können. Ich werde versuchen heute, auch mit einem dringlichen Antrag dafür zu werben, wie wir die Bevölkerung mitnehmen können, stärker einbinden können und eine Spitze kann ich mir zum Abschluss nicht verkneifen, Herr Bürgermeister, Sie haben eine Möglichkeit, Obergrenzen zu schaffen, nämlich zum Beispiel bei Petitionen, indem man dort das so programmiert, dass man nur einmal abstimmen kann und per E-Mail diese Abstimmung bestätigt erhält. Das ist leider bei dieser Petition nicht möglich, was auch die Kleine Zeitung angemerkt hat, aber dort hätten wir zumindest eine Möglichkeit, faktische Obergrenzen zu schaffen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics:** Nachdem wir die Diskussion um das Thema Nummer eins, wenn ich die anderen dringlichen Anträge mir anschau, gleich an die erste Stelle setzen, werden wir das vielleicht dann bei den anderen etwas kürzer halten können. Gleich zur Obergrenze bei der Petition, ihr macht euch alle große Sorgen, ich habe mir das angeschaut, ihr geht auf change.org. auch die FPÖ, auch die SPÖ mit euren Petitionen, ich habe überhaupt kein Problem gehabt als thomas.rajakovics@yello.at von meinem Handy und von meinem Computer aus eine Stimme abzugeben, weil change.org das genauso zulässt, weil das nur auf IP-Adresse zugreift. Wir haben eine Lösung gefunden

und haben sie so ausgelegt, weil viele ältere Leute angerufen haben schon am ersten Tag, dass sie nur einen Computer und eine E-Mail-Adresse haben und beide abstimmen wollen, es ist bei uns zweimal möglich mit der gleichen E-Mail-Adresse, wenn zwei Namen eingesetzt werden, abzustimmen. Das ist das Einzige, was anders ist als zu eurer Plattform, wie es ja hier von vielen verwendet wird, das heißt, es ist überhaupt kein hemmungsloses Abstimmen möglich, es sind maximal zwei Stimmen pro E-Mail-Adresse möglich, die meisten nutzen es im Übrigen gar nicht, kann man auch da nachschauen, das heißt, die meisten geben nur eine Stimme ab und man kriegt eine Antwort und dann kriegt man sogar einen Hinweis darauf, wie bei jeder, auch bei change.org kann ich mit einer fremden Adresse abstimmen, wenn die Frau Schröck eine, die nicht so viel, die Frau Vizebürgermeisterin, die nicht so internetaffin ist, nicht weiß, wie man dann umgeht, wenn man was nicht gemacht hat, dann schreibt man zurück, dass man es nicht machen, dass man es storniert haben möchte, genau das Gleiche passiert bei change.org, genau das Gleiche machen wir natürlich, wenn wir unter einer, wenn einer das nicht möchte, wird er natürlich storniert (*Applaus ÖVP*). Zur Aussage vom Armin Sippel, zuerst ist es darum gegangen nur dort, wo wir Interesse haben, sollen wir... wir sollen nicht überall, Grossmann war das, glaube ich, wir sollen nicht überall ankaufen oder ist die Gefahr, dass wir dann in eine Falle tappen, dass Leute investieren und sagen, die Stadt wird es mir dann schon abkaufen, wenn ich Flüchtlinge hingebe. Also die beiden Liegenschaften, um die es jetzt geht, Andritz und auch die Kirchner-Kaserne, sind beides Liegenschaften, wo die Stadt Graz schon einmal ihr Interesse angemeldet hatte. Kirchner-Kaserne bereits vor einem Jahr, also ist das nicht das Neueste, da war noch keine Rede davon, dass Flüchtlinge kommen, haben wir schon an diesem Areal ein Interesse angemeldet, der Bürgermeister sogar schon einmal eine Arbeitsgruppe wegen einer möglichen Stadtteilentwicklung für dieses Areal schon eingesetzt, da war noch keine Rede, dass Flüchtlinge kommen und auch in Andritz hat es schon einmal Interesse gegeben bezüglich des Ankaufs und eventuell Errichtung von Startwohnungen oder Gemeindewohnungen war damals eine Preisfrage, wird auch jetzt wieder eine Preisfrage sein. Zu jedem Preis werden wir es

sicher nicht ankaufen. Zum Kollegen Sippel, ich meine, es ist mir klar, dass ihr ein bisschen nervös seid, wegen der Petition.

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Das ist ja schon gescheitert.

GR. **Rajakovics:** Ihr schaltet ja auch schon Inserate, es freut mich natürlich ein bisschen, dass es euch nervös macht, weil ich glaube, dass es ganz gut ist, dass eine Position in der Mitte eingenommen wird, weil wenn ich auf der einen Seite höre, es ist alles zuviel und es ist alles ein Wahnsinn, weil der Bürgermeister hat ja nicht gestern gesagt das erste Mal 100.000, sondern im September, da war noch der Aufschrei von euch, um Gottes Willen, 100.000, von was redet denn der Bürgermeister, nie im Leben, soviel dürfen gar nie nach Österreich kommen.

Zwischenruf StR. Mag. (FH) Eustacchio: Das sagen wir noch immer.

GR. **Rajakovics:** Also wir überlegen uns relativ frühzeitig, was ist möglich, was ist schaffbar, wir haben in der Stadtregierungssitzung, da habe zufällig dabei sein dürfen, weil ich auch für den Bürgermeister ein paar Sachen erzählen habe dürfen; wir haben in der Stadtregierungssitzung das Thema gehabt, dass zuwenig Wohnungen da sind, wir haben das Thema gehabt, dass die Kosten, wie du anführst, auch entsprechend steigen, gerade auch bei den Konventionsflüchtlingen, das ist ein großes Thema bei

allen Sozialhilfeverbänden, die haben das Thema gehabt, dass der Bund bis heute keinen Cent wirklich auf den Tisch legt, nicht wie Deutschland 630 pro Monat pro Flüchtling für die Gemeinden, um alle Rahmenbedingungen zu schaffen, das sind alles wichtige Themen und deshalb, wie wir jetzt nahe diese 100.000 kommen, die wir bereits vor vier Monaten gesagt haben, das wäre eine Obergrenze, haben wir auch eine Petition gestartet, um zu signalisieren, es ist ganz wichtig, dass man hilft und wir brauchen überhaupt uns nicht verstecken, Österreich macht sehr viel, viele Österreicherinnen und Österreicher kümmern sich hervorragend um Flüchtlinge und dieses Treffen, wo der Kurt Kalcher auch die Gemeinden jetzt eingeladen gehabt hat, damit Bürgermeister in der Steiermark sich da besser vernetzen, südliches Burgenland, die Flüchtlinge haben, ist ja ein Zeichen dafür, dass wir etwas schaffen, aber wir schaffen es nicht ohne Grenze. Es gibt Bürgermeister, die sagen ok, für 40 bis 50 schaffen wir es, sagen, für 100/150 schaffe ich es in meiner kleinen Gemeinde, aber nicht mehr dann. Das heißt, wir brauchen eine Obergrenze und sie ist nicht unartig zu nennen, wenn das Recht eingehalten wird, die GFK und Dublin, die Genfer Flüchtlingskonvention und Dublin, wenn das eingehalten wird, dann haben wir diese Diskussion nicht über die Obergrenze, weil dann haben wir nicht so viel Flüchtlinge. Ist ganz einfach, entweder wird Dublin eingehalten, dann kann ich nach Österreich hereinfliegen oder über Liechtenstein kommen und die GFK sagt auch eindeutig, dass ich im ersten sicheren Staat meinen Asylantrag stellen kann und nicht in jedem Land, wo ich es mir gerade aussuche. Das spricht alles dafür, dass es zentrale Aufnahmestellen gibt, die EU ist da sehr säumig, aber ich habe überhaupt kein schlechtes Gewissen, wenn die EU ihre eigenen Gesetze nicht einhält, wenn die EU die eigenen Gesetze nicht einhält, dann ist es auch recht überhaupt kein Problem, das Österreich sagt, es gibt eine Obergrenze und für den 100.001 habe ich auch kein Problem zu sagen, bitte den Asylantrag in Slowenien stellen. Also der fällt dort nicht ins Meer runter, sondern der steht in Slowenien, in einem Land, wo wir ohne Probleme nach Maribor essen fahren am Wochenende, also tadellos, deshalb denke ich mir, diese Obergrenze macht Sinn, diese Obergrenze ist ein Bereich, wie man auch als Staat

reagieren kann, da geht es dann eben zum Beispiel um die ein Prozent, 2.800 wären das für Graz, wir haben jetzt 2.240. Wir haben ja auch längst mehr Gebäude, wir sind in einem guten Austausch mit der Landesregierung, deshalb ist es auch so ärgerlich, wenn von Bundesseite dann solche Quartiere in der Größe aufgemacht werden. Wir sind im guten Austausch mit der Frau Kollegin Harm-Schwarz, zuständig ist ja eure eigene Landesrätin, die sich auch sehr bemüht, dass wir da Obergrenzen mit 50 einhalten, die meisten Quartiere sind auch nicht größer, die angeboten werden. Das heißt, wir haben sicher noch mindestens 300 Plätze in Graz bereits bewilligt, unter Anführungszeichen „bewilligt“, wo wir als Stadt schon die Zustimmung gegeben haben, also wir werden ohne Probleme die 2.800 Flüchtlinge aufnehmen können, zu denen wir auch stehen. Aber irgendwann ist dann eben Schluss, einfach weil wir auch finanziell an die Kapazitätsgrenze stoßen, wenn von den 2.800 1.400 Mindestsicherung brauchen, weil sie dann anerkannt werden und das ist ja ungefähr die Anerkennungsrate und wir haben für nächstes Jahr, haben wir ja gehört in der Stadtregierungssitzung, zirka zwei Millionen Mehrkosten allein aus dem Titel Mindestsicherung. Das heißt, da muss man schon genau hinschauen und man kann nicht sagen, es geht ohne Grenze und in eure Richtung, wer jetzt Quartiere suchen muss, also die Quartiersuche liegt eindeutig bei der Landesrätin Kampus, aber ich werde gerne den Herrn [REDACTED] als Ersten anrufen und ihn fragen, wo er in Andritz meint, dass man da zwei/drei Quartiere aufmachen können und werde ihm liebe Grüße von dir ausrichten (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Die KPÖ unterstützt diesen dringlichen Antrag und auch den Inhalt. Die ersten beiden Punkte, also vor allem die ersten, weil die KPÖ sich klar gegen Großquartiere immer ausgesprochen hat und weil wir strikt auch dagegen sind, dass private Betreiber, also Quartiergeber, sozusagen ein Geschäft mit Flüchtlingen und Asylwerbern machen, um nur ein Beispiel zu nennen, das war erst

letzte Woche. Ein Quartiergeber ein privater im Bezirk Geidorf, ich will das jetzt nicht konkret nennen, weil wir der Sache nachgehen, beherbergt dort in einem Zimmer, das sind 20 m², vier Personen, da sind Stockbetten drinnen und kassiert von jeder Person 150 Euro netto. Nur so viel zu der anderen Seite, die parallel dazu auch es gibt, jetzt schon gibt, unabhängig von den zu erwartenden Menschen, die bei uns Heimat suchen. Da in dem Antrag geht es jetzt nicht um die Obergrenze, aber weil da so viel jetzt um Gemeindewohnungen geredet wird und auch um das Thema Wohnen, da muss ich mich jetzt wirklich dazu äußern, ich wollte es gar nicht, weil an und für sich wir dem Inhalt eh zustimmen. Ich hoffe, dass einige noch hier sind, die sich erinnern, wie lange die KPÖ hier im Gemeinderat einsame Ruferin war, wenn es darum gegangen ist, genügend kommunalen Wohnraum, sprich eine entsprechende Grundstücksvorsorge, zu treffen und auch die entsprechenden Mittel dafür bereitzustellen und vor allem ist hier das Land gefordert. Es kommen heute eh noch zwei Dringlichkeitsanträge aber da habe ich schon einiges jetzt gesagt, weil es auch sehr gut da dazupasst, jetzt ist es ja hochinteressant, wer alles überhaupt für Gemeindewohnungen ist, jedes Objekt, was irgendwo freisteht, meint man jetzt, jetzt könnte man gleich Gemeindewohnungen so leicht machen, es ist heute schon genannt worden auch bei der Nordberggasse, es ist immer eine Frage, was kostet das, sind diese Quartiere überhaupt geeignet? Das ist ja auch die Frage, wie ist die Raumnutzung und die Raumaufteilung, sind dort noch Mieter? Weil meines Wissens gibt es dort noch Mieter, sind dort auch Eigentümer drinnen, das ist ja alles nicht so einfach. Und natürlich der Preis und da sind wir jetzt immer bei dem wesentlichen Punkt, weil jahrelang, zehn Jahre lang, und das muss ich leider sagen, das ist auch unter der SPÖ/ÖVP-Koalition sind zehn Jahre lang zwischen 1995 und 2005 lediglich ein Grundstück angekauft worden mit 23 Wohnungen. Damals haben wir aber noch mehr im Eigentum gehabt und wären mehr Grund und Boden zur Verfügung gestanden. Gott sei Dank ist seit 2008 werden wir hier unterstützt, haben das Sonderwohnbauprogramm eins geschafft, das sind heuer die letzten Objekte fertig und sind jetzt durch das Doppelbudget 2015/2016 in die Lage versetzt, dass wir das Sonderwohnbauprogramm zwei in Angriff nehmen können, weil wir halt nicht brav

waren die ersten zwei Jahre, hat man uns die ersten zwei Jahre die Mittel nicht zur Verfügung gestellt und es steht und fällt mit dem. Und weil der Herr Klubobmann Sippel schon wieder Selbstgespräche führt, weil ich sehe das immer, du tust dich schon wieder hineintheatern, das beobachte ich nämlich oft bei dir, das ist leicht geredet, ich kenne eure Partei seit 1993 da, dieses Engagement für den Ankauf von Gemeindewohnungen hätte ich mir vor 15/20 Jahren auch gewünscht und vor allem, es ist eure Partei, die kritisiert hat, dass die KPÖ dafür sorgt, dass das Budget in der Stadt Graz explodiert, weil wir jetzt für so viele Gemeindewohnungen sind und so viel Geld zur Verfügung gestellt haben, dankenswerterweise, muss ich jetzt wirklich sagen, kommen wir da jetzt auch weiter. Ich möchte nur, dass ihr ehrlich seid und dass man das Thema ehrlich spielt. Wohnungslose Menschen, noch einmal, haben wir oder das Thema Wohnen betrifft die Flüchtenden genauso wie hunderte von Österreichern und Österreicherinnen, die wohnungslos sind, wir haben genauso das Problem, dass wir für suchterkrankte Menschen weder Notquartiere haben und die sich auch nicht privat wohnversorgen, das sind alles so Sachen, die dann niemanden interessieren. Und man kann das nur, und das reden wir seit Juni letzten Jahres dieses Thema kollektiv in der Stadtregierung, dort, wo wir zuständig sind, lösen und dort, wo der Bund zuständig ist, da muss es der Bund machen. Also da teile ich das, was der Klubobmann Haßler gesagt hat, vollinhaltlich, weil ohne zusätzliche Mittel werden wir das auf keinen Fall derheben. Und das Land, das muss ich jetzt sowieso sagen, das hat die soziale Wohnpolitik an die Wand gefahren, weil nicht nur, dass die Wohnbaudarlehen ertscheppert haben, die wenigen Mittel, die wir da noch haben, das ist ja für alle Wohnbauträger, nicht nur für die Gemeindewohnungen, deshalb ist ja der Weg auch richtig, den jetzt die Budgetpartner einschlagen, dass man das Wohnungsamt dahingehend unterstützt, dass wir selber wieder Gemeindewohnungen bauen, sonst werden wir Leuten Sachen versprechen, die wir nicht erfüllen können und da sind wir dann eh beim dringlichen Antrag von der Kollegin Bauer mit dem Programm, weil Programme kann man viele beschließen, wenn es nicht parallel die

Rahmenbedingungen dazu gibt, sprich das Geld, ist das geduldig das Papier (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat, liebe Regierungskolleginnen und -kollegen, meine Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie! Wir werden uns jetzt im Rahmen der dringlichen Anträge sehr oft mit dem Thema Flüchtlinge und die Situation auch in unserer Stadt beschäftigen und ich möchte auch ganz gerne ein paar Dinge richtigstellen oder in Ihnen auch meine Überlegungen dazu sagen. Wir wissen alle, dass Gerechtigkeit auf dieser Welt etwas ist, wonach wir alle trachten, wir aber ganz weit weg sind. Ich habe unlängst einmal gesagt, wir leben auf einem Planeten, aber in sehr viel unterschiedlichen Welten und es ist traurig genug zuzusehen, wie von den Vereinten Nationen über die Europäische Union diese Ungerechtigkeiten auf der Welt ununterbrochen geschaffen werden und wie wenig auch europäische Länder und auch Österreich dazu beigetragen haben, dass die Konflikte heruntergeschraubt werden, dass man zu politischen Lösungen und nicht zu militärischen kommt, es ist traurig genug zu sehen, wie wenig Entwicklungshilfe geleistet wird und es ist noch schlimmer zu sehen, dass auch die Flüchtlingslager und die UNHCR nicht mehr dabei unterstützt wird, diese Millionen von Flüchtlingen auch wirklich aufzunehmen. Braucht uns also nicht wundern, dass eine solche Entwicklung jetzt eingetreten ist, die man hätte voraussehen können auf dieser Welt. Das gilt für uns alle, jetzt ist einmal etwas passiert, wo wir persönlich betroffen sind in einem Ausmaß, wie wir es vorher nicht gekannt haben. Ich bin ein glühender Europäer und ich möchte auch da nicht verschweigen, dass ich sehr enttäuscht bin über zwei Entwicklungen, die mangelnde Solidarität Europas unter den 508 Millionen Menschen und eigentlich auch sehr enttäuscht bin darüber, dass etwas versprochen wurde, was nicht gehalten wird, dass es nämlich zu Schengen-Außengrenzen kommt, dass wir unsere Grenzen im Sinne der Reisefreiheit auch aufheben können, was uns alle sehr gefreut hat und was uns jetzt

ziemlich auf den Kopf fällt. Daher gibt es jetzt ein Gegeneinander, ein Durcheinander, aber selten ein Miteinander und jeder versucht, sich irgendwie zu positionieren. Das ist auch das gute Recht aller Fraktionen. Ich möchte das aber auch für meine Fraktion tun und ganz klar und deutlich sagen, dass wir eine Position der Mitte insofern vertreten wollen, dass wir sagen, ja wir haben zu helfen aber es gibt soziologische, aber auch ökonomische Grenzen und die muss man aufzeigen. Und wenn ich vergangenes Jahr auf ein paar Dinge aufmerksam gemacht habe, wurde ich zum Teil belächelt oder bekämpft, eines davon war, dass ich gesagt habe, 100.000 Menschen wird in etwa aus meiner Sicht verkraftbar sein und ich habe das auch heruntergebrochen und gefordert, dass es nicht zum Wettstreit der Bürgermeister kommt, wer hat es geschafft, dass er möglichst keine in seiner Umgebung hat und habe gesagt, ich hätte gerne gleich eine Quote gehabt, dass jeder Bürgermeister weiß, was zu tun ist und wie er dran ist und das wissen wir nicht. Ich war ja diese Woche in Wien mit meiner Kollegin aus Innsbruck, mit meiner Kollegin aus Wien, weil der Herr Bürgermeister Häupl leider erkrankt ist, mit meinem Kollegen aus Linz und aus Salzburg und wir haben gemeinsam, auch in der Vorbesprechung, klar und deutlich gesagt, dass wir als Kapitäne der Schiffe einmal sagen müssen, was verkraftbar ist und was wir aufnehmen können und da sind wir uns einig und gäbe es nicht die Wortspiele und Wortgefechte, wäre das Ganze nicht so peinlich, wie es in Österreich momentan abläuft. Obergrenze ja oder nein. Ich habe immer gesagt, sprechen wir bitte davon, wie hoch ist die Integrationsfähigkeit und da unterscheidet sich die ÖVP von der FPÖ und zwar ganz, ganz deutlich. Für euch ist jeder, der von draußen hereinkommt, nur eine Gefahr und eine Bedrohung und ihr wollt nicht helfen und am liebsten Grenzen dicht und wir sind wir, da sind wir aber nicht dabei, wir sind auch nicht dabei zu sagen, es können alle hereinkommen, sondern ich möchte helfen, so gut wir können und bevor das Gleichgewicht in unserem Staat kippt, weil es hat niemand was davon, auch nicht, die bei uns Schutz suchen, und das muss endlich signalisiert werden und deshalb bin ich froh, dass es einmal dazu gekommen ist. Die Petition habe ich an dem Tag gemacht, wo mir die Bundesregierung, die mir nicht viel ausrichtet und die mich manchmal und auch den Landeshauptmann

auslöst und einfach jetzt mit dieser Durchgriffsregelung genau das macht, was wir nicht wollen, nämlich 400/500 oder 1.200 in Unterpremstätten unterbringt. Vollkommen sinnlos, sie sind nicht lernfähig gewesen bis jetzt, deswegen...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, da gehört auch meine Fraktion dazu, aber tut nicht so, als wäre es im Verkehrsbereich, weil der Herr Kurzmann und der Herr Eustacchio das Gleiche Ressort gehabt haben, immer nur quasi gemeinsame Linie gegeben. Ich kann mich erinnern, wie ihr gestritten habt und wie der eine den anderen nicht unterstützt hat. Und wir sind eine breite Fraktion, haben unterschiedliche Meinungen und eine Innenministerin oder alle, die jetzt Verantwortung tragen, auch auf Bundesebene, haben ganz schön was zu tun. Wenn du jeden Tag Tausende bekommst, musst sie irgendwo aufteilen und jeder sagt, heiße Kartoffeln, nein danke. Also Durchgriffsrecht, leider haben sie es genau falsch angewandt und über Großlager nachgedacht und über Großeinheiten, die wir nicht wollen und wo wir alles tun werden und wo der Hermann Schützenhöfer in Andritz angerufen hat, gefällt mir nicht, dass dann auf der Bezirksebene auf einmal andere Meinungen herbeikommen und angezündelt wird. Wir haben versucht, der Hermann Schützenhöfer hat es gesagt, dass momentan nur 100 Leute in Andritz sind und nicht die 250, die schon ausgemacht waren und 500, die der Bund gerne gehabt hätte. Da haben wir telefoniert und gekurbelt und ordentlich gestritten, dass es nicht so groß wird und ich kämpfe mit allen Mitteln dagegen, dass Kasernen, die wir eigentlich bräuchten für den Grenzschutz, jetzt auch in Graz, wo wir schon kaufen wollen und was anderes draus machen wollen, auch Freiraum bieten wollen, dass das jetzt zu einem dauerhaften Quartier mitten in einem Bezirk kommt,

wo so viele Menschen auch so mit unterschiedlichen Kulturen, Sprachen, sozialen Problemen schon leben. So deswegen auch eine Petition, ich habe das gemacht, was ich immer wieder tu, ich wende mich an die Bürgerinnen und Bürger und ich kann euch sagen, allein 1.200 E-Mails, die privat noch an mich gegangen sind, nebst der Petition, wo die Menschen sagen, dankeschön, endlich traut sich jemand eine Zahl sagen, weil dann wissen auch alle, wie die Pläne abzuarbeiten sind und es ist halt einmal so, wegschauen und sagen, die ganze Welt geht uns nichts an, funktioniert nicht, aber auch den Staat gefährden, geht aus meiner Sicht auch nicht. Und ich habe mehrere Punkte auf der Petition, ich werde auch nicht müde werden, das meiner eigenen Fraktion und allen zu sagen und ich hoffe, dass es so etwas wie diesen Domino-Effekt gibt und es ist wurscht, mit wem ich rede, jeder sagt, eigentlich wäre es schon einmal gescheit und wenn das slowenische Fernsehen heraufgekommen ist und gesagt hat, Herr Bürgermeister, was sagen Sie denn da, Herr Saria ist gekommen und hat das Mikro hingehalten und hat gesagt, ja was ist dann mit dem 100.001sten, habe ich gesagt, der wird bei euch bleiben, das ist wunderbar, ihr habt ein tolles Land, wir fahren gerne runter. Wir gehören zusammen, wird ihr... wieviel haben Sie? Ich weiß jetzt nur von ungefähr 100 bis 50 Menschen, die in Slowenien um Asyl angesucht haben, Slowenien und dann wollen unsere Juristen mit uns debattieren, ob das unmenschlich ist, wenn Österreich nein sagt. Ich bin stolz darauf, wenn es uns gelingt, 100.000 Menschen, und jetzt auch noch einmal zu den Zahlen mit dem Nachzug. Wir haben 90.000 aufgenommen, ein Teil davon wird nicht Asyl kriegen, musst wieder abziehen, die werden hoffentlich auch nach Hause geschickt werden, bei allen können wir es nicht. Nächstes Ärgernis, was heißt das, Marokkaner sind jetzt da und haben von Köln bis sonst wohin für Probleme gesorgt. Die Marokkaner können nicht bitte nach Marokko zurückgeschickt werden, weil es dieser Europäischen Union mit 500 Millionen Menschen, mit der Wirtschaftskraft nicht gelingt, mit Marokko ein Abkommen auszuhandeln, aber ganz geschwind sollten sie das tun, weil sonst würden sie vielleicht auch einmal ein bisschen mehr Druck aus der Europäischen Union kriegen als angrenzendes Land. Ich traue mich wetten, wir können alle, die sich nicht nach unseren

Regeln verhalten, ganz schnell wieder zurückschicken. Und diese Differenzierung ist wichtig und es gibt, Gott sei Dank, auch viele NGOs, Menschenrechtsorganisationen, auch unterschiedliche Parteien, die sagen, helfen ja, aber bitte bis zu einem gewissen Grad, mehr können wir nicht und das tut mir weh, wenn gestern eine Frau mit über 90 Jahren da hereingekommen ist und gesagt hat, Herr Bürgermeister, wo kann ich unterschreiben, weil jetzt fürchte ich mich langsam um unser Österreich. Also wegschauen und zu sagen, wir sind da immer offen, wird nicht gehen und der Mittelweg könnte funktionieren. Geschätzter Herr Klubobmann Sippel und du hast so Worte wie jämmerlich etc. in die Hand genommen. Noch einmal zu den Zahlen: 90.000 sind da, davon werden viele auch nicht Asyl bekommen, jetzt bin ich froh, dass man einmal wenigstens gesagt hat, es gibt so etwas wie ein niedrigeres Kontingent, ich habe die Petition hineingestellt, wie ich gehört habe, 120.000 Menschen werden aufgenommen von Seiten des Innenministeriums und vom Kanzleramt, sprich auch dem Herrn Konrad, habe ich vernommen, er rechnet mit 150.000 und dann habe ich gesagt, wenn das passiert, ich kenne alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die da mit mir dran arbeiten, das schaffen wir nicht und das müssen wir aufzeigen. Wir können als Kapitän eines Schiffes nicht sagen, jaja, jede Menschenmenge drauf und wir haben in unserer Stadtsenatssitzung habe ich mit allen Kolleginnen und Kollegen geredet, wir haben darüber gesprochen und haben gesagt, Elke Kahr hat gesagt, hallo, 2000 Menschen warten in Graz auf eine Gemeindewohnung. Also auch die Anträge, die heute kommen, nehmt Holzhäuser und baut es wo auf, ja wunderbar, sagt mir aber gleich die Adressen dazu, wo wir sie hinstellen, wollt ihr es als Siedlung haben oder als Einzelhäuser, können wir das auf den wertvollen Flächen von Graz machen oder wäre es vielleicht doch gescheiter draußen, wo man in der Steiermark eh ein paar Gebiete haben, wo man eh Abwanderung haben oder sonst was und Leerstehungen haben etc.? Also über das können wir alles gerne diskutieren, aber ich möchte haben, dass wir aufhören und dieses Problem erkennen und zwar ganz klar. Der Herr Magistratsdirektor fordert uns immer wieder auf, wir müssen Szenarien durchspielen, wir müssen Kerngrößen haben, ich muss wissen, was auf mich zukommt und wenn ich

als Bürgermeister gemeinsam mit meinen Regierungskollegen nicht weiß, wieviel tausende Menschen da kommen werden und ob man vielleicht Matratzen auflegen müssen auf einem Bahnhof, dann gehe ich in die Offensive und werde das auch weiterhin tun und jeder, der aus meiner Sicht, und das kann auch aus meiner eigenen Partei sein, gegensteuert und das anders machen will, wird mit meiner politischen Kritik leben müssen und ich bin sehr, sehr dankbar, dass gestern einmal auf Bundesebene ein Zeichen gesetzt wurde, das in Europa angekommen ist. Weil was hilft es dem Herrn Faymann, wenn er nach Brüssel fährt, unserem Bundeskanzler, und dort sagt, wir streiten noch über die Dimensionen, wieviel wir helfen können. Ja, da wird gar nichts passieren, da wird rein null passieren, das wisst ihr alle und deswegen muss Europa erkennen, und da wird jetzt Slowenien bis Mazedonien und auch Griechenland anders reden, als wenn nur diese drei Staaten, die diese Last alleine nicht schultern können, unterwegs sind. Deutschland, Schweden und Österreich, wir dürfen leben in so einem Land, wir sind hineingeboren in eines dieser drei Länder, die ganze Welt, die ein Problem hat, alle Menschen auf dieser Welt würden gerne in diesen drei Ländern leben. Den Rest sollte man weiter im Kopf behalten und positiv ans Werk gehen und es stört euch, ich weiß das, die FPÖ stört das, dass ich als Erster gesagt habe, ich bin für diese Grenze, ihr wollt gar niemanden da haben, das sind wir nicht, wir wollen auch helfen, weil das auch menschlich ist und weil das in der Politik auch dazugehört und weil wir es auch geschafft haben. Wir haben Gott sei Dank bis heute, wir haben es recherchiert, nicht solche Übergriffe wie in Köln, wir haben nicht so dramatisch soziale Unterschiede wie in Paris und in Frankreich, weil wir eh gemeinsam, es wäre eine Kritik an unserer Arbeit, weil wir gemeinsam in den letzten Jahrzehnten auch zum Thema Integration mehr gemacht haben als viele andere Staaten und Städte der Welt (*Applaus ÖVP*).

Das ist mit Nachzug gerechnet, du hast es nur verschwiegen, gestern wurde von der Regierung klar gesagt, weil du es anders gesagt hast, der Familiennachzug ist bei den 37.500, mitberücksichtigt, so wurde es gestern in Wien vereinbart.

GR. Mag. **Sippel**: Nur noch einmal zu dieser Petition. Ich meine, wir sind die Letzten, die euch diesen Erfolg nicht gönnen, zumal ihr ja nicht unbedingt verwöhnt wart von Erfolgen in letzter Zeit. Ich meine, es ist jetzt nicht die ganz große Kunst mit einer Tageszeitung im Rücken, die auch überregional Werbung macht, das zustande zu bringen oder auch, wenn man die Öffentlichkeitsarbeit durchaus ein bisschen ungeniert nutzt, dann kann das natürlich schon gelingen, das stört uns ja nicht. Aber es ist halt aus unserer Sicht nur teilweise fragwürdig und auch nicht ganz glaubwürdig, wenn ich mir diese Forderungen auch in dieser Petition anschau und ich frage mich schon, was bedeutet dieser Obergrenze von 100.000 in dieser Petition für euch, das würde ich schon ganz gerne wissen, weil wir reden ja nicht nur von 90.000, die im Jahr 2015 zu uns gekommen sind, sondern wir reden auch bereits von 28.000, die 2014 zu uns gekommen sind, das heißt, da sind wir, wenn man das zusammenaddiert, bei 118.000, da müssen wir ein paar wegrechnen, die bereits abgeschoben worden sind, das waren bis zum September 2015 allein im Jahr 2015 zirka 3.000, es hat 6.500 Bescheide, also Ablehnungen, gegeben, aber tatsächlich abgeschoben worden sind nur 3.000. Das heißt, zu dem Zeitpunkt, wo ihr die Petition gestartet habt, waren mit Jahr 2014 und 2015 sagen wir 110.000 Leute da, das heißt, ihr seid eigentlich dafür, wenn ich die Obergrenze richtig verstehe, dass 10.000 zusätzlich auch außer Landes gebracht werden, also so verstehe ich das. Und das ist ja genau diese Vernebelungstaktik, die die ÖVP macht, sie wirft irgendeine Zahl in den Raum und keiner weiß damit was anzufangen und was heißt das, das Gleiche ist gestern beim Asylgipfel gewesen, was heißen diese 37.500, was passiert im Mai? Wahrscheinlich ist es eh schon im April erreicht diese Zahl, was passiert dann, wenn diese Zahl erreicht ist, wie agiert man dann? Da gibt es keine Lösungen, da gibt es keine Antworten darauf und das ist genau das Problem, vor dem ihr steht und das ihr nicht erklären könnt und das kritisieren wir an dieser Sache, weil es da auch nichts für uns gibt, wo wir uns mithinaufschwingen können. Und weil du gesagt hast, zwei Parteien und unterschiedliche Meinungen, na

selbstverständlich hat es bei uns auch gegeben im Verkehrsbereich, aber nur im Verkehrsbereich, da geht es nicht um die Existenz unserer Gesellschaft in Wirklichkeit, das ist, glaube ich, ein bisschen ein wichtigeres Thema (*Applaus FPÖ*) und wer, wenn nicht ihr, seid da in der Lage, Änderungen herbeizuführen, noch seid es ihr, wer weiß, wie das in Zukunft ausschauen wird. Aber wer, wenn nicht ihr und du bist am Montag nach Wien gefahren und hast nichts erreicht, deine eigene Partei hat mit der gestrigen Entscheidung hat euch den Schuh aufgeblasen, nichts anderes hat die ÖVP in Wien mit eurer Forderung gemacht (*Applaus FPÖ*) und das muss man zur Kenntnis nehmen. Das Einzige, was wir hier auch zu bedenken geben und was wir auch euch ein bisschen darlegen wollen ist, dass ihr den Menschen nicht Hoffnungen machen sollt, weil sie unterschreiben jetzt, weil sie Hoffnungen haben und dann werden diese Hoffnungen enttäuscht. Ihr erweckt Hoffnungen, könnt es aber in Wirklichkeit mit eurer eigenen Partei in Wien nicht einhalten und das ist das, was wir kritisieren und das ist unglaublich (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Also wenn du mir einmal zeigst, wie du einen Schuh aufbläst, dann kann ich mir drunter was vorstellen, aber das können wir dann bei mir drüben einmal probieren. Ich habe mehrere Forderungen nach der Petition und eine davon lautet, dass wir nicht mehr so viele Menschen aufnehmen können, dass wir den Mut haben, das auch ganz Europa zu sagen und das ist gestern passiert. Wir haben es leider noch nicht geschafft und weil ihr im Landtag ja den gleichen Antrag von mir wieder genommen habt, ich bin euch ja dankbar, bleibt man im Gespräch, danke vielmals und ihr habt nicht alles genommen, weil die 100.000 habt ihr gleich gar nicht abgestimmt, zweimal wurde zugestimmt und in der einen Frage hat die Landes-ÖVP gesagt, sie tut sich aufgrund der derzeitigen Situation schwer, das auch wirklich umzusetzen, sie hat es auch umformuliert, das ist ein erklärtes Ziel. Ja, wenn du ein paar hundert kriegst, hat auch eine Landesrätin... oder tausend über Nacht bekommst, hat auch eine

Landesrätin ihre Probleme, sie so schnell... Aber die Zielsetzung muss sein, dass die Großquartiere in Österreich auch wieder beendet werden, weil das in Unterpremstätten kannst du ja auch zu Graz dazuzählen. Es ist ja das, was mich auch stört, das Innenministerium, das gar nicht jetzt politisch, die Damen und Herren des Innenministeriums schauen sich immer die Ziffern an, aber sie sagen immer dazu, Graz hat erst 2.200, na wo sind denn die 1.200, die in Unterpremstätten, nicht in Unterpremstätten, beim Schwarzl-Freizeitzentrum untergebracht sind, wo werden sich denn die aufhalten, wo werden die denn eine Chance haben? Die werden nicht den ganzen Tag am See sitzen, die werden eine Ausbildung brauchen und, und, und, die werden natürlich auch zu Graz dazuzurechnen sein und im Moment haben wir keinen Transit und es wäre natürlich für euch ganz, ganz schlimm, wenn die Europäische Union aufwacht und euch das einzige Thema, mit dem ihr versucht, Wahlen zu gewinnen, abhanden kommt, weil dann müsstet wieder bei anderen Themen auch richtig Gas geben, das verstehe ich, das ist eure größte Sorge, aber die Differenzierung ist mir wichtig (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Molnar**: Ich danke für die Wortmeldungen, ich bitte um Annahme des Antrages. Eines ist mir noch ein Anliegen, was dazuzusagen. Wir haben natürlich das Durchgriffsrecht mitbeschlossen, die ÖVP, aber es war nicht ausgemacht, dass es Null-Informationen gibt. Weil zum Beispiel im Bezirk Leonhard haben wir erfahren, dass ist das Mindeste, was wir auch von der Bundesregierung verlangen, im Vorfeld informiert zu werden. Die Bezirksvertreter, Bezirksvorsteher oben, also im letzten Moment, die müssen den Kopf hinhalten oder zum Beispiel wie auch in Leonhard unsere Bezirksvorsteherin mit langen Diskussionen bei Caritas erreicht hat, dass dieses Asylantenheim nicht ohne Betreuung ist. Das war einfach so, dass sie uns 100 Personen in den Bezirk gesetzt haben und es war niemand da, der diese Menschen betreut. Also das geht nicht und das ist auch ein Teil dieser Petition, dass wir im Vorfeld informiert

werden und seriös Strukturen schaffen können, die Bevölkerung informieren können. Und das Zweite ist, was ich überhaupt nicht verstanden habe von den Grünen, es ist sehr wohl ein großer Unterschied, ob ich im Stadtgebiet ein Transitlager habe oder ein Asylantenheim, ganz ehrlich, in der Stadt brauche ich kein Transitlager, das kann man Menschen zumuten, dass sie vielleicht zwei/drei Wochen irgendwo außerhalb neben der Autobahn warten, wo ich weiter bin. Im Stadtgebiet ein Asylantenheim kann ich natürlich nicht neben der Autobahn haben, wie soll da Integration funktionieren, also deshalb verstehe ich das in Andritz nicht, wie hier da quasi ein Transit stattfinden kann. Also in der Stadt natürlich Asylantenheime, wo ich hier Integration machen kann, aber in der Stadt Transitlager haben im Ballungszentrum nichts zu tun. Zum Abschluss möchte ich noch sagen, hat mich sehr beeindruckt von unserer Schwesterstadt der Bischof Tökes, das war einer, der sich mehr für Menschenrechte eingesetzt hat zur Wende und der Hauptinitiator war der rumänische Revolution, der auch für Ungarn im Europaparlament sitzt. Er hat gesagt, zwei Dinge machen einen Menschen aus: Herz und Verstand. Wer in dieser Zeit kein Mitleid hat, hat kein Herz, aber wer nur Mitleid zeigt, hat keinen Verstand. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir stimmen jetzt beim Antrag drei Punkte hintereinander ab. Der erste ist: Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Quartiergröße mit maximal 50 Personen zu begrenzen.

Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Grüne) angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Der nächste Punkt: Das Land Steiermark wird aufgefordert, den ländlichen Raum stärker in die Pflicht zu nehmen und dort Quartiere zu schaffen, wo es noch keine Asylwerber gibt.

Der Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Grüne) angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Dritter Punkt: Der städtische Eigenbetrieb „Wohnen Graz“ und die Abteilung für Immobilien werden ersucht zu überprüfen, ob das Areal Nordberggasse, insbesondere der vordere Bauabschnitt Radegunder Straße, einer öffentlichen Nutzung wie Gemeindewohnungen, Veranstaltungssaal oder Studentenwohnheim zugeführt werden kann.

Der Punkt 3 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ und Grüne) angenommen.

Der Zusatzantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 14.30 Uhr den Vorsitz.

2) Gefährdung der Jugend durch Shisha-Bars – Schutzabstand vor Schulen, Kinderbetreuungs- und Freizeiteinrichtungen

GR.ⁱⁿ **Potzinger** und GR.ⁱⁿ **Heuberger** stellen namens ÖVP und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Geschätzter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren auf der Zuschauergalerie! Es geht um ein Anliegen, das Eltern an uns herangetragen haben, besorgte Eltern, insbesondere Auslöser, darf da gleich die Mittragstellerin, meine Kollegin Ingrid Heuberger, zitieren. In Liebenau soll, das ist auch der Anlass für diesen Dringlichen, gegenüber der HIB-Liebenau eine Shisha-Bar eröffnet werden und Eltern sind sehr besorgt, dass gleich neben dem Eingang zur HIB-Liebenau, wo immerhin 1.000 Jugendliche die Schule besuchen und 300 Schülerinnen und Schüler im Internat sind, eine solche Einrichtung entstehen. Ich möchte mich sehr bei den Kollegen und Kolleginnen der FPÖ bedanken, die diesen dringlichen Antrag mittragen und hoffe auf möglichst breite Zustimmung auch der anderen Fraktionen.

Shisha-Rauchen ist nämlich bei weitem nicht so harmlos, wie vielfach angenommen. „Die gesundheitlichen Gefahren werden krass unterschätzt“, warnt beispielsweise die Österreichische Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde immer wieder. Die Wasserpfeife – auch Shisha genannt – sei alles andere als ein unschädliches Genussmittel. Diesem Wasserpfeifen-Tabak werden Aromen von Früchten zugesetzt. Mit diesen Düften nach Erdbeeren usw., die das Tabakaroma überdecken sollen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), atmen Jugendliche Nikotin, Teer, Kohlenmonoxid und Schwermetalle ein, warnen Österreichs Kinderärzte. Ich möchte hier noch präzisieren. Wir wollen Regelungen, die Kinder und Jugendliche vor den gefährlichen Nebenwirkungen des Shisha-Rauchens schützen. Denn beim Rauchen einer Wasserpfeife steigt der Nikotingehalt im Blut nachweislich stärker als beim Konsum einer Zigarette. Die Werte für Teer und Kohlenmonoxid sind sogar etwa

zehnmal so hoch wie in einer Zigarette, laut Experten enthält Wasserpfeifen-Tabak zwischen 4000 und 7000 schädliche Substanzen. Dazu kommt noch, dass in diesen Shisha-Bars die Wasserpfeifen in der Gruppe geraucht werden, das Erlebnis wird in den jugendlichen Gehirnen als positiv abgespeichert und kann so zur Nikotin-Sucht und zu einer Verhaltenssucht führen, sagt zum Beispiel der Primarius des Zentrums für Suchtmedizin der Landesnervenklinik in Linz. Noch ein Argument, weil ich gehört habe, naja Alkohol ist auch gefährlich, Alkohol und Zigaretten in Österreich. Schauen wir uns die aktuelle OECD-Studie in dem Zusammenhang an. Insgesamt sind Zigaretten bei Österreichs Jugendlichen das größere Problem. Diese OECD-Studie weist nach, dass 25 % der 15-Jährigen bereits mindestens einmal in der Woche rauchen und Österreich liegt damit klar auf Platz eins aller OECD-Länder, übrigens gefolgt von Tschechien und Ungarn. Wir wollen deshalb, dass in der Steiermark Unter-16-Jährigen der Erwerb und Gebrauch von Wasserpfeifen nicht irgendwo schmackhaft gemacht wird. Laut Jugendschutzgesetz ist er ja verboten, aber das Problem ist, dass eben in letzter Zeit immer mehr Shisha-Bars entstehen auch in unserer Stadt und dieses Angebot sollte bestmöglich von Jugendlichen ferngehalten werden. Ähnlich wie bei Glücksspieleinrichtungen sollte im Sinne des Jugendschutzgesetzes auch für Shisha-Bars eine gewerberechtlichen Regelung geschaffen werden, die sich auf Schutzzonen vor Schulen, Kinderbetreuungs- und Freizeiteinrichtungen bezieht.

Ich habe gestern noch einen Anruf bekommen vom Leiter des Grazer Kinderbüros, der Wolfgang Pfeifer hat auch gesagt, es wäre ein ganz dringliches Anliegen. Das Kinderbüro unterstützt das auch vollinhaltlich, ich möchte jetzt deshalb auch im Auftrag meiner Kollegin Ingrid Heuberger für die ÖVP-Fraktion und die FPÖ-Fraktion folgenden

dringlichen Antrag

einbringen: Die zuständige Abteilung wird im Sinne des Jugendschutzes ersucht, gewerberechtlich zu prüfen, welche Maßnahmen vor der Bewilligung von Shisha-Bars

zu ergreifen sind, um Schutzzonen vor Schulen, Kinderbetreuungs- und Freizeiteinrichtungen zu gewährleisten.

Ich ersuche um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Sissi! Ja, zu deinem Antrag, ich verstehe nicht ganz so, weil du führst ja in dem Motiventext bereits an, dass es in der Steiermark das Jugendschutzgesetz vorsieht, dass für Unter-16-Jährige der Erwerb von Wasserpfeifen verboten ist. Somit ist für mich der Schutz im Sinne dieses Jugendschutzgesetzes bereits gegeben. Dann hast du ja versucht, in deiner Argumentation auch auf Tabak und Alkohol einzugehen, deswegen sehe ich jetzt nicht ganz genau den Unterschied jetzt, wenn schon Schutzzonen vor Schulen, dann müssten diese Schutzzonen genauso für Gasthäuser gelten, dann auch eben für Trafiken, ja sogar für Supermärkte, weil in Supermärkten kriegt man ja auch Alkohol, zum Teil wird man ja auch nicht gefragt. Also das ist für mich nicht ganz so nachvollziehbar, vor allem aber was mich ein bisschen wundert ist, dass dieser Antrag gerade von der ÖVP-Fraktion kommt, wo sich eben die ÖVP jahrelang dagegen wehrt oder das Nichtrauchergesetz blockiert, das verstehe ich auch nicht ganz. Also ich wollte das ganz kurz einmal so in den Raum stellen. Meine Fraktion wird sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt nicht zustimmen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Liebe Sissi Potzinger, liebe Ingrid Heuberger! Danke für diesen tollen Antrag und wir unterstützen diesen natürlich gerne. Denn Eltern und Schüler haben in ihrem Alltag bereits genug Herausforderungen. Da brauchen wir dann nicht noch die Herausforderung einer Shisha-Bar unmittelbar in der Nähe einer Schule.

Übrigens, diese Schutzzonen gelten auch für Trafiken, die neu errichtet werden sollen und da sehen wir sehr wohl die Verbindung drinnen, nämlich gleiches Recht für alle. Schutz und Sicherheit für unsere Kinder und Jugendlichen sollte groß geschrieben sein. Es ist für mich als Mutter groß geschrieben, es sollte für Sie und euch als Eltern groß geschrieben sein und erst recht haben wir eine Verantwortung als Politiker. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Liebe Kollegen und Kolleginnen! Unserer Fraktion geht es sehr wohl um Jugendschutz und Kinderschutz, aber das kann nicht nur im Bereich von Schutzzonen gelten. Wenn dann muss das grundsätzlich in Gesetzen geregelt sein, dann muss das im Gewerberecht geregelt sein und es muss dann überall gelten und deswegen werden wir der Dringlichkeit jetzt hier nicht zustimmen und auch dem Antrag nicht (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Hoher Gemeinderat, liebe Antragstellerin! Uns ist die Gesundheit von Jugendlichen ein ganz ein wesentliches Anliegen. Deshalb werden wir inhaltlich dem zustimmen, weil wir natürlich auch gegen Rauchen, gegen Shisha-Rauchen und Alkohol sind, die Jugendliche konsumieren könnten. Also das ist ganz klar inhaltlich. Allerdings bei der Dringlichkeit, und da verstehe ich auch die grüne Fraktion, bei der Dringlichkeit können wir dem nicht so folgen und zwar aus dem Grund, wenn wir diese Systematik der Logik weiterführen würden, dürfte kein Lokal in der Nähe von Schulen vorhanden sein, weil natürlich auch da der Zigarettenkonsum gegeben ist und natürlich auch Alkohol ausgeschenkt wird und konsumiert werden kann. Deshalb

haben wir, wir haben lange diskutiert, wir geben die Abstimmung zur Dringlichkeit frei, aber inhaltlich ein klares Ja (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Ganz kurz zur Kollegin Ribo, Jugendschutzgesetz ja. Ein Anreiz am Silbertablett ist immer noch etwas anderes, als ob etwas erlaubt und verboten ist. Und wenn zum Beispiel direkt vor einem Internat, wo 300 Kinder übernachten, eine solche Shisha-Bar ist, dann ist das natürlich für die Kinder ein Anreiz und für die Jugendlichen und nicht auszuschließen, dass der eine oder andere dann doch dort hineingelangt. Und ich danke der Kollegin Schönbacher für den Hinweis, auch bei den neu zu errichtenden Trafiken achtet man jetzt darauf auf diese Schutzzone. Denken wir auch an die Glücksspieleinrichtungen, selbstverständlich gibt es Glücksspiele auch im Internet und trotzdem haben wir da auch die Schutzzonen und gerade die KPÖ hat sich da auf Landesebene immer dafür stark gemacht. Liebe Frau Kollegin Haas-Wippel, es zeugt von großem Demokratieverständnis, dass ihr sagt, ihr habt auch zur Dringlichkeit die Abstimmung freigegeben und damit können auch hier Prioritäten nach persönlicher Einstellung gesetzt werden. Ich darf euch noch einmal um Zustimmung bitten, weil es geht hier wirklich um ein Signal im Sinne des Jugendschutzes, dass keine neuen Verführungen den Jugendlichen vor ihren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen vor die Nase gesetzt werden. Bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, drei Stimmen der SPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

StR.ⁱⁿ **Rücker** zum Antrag: Sehr geehrte ZuhörerInnen auf der Zuschauergalerie, liebe Gemeinderäte/Gemeinderätinnen, liebe RegierungskollegInnen! Die Frage, die ich mir halt immer stelle in Österreich, bei unserer Form der Gesetzgebung und Verbots-, Gebotspolitik rund um diese Substanzen, die da als gefährlich beschrieben werden, bringt mich schon zum Nachdenken. Wir haben ja ein Rauchverbot und wir haben das größte Problem bei unseren jungen Menschen beim Rauchen. Also scheint es mit dem Verbot nicht ganz so zu klappen, wir haben auch einen ziemlich massiven Widerstand, wenn es darum geht, endlich einmal die Lokale rauchfrei zu bekommen, weil da auch sehr doppelbödig agiert wird. Jetzt frage ich mich, ob junge Menschen vor den Gefahren, von denen du da sprichst, nicht besser davor gewarnt werden könnten oder davor geschützt werden könnten, wenn Erwachsene im politischen Alltag und auch sonst ein bisschen konsequenter wären in dem von, dem Sie sprechen. Jetzt haben wir im Umgang mit Alkohol, mit Nikotin, mit all den Stoffen, um die es geht, doch sehr ambivalente Vorgangsweisen und ich glaube, dass es wirklich um Bewusstseinsarbeit geht, um Unterstützung von jungen Menschen, sich stark zu machen. Junge Menschen werden immer ausprobieren, das gehört zum Erwachsenwerden dazu, aber dass sie so stark und so geschützt sind, nämlich indem sie im Selbstbewusstsein gestärkt sind, dass sie wissen, was ihnen guttut und was ihnen dann irgendwann nicht mehr guttut, das ist meiner Meinung nach der Ansatzpunkt. Weil mit Verboten offensichtlich, wie man es beim Nikotin und beim Alkohol sieht, auch nicht ganz so weit bringt. Ich spreche jetzt nicht gegen das Verbot, ich sage, es ist, denke ich mir einfach mit 16 beziehungsweise bis 18 einen Schutz auszusprechen, aber es wird damit alleine nicht getan sein und wie es eh schon beschreiben worden ist von den Vorrednerinnen, wir hätten dann wirklich ein Problem, weil wir dürften dann kein Lokal in der Nähe haben, wo das Rauchen erlaubt ist, gibt es ja noch immer viele, wo Alkohol ausgeschenkt ist usw. Damit werden wir dem Problem nicht Herr. Ich glaube, dass wir konsequenter als Erwachsene argumentieren und dann auch umsetzen müssten und da erinnere ich noch einmal an einen nicht umgesetzten Nichtraucherschutz in Österreich, der jetzt

wirklich seit Jahren blockiert wird, obwohl es nirgends mehr so Praxis ist, nur als Beispiel (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda:** Ich möchte nur ergänzend noch ein Beispiel anführen, was eigentlich passiert, wenn man zum Beispiel jetzt diesem Antrag zustimmen würde. Jetzt bekommen wir zwar nicht das Lokal, das die Shisha-Bar anbietet, aber ich als findiger Unternehmer mache anstatt dessen dort einen E-Shisha-Shop auf, ist noch viel besser, dann habe ich die E-Shisha mobil mit, nehme sie vielleicht noch in die Schule mit, das heißt, das Einzige, was man durch so etwas erzeugt, ist eigentlich eine Verschiebung, es bringt überhaupt nichts meines Erachtens, weil, so wie es vorher auch gesagt wurde, es ist viel gescheiter, da wirklich vorne anzuhängen an der Bildung und an der Problemstellung des Rauchens allgemein, weil man verschiebt das definitiv nur wieder in einen anderen Bereich rein. Das heißt, wenn man sozusagen Shisha-Rauchen will, gibt es genug Möglichkeiten, das zu tun und wird es wahrscheinlich nur in einen anderen Bereich reinverschieben, wie wir es zum Beispiel auch mit den Sperrstunden gehabt haben, also diese reine Verbotspolitik meines Erachtens bringt gar nichts, deswegen haben wir auch der Dringlichkeit nicht zugestimmt und werden auch dem Inhalt des Antrages nicht zustimmen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

3) Aussetzung der Erhöhung der mietrechtlichen Richtwerte

GR. **Eber** stellt namens von KPÖ und SPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Man kann nicht oft genug darauf hinweisen, deswegen mache ich es heute wieder, immer mehr Menschen können sich ihre Mieten auf dem sogenannten freien Markt nicht mehr oder kaum noch leisten. Die durchschnittlichen Bruttomieten sind inzwischen so hoch, dass sogar sogenannte „Normalverdiener und Normalverdienerinnen“ die Hälfte oder auch mehr ihres Einkommens für das Wohnen aufbringen müssen. Das System der Wohnbeihilfe ist ein wichtiges und richtiges Instrument und kann hier oftmals unterstützend eingreifen, greift aber letztlich zu kurz, weil zum einen die Einkommensgrenzen hier sehr niedrig angesetzt sind, zum anderen eben, wie gesagt, die Mieten zu hoch sind.

Neben den Betriebskosten ist es vor allem das Richtwertgesetz selbst, dass das Wohnen immer teurer macht. Dabei verteuern auch die unzähligen Möglichkeiten, Zuschläge zum Richtwert in Ansatz zu bringen, die Mieten und darüber hinaus auch der Richtwert selbst.

Gemäß Richtwertgesetz vermindern oder erhöhen sich, wie es der Regelfall ist, die Richtwerte für Wohnungen alle zwei Jahre entsprechend der Veränderung des Verbraucherpreisindex und so prognostiziert das Wirtschaftsforschungsinstitut eine Erhöhung des VPI, des Verbraucherpreisindex, um rund 1,6 Prozent beziehungsweise die Nationalbank von 1,7 Prozent. Die nächste entsprechende Erhöhung der Richtwerte ist bereits mit 1. April 2016 vorgesehen.

Daher stelle ich namens der Gemeinderatsklubs von SPÖ und KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat tritt im Wege einer Petition an den Bundesgesetzgeber mit dem Ersuchen heran,

1. das Richtwertgesetz dahingehend zu ändern, als dass die vom Justizministerium mit 1. 4. 2016 zu verlautbarenden Richtwerte gegenüber jenen von 2014 verlautbarten und derzeit geltenden Richtwerten unverändert bleiben, und

2. den laufenden ExpertInnengesprächen zur Mietrechtsreform die Absicht zugrunde zu legen, das Richtwertsystem zugunsten einheitlicher, niedrigerer Mietzinsobergrenzen nachvollziehbar anzupassen.

Danke für die Aufmerksamkeit, ich ersuche um Ihre Unterstützung (*Applaus KPÖ*).

GR. **Stöckler** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Manfred! Ich bin auf der einen Seite verwundert, auf der anderen dann wieder nicht. Ich glaube, wir haben in den letzten Stunden schon sehr stark vernommen, wie es eigentlich um die Haushalte und was weiß ich was, das Sozialsystem usw. aussieht. Wenn wir die Richtwerterhöhung, zum Beispiel, nehmen wir für den Gemeindewohnbau in Graz. Wenn wir jetzt versuchen, eine Petition an den Bund zu richten, es wird sicher schon in Wien scheitern, weil die mit ihren 220.000 Gemeindewohnungen werden sich mit Händen und Füßen wehren, einer Richtwerterhöhung nicht zuzustimmen beziehungsweise das Richtwertgesetz nicht dementsprechend anzupassen, das ist einmal das eine. Das Zweite ist auch, ich glaube, wir wollen und, Elke, ich glaube, du gibst mir auch Recht, weiterhin dafür stehen, dass wir qualitativ im Gemeindewohnbau sehr stark das Niveau halten, was...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Wir werden die Richtwerte bei uns nicht erhöhen.

GR. **Stöckler**: Richtig, aber deswegen ist es für mich auch nicht dringlich. Ich meine, du sagst auf der einen Seite...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Da geht es um die Privaten.

GR. **Stöckler**: Du kannst dir sicher sein, dass Wien alles verhindern wird, um dem entgegenzuwirken.

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Auch Wien hat die Richtwerte schon ausgesetzt.

GR. **Stöckler**: Bei 220.000 Gemeindewohnungen kannst du dir sicher sein, dass das nicht der Fall sein wird und wir brauchen auch pro futuro werden wir das ja sehen, wir brauchen auch in dem Bereich die Steigerung, die VPI-Anpassungen, auch wenn wir sie aussetzen sollten dann, keine Frage, aber wir werden in Zukunft ohne das nicht auskommen und deswegen ist von unserer Seite die Dringlichkeit in diesem Fall sicher nicht gegeben. Tut mir leid.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, Kollege Manfred Eber! Die Medaille hat zwei Seiten, der Kollege Stöckler hat einmal angefangen, es ist dann leider nicht ganz zu Ende geführt worden. Richtwertsystem heißt, wir sind im Mietrechtsgesetz, das sogenannte MRG, das gilt natürlich nur für einen Teil der Bauten, die Neubauten fallen darunter nicht. Besonders Neubauten in Geidorf zum Beispiel wären nicht betroffen und gerade dort verdichten wir aber auch als Stadt Graz nach und der Bauherr ist dann natürlich bemüht, auch diese Kosten wieder hereinzubringen und diese Investition wird sich natürlich auf die Mieten hereinschlagen. Diese Ungleichbehandlung zwischen Altbauten und Neubauten hat auch schon der Verfassungsgerichtshof aufgegriffen, also er beschäftigt sich bereits mit

dem Unterschied und thematisiert diese Ungleichbehandlung. Daher ist dieser Antrag auch für uns nicht dringlich. Aber der KPÖ muss man schon vorwerfen, und da hört man leider nichts, wenn man Ideen zur Mietpreissenkung hätte oder wenn man da was machen wollte, müsste man sich auch um den Baupreisindex kümmern. Auch die Bauherren kalkulieren und das ist natürlich ein wirtschaftliches Thema, also sinnvollerweise müsste man sich auch diesem widmen. Ein Vorschlag wäre auch, dass man 20 Jahre, nachdem ein Neubau oder eine Generalsanierung eines Mietobjektes geschehen ist, dass man für 20 Jahre die Mieten zwar dem Markt überlässt, aber nach 20 Jahren den dann einfriert und dann nur mehr nach VPI oder eben nach dieser Wertsicherung erhöhen kann. Das wäre ein Vorschlag. Ein Nebensatz sei nur gestattet, gerade KPÖ, aber vor allem die SPÖ, ihr solltet auch hier einmal die ideologische Brille ablegen, weil Leerstandserhebungen helfen sicher nicht, die Mieten zu senken (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Wohnen ist ein großes Thema und auch sehr komplex. Meinen beiden Vorrednern attestiere ich Bemühen, aber die Materie ist tiefergreifend und die Schlussfolgerungen, die sie gezogen haben, sind nicht richtig. Nicht aus der parteipolitischen Brille, sondern einfach, weil es fachlich eine ganz andere Struktur hat. Die Richtwerte selber tun uns weh, warum tun sie uns weh? Weil wir in der Steiermark einen anderen Richtwert haben als in Burgenland, das ist das eine, das ist die Höhe, die tut uns weh. Das Zweite ist, die Entwicklung geht nach dem Index, gut da kann man dann sagen, aber wir sind in der Steiermark auf einem recht hohen Richtwert, ich glaube, 7.44 Euro, habe ich jetzt im Kopf, ist der derzeitige Richtwert, der alle zwei Jahre angepasst werden kann. Das heißt, die Höhe tut uns da echt weh. Das Zweite, was uns dabei weh tut, ist nämlich die Vorgehensweise der Vermieter, Zuschläge zu verrechnen für die Lage, für das Geschoss, für die besondere Ausrichtung oder Sonstiges. Und da geht es ganz schnell ins Geld und das Geld ist ein Transfer, der von

den Mietern hin zu den Eigentümern geht und das tut uns auch weh. Also im Richtwertgesetz, der Kollege hat dann gemeint, ja wie viele sind denn da betroffen? Studie der Arbeiterkammer empfehle ich, Dezember 2015 erschienen. In der Steiermark haben wir 552.000 Hauptwohnsitzwohnungen, davon sind 33 % Mietwohnungen und von diesen 33 % fallen wieder zehn Prozent auf Gemeindewohnungen und 48 % auf private Mietwohnungen, also ich würde jetzt einmal herunterrechnen rund um die 50.000 Wohnungen...

Zwischenruf unverständlich.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer:** Ja, ich weiß nicht, 80.000, weißt eh, ...ist hineingemischt. 86.000 sind, die potentiell in Frage kommen, ein paar fallen heraus, sind wahrscheinlich bei die 50.000, die in der Steiermark dafür in Frage kommen. Deswegen halte ich den Antrag für gut und richtig und notwendig und auch jetzt in dieser Zeit. Wir unterstützen den Antrag natürlich, auch in dieser Zeit, weil genau die Verhandlungen stattfinden und wir müssen, heute hat der Herr Bürgermeister schon angesprochen die Verteilungsfrage und die Ungerechtigkeit der Welt, die uns weh tut und uns tut auch weh die Ungerechtigkeit hier im Wohnen, und wir müssen dabei bleiben und darauf hinarbeiten, diese Ungerechtigkeit von den Besitzern oder hin zu den Besitzenden hintanzuhalten, auch in Österreich müssen wir daran arbeiten, die Ungerechtigkeit und die... zu einer besseren Umverteilung zu kommen und es gibt keinen höheren Streitwert momentan zwischen den Habenden und Besitzenden, wenn es um Liegenschaften und um Immobilien geht. Da sind wir an einem Knackpunkt in unserer Gesellschaft, auch wenn man ideologisch andere Zugänge haben, aber ich glaube, da

müssen wir wertfrei hinschauen, was dort passiert und deswegen gehört das Richtwertgesetz dringend geändert (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

GR. **Eber:** Ich möchte nur vielleicht einen Satz sagen zum Kollegen Lohr. Du weißt ja, ich schätze deine Meinung auch im Ausschuss oder in den Ausschüssen, wo wir uns gemeinsam immer wieder treffen und diskutieren können. Ich bin auch der Meinung, dass du heute hier in der notwendigen Kürze, die man da halt nur zur Verfügung hat, aufgrund der Redezeit einige Punkte ja auch völlig richtig angesprochen hast, aber für die hohen Mieten gibt es natürlich eine ganze Reihe von Gründen und Ursachen und es gibt natürlich auch eine ganze Reihe von Ansatzpunkten, das irgendwie zu lösen oder zumindest ein bisschen in den Griff zu bekommen. Und auf einen beziehungsweise zwei dieser Ansatzpunkte, Lösungsmöglichkeiten zielt dieser heutige Antrag ab, nämlich erstens eben, dass man die Erhöhung der Richtwerte 2016 sozusagen versucht auszusetzen und zweitens, dass man versucht, das System, vor allem nachvollziehbarer, durchsichtiger zu machen und damit auch die Kosten da ein bisschen versucht, in den Griff zu bekommen. Die Punkte, die du angesprochen hast, lieber Roland, über die können wir gerne auch diskutieren und ich freue mich dann auch schon darauf, einen gemeinsamen Antrag in einer der nächsten Sitzungen einzubringen, die andere Ansatzpunkte haben und wo man dort anknüpfen können. Ansonsten danke ich für die Zustimmung, wo sie kommt und ersuche um eine möglichst breite Zustimmung selbstverständlich. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

GR. Dr. **Wohlfahrt** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen! In aller Kürze dazu, wir unterstützen den Antrag, weil das Thema wichtig ist, der Hintergrund wichtig ist, Verteilungsdebatte wurde schon angesprochen, da gäbe es noch bessere Instrumente, die brauchen wir da nicht diskutieren natürlich, aber prinzipiell ist die Verteilungsdebatte schon wichtig. Ich glaube, um was es uns geht, ist, auch beim zweiten Punkt heißt es dann, die niedrigen Mietzinsobergrenzen, Susanne Bauer hat es inzwischen auch angesprochen, wir brauchen zuerst einmal vernünftige Richtwerte, ob diese Anpassung so schlimm ist, müsste man im Detail anschauen. Aber wir müssten vor allem dann die Zuschläge in den Griff kriegen, dass das Ganze irgendwann einmal verbindlich wird und ich glaube, das wäre das Wichtigere und im Sinne dieser Diskussion, im Sinne dieser Umsetzung unterstützen wir das Ganze und wir hoffen, dass es eine Diskussion auslöst, dass man dann zu einer sinnvollen Beschränkung der Mieten kommt. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Eine kurze Nachreichung möchte ich gerne machen, das habe ich vorhin an meinen Vorredner von den Freiheitlichen. Das Mietrecht ist umstritten und es sind leider unter eurer Mitwirkung viele Punkte aufgemacht worden, wo die Mieter eine schwächere Position erhalten, das ist leider auch passiert. Eine zweite Ergänzung zu meinem Vorredner, der Begrenzung der Zuschläge, ja, das ist wirklich dringend notwendig, weil es ist keine Leistung des Vermieters, wenn der Platz vorne, den die öffentliche Hand gestaltet, als Benefit bei der Miete sich niederschlägt. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

4) Wohnungsbericht als Basis für aktive Wohnungspolitik

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Wohnen ist ein großes Thema und wir kümmern uns öfter im Gemeinderat darum. Ich werde den gesamten Text nicht so vortragen, wie er geschrieben ist, sondern möchte das gerne in der mündlichen ergänzenden Erläuterung machen. Ich denke, dass man, Frau Stadträtin hat es schon gesagt heute, wir müssen ehrlich darauf zugehen auf dieses Thema, da bin ich ganz bei dir und wir brauchen dazu, auf das Thema zuzugehen, Daten und Fakten und das ist nahezu unmöglich, Daten und Fakten im Wohnbereich zu Graz zu erhalten, nämlich auch wie entwickelt es sich und genau hier geht es um die Zusammensetzung des Wohnangebotes beziehungsweise der Wohnversorgung in Graz. Es ist nicht egal, wenn wir sagen, ok, wir haben sehr, sehr viele Angebote im Eigentumsbereich oder sehr, sehr viele Angebote im privaten Mietsegment, weil das sind die teuersten. Und die günstigeren sind eben die geförderten Genossenschaftsbauten, weil sie auch Baukostenbeschränkungen unterliegen, oder auch die Gemeindebauten und da natürlich insbesondere der soziale Wohnbau, weil die Liegenschaftskosten den Mietern nicht angerechnet werden. Wohnen ist ein Thema und die Kosten des Wohnens belasten und da muss man sagen, gut, wenn Mieter und Mieterinnen sehr teuer wohnen, dann müssen sie im Schnitt 800 bis 900 Euro also mehr aufwenden, als wenn sie günstiger bei dieser Non-Cash-Berechnung, eine Vergleichsberechnung und dieses Geld würden wir sehr, sehr dringend auch im wirtschaftlichen Kreislauf brauchen, dass die Konsumation beziehungsweise der Konsum und die, wie jetzt Wirtschaftsforscher sagen, vielleicht auch die Konjunktur stärker gestützt wird. Darüber hinaus, die Fakten von Graz und die Herausforderungen sind für uns alle klar, Graz wächst, es wird ein wenig an den Gemeindewohnungen gebaut, 500, wir hören immer die Zahl von 500, ich habe jetzt nachgelesen, Frau Stadträtin, 100 pro Jahr sollen

es weiterhin sein. Ja, das ist richtig und notwendig, aber wir brauchen dennoch auch das Ausloten der Möglichkeiten. Ich habe ein kurzes Vorgespräch mit dem Herrn Uhlmann schon führen können, also auch die Wohnbaubank oder die Art der Finanzierung, ob das eine besser ist als das andere, wir müssen uns das anschauen und meine Intention ist, natürlich auch zu sagen, bitte als Stadt Graz sind wir nicht spät dran, machen wir es gleich, das Gesetz, die Vorlage ist im November beziehungsweise im Dezember gekommen, jetzt wird an der Umsetzung gefeilt und wir sollen zumindest dabei sein oder auch Forderungen aufstellen können, wie das Land die Umsetzung, wenn es notwendig ist, begleitet, das entzieht sich jetzt noch meiner Kenntnis. Dazu ist es natürlich dann notwendig, wenn wir jetzt das wissen, wie schauen wir aus, wie entwickelt es sich, welche Möglichkeiten und Handlungsspielräume haben wir zur Verfügung, wie schaut der Rahmen, hast du gesagt, schaut aus, dann ist es natürlich notwendig weiterzugehen und vielleicht das Wohnbauprogramm mit Fakten und Rahmen und finanziellen Möglichkeiten und Ressourcen zu unterlegen, das wäre dann der zweite Schritt, der für mich selbstverständlich notwendig ist. Meine Intention geht einmal zum einen, bitte machen wir einmal für die Stadt Graz eine Bestandsaufnahme, eine Entwicklung und schauen wir einmal, wo sind die Möglichkeiten, loten wir den Rahmen aus. Nämlich auch deswegen, wir haben in der Stadt Graz viele Berichte, den Wissenschaftsbericht, den Wirtschaftsbericht, den Einkommensbericht und das, was mir einfach wirklich fehlt, das ist eben um diesen essentiellen Kern herum, den Wohnbericht. Die Formulierung ist jetzt so, also ich tu jetzt der Geschäftsordnung Genüge.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die zuständige Stadtsenatsreferentin Elke Kahr möge ersucht werden, einen „Wohnungsbericht“ ausarbeiten zu lassen, der gemäß Motivenbericht kurz-, mittel-

und langfristige Strategien und Maßnahmen abbildet. Dazu gehören unter anderem eine Vorschau der Entwicklung des Angebotes an Gemeindewohnungen beziehungsweise Wohnungen mit Zuweisungsrecht und das der Genossenschaften ebenso wie die Entwicklung der Wohnungsstruktur (Eigentum, Miete, beispielsweise Heimplätze usw.). (*Applaus SPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr** zur Dringlichkeit: Liebe Susi! Ich kann das jetzt kürzer machen, nachdem ich bei dem einen Dringlichkeitsantrag schon so weit ausgeholt habe, jetzt mache ich es auch kürzer. Wir werden der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen. Ich könnte, und das ist jetzt nicht, weil ich überheblich bin, aber vielleicht aus dem Stegreif, was die Gemeindewohnungen betrifft, die Vorschau, die notwendig ist, aus dem Stegreif schon machen. Aber das impliziert ja der Wohnungsbericht, auch wie die Entwicklung bei den Eigentumswohnungen und Heimen usw. hast du gesagt, wir werden das probieren und schauen, ob wir zu diesen Daten kommen, wahrscheinlich hast du sogar bei der Arbeiterkammer oder in der Wirtschaftskammer diese Prognosen eher, weil wir im Wohnungsamt haben das sicherlich nicht, wie sich das entwickelt. Aber wie immer, wir werden es probieren und angehen, an dem soll es nicht scheitern. Was ich bei dem letzten Dringlichkeitsantrag gemeint habe, ist einfach schlichtweg, dass man eben immer aufrichtig sein muss und selbst wenn wir diesen Bericht haben und eine Planungsvorschau, die wir eigentlich eh immer machen, weil wir wissen ja, was wir brauchen, braucht immer auch natürlich die finanziellen Mittel dazu und auch die entsprechende Grundstücksvorsorge und die können wir selbstverständlich auf zehn Jahre hinaus dem Gemeinderat vorlegen, aber da braucht es einen mehrheitlich politischen Willen, der auch bereit ist, dieses Programm über die Legislaturperioden hinaus zu unterstützen. Nur dann hat es eine Planungsverlässlichkeit dann natürlich in der Umsetzung und um das geht es eigentlich eh bei jedem Bericht, sonst ist es leeres Papier. Aber wir werden dem zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Stöckler:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Susi! Danke für den Antrag, der ist sicher ein gutes Mittel, um zukünftig Vorausschau zu treffen. Ich bitte nur etwas, ich glaube, in dem Fall wirst du mir wahrscheinlich sogar Recht geben, es ist sicher nicht so leicht zu prognostizieren, wie in drei/vier Jahren es ist. Es gibt in Wien jetzt einen Bericht und in der Summe haben sie festgestellt, er ist von der BUWOG und von der EHL, glaube ich, erstellt worden. Man wird da sicher auf die dynamischen Ereignisse, die uns alle betreffen auch, wie schaut es mit den Budgets aus usw. Rücksicht nehmen müssen und es ist halt leider nicht immer so leicht, das vorausschauend zu planen. Aber prinzipiell sind wir natürlich dabei und werden uns auch dem Antrag, der Dringlichkeit und dem Antrag anschließen.

GR. Mag. **Moser:** Werte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Stadträtin! Wir haben uns da auch Gedanken gemacht und wir sind eigentlich zum Schluss gekommen, dass dies bereits ein Teil des Vorwahlkampfes der SPÖ ist. Sie müssen und wollen ihr Klientel bedienen, das ist also an und für sich auch die Einführung der Leerstandsmeldung, wie wir sie das letzte Mal abgelehnt haben, durch die Hintertüre. Die Frau Stadträtin ist ressortzuständig und sie hätte ja die Möglichkeit, mit den Instrumenten der Stadt im Austausch mit den gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften das zu erheben. Die Marktentwicklung und den allgemeinen Bereich, für den sie zuständig ist, da gibt es ja kein Problem und im privaten Bereich haben wir die rechtlichen Möglichkeiten nicht und da kann auch das Land die rechtlichen Möglichkeiten leider nicht schaffen. Für diesen Antrag und für den Inhalt, den Sie da stellen, hätte ich ganz kurz eine Anfrage an die Stadträtin genügt und sie hätte das erhoben und das hätten wir da berichtsmäßig gehabt. Im Wesentlichen

wären alle Erweiterungen eine Menge Arbeit für die Beamtenschaft. Wir stimmen daher weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zu (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Dankeschön für die signalisierte Zustimmung. Frau Stadträtin, ich bin bei dir mit der Planung, also Planungsverlässlichkeit und das Instrument ist ja auch gedacht, dass wir das diskutieren, damit wir uns das anschauen können, damit auch Transparenz und Bewusstsein um das Thema und um die Notwendigkeiten besteht, das zu unterstützen, das ist auch meine Intention. Herr Kollege Stöckler, danke für die Zustimmung, die Prognosen gibt es, dein Herr Landesrat Seitinger kümmert sich auch intensiv um Bevölkerungsprognosen in der Steiermark und Wanderbewegungen und wo Notwendigkeiten sind. Es gibt schon etwas, um das, man muss sagen ok, Prognosen sind Prognosen, aber es ist in etwa eine Vorschau und das ist nicht ein ganz unspannendes Werk. Also da kann man schon einiges ableiten. Ich glaube, es ist, er hat es nur in einer... also die gesamte Arbeit ist nicht öffentlich zugänglich, ich habe mich auch da über weitere... also weiter gefragt, um mehr zu erfahren, aber das müssten wir uns genauer anschauen, wäre nicht unspannend. Und Herr Kollege von der FPÖ, Wohnen ist ein Menschenrecht, es ist ein essentielles Gut und ich glaube, es ist gut und notwendig, dafür politische Ressourcen und auch Ressourcen zu verwenden, die da sind, damit wir auch eine gute Basis haben und eine gute Entscheidungsgrundlage, dein Argument kann ich nicht verstehen. Die Grundintention meines Antrages ist natürlich auch der Bevölkerung mit dem Bericht auch zu signalisieren, ja, wir kümmern uns darum, wir wissen, was wir wollen beziehungsweise auch, dass leistbares Wohnen uns in der Stadt Graz ein großes Thema ist. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR. **Luttenberger** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste auf der Galerie! Ich habe auch mein Drehbuch jetzt umgeschrieben, erstens einmal hat mich die Wortmeldung von der Kollegin Bauer, was die Richtwerte anbelangt, doch sehr beeindruckt und da ist vieles Richtige dabei. Aber erlauben Sie mir oder erlaubt mir, vor allem der SPÖ schon etwas zu sagen. Vor einiger Zeit ist der David Bowie gestorben, einer der größten Künstler des jetzigen Jahrhunderts und vergangenen Jahrhunderts. Unter anderem hat er in einem Film mitgewirkt, der hat geheißen „Der Mann, der vom Himmel fiel“. Da fliegt einer herunter und dann entwickelt sich eine Geschichte. Und die SPÖ erinnert mich politisch auch manchmal an diese Figur. Ich habe manchmal das Gefühl, sie landet von einem politischen Paralleluniversum kommend auf der Erde, reibt sich die Augen und entdeckt, dass Wohnen wichtig ist, leistbares Wohnen wichtig ist. Und dann frage ich mich, ob das dann alles sein kann, wenn man nur einen Bericht verlangt und ich frage mich, ob die SPÖ nicht mehrere, andere Möglichkeiten hat, sich hier politisch einzubringen. Denn nicht vergessen darf man, dass die SPÖ ja eine große Partei ist, die im Land sitzt, die in der Bundesregierung sitzt, die einen gewissen Einfluss hat. Und das möchte ich euch schon ins Stammbuch hineinschreiben, vor der Landtagswahl, ich habe in meinen Unterlagen nachgeblättert, hat ein Ex-Landeshauptmann, ein Herr Mag. Franz Voves, in einer Broschüre gefordert, wir wollen 10.000 Startwohnungen in der Steiermark bauen, die leistbar sind und da muss man was organisieren. Und ich bitte euch, macht das einfach, nicht nur reden, sondern auch tun und ich bitte euch wirklich, verkauft euch da nicht ein bisschen unter eurem Wert, nichts gegen einen Bericht, den werdet ihr jetzt eh kriegen, sondern ihr müsst einen politischen Druck entwickeln und da sind wir natürlich gerne dabei mitzuhelfen. Und abschließend möchte ich sagen, selbstverständlich ist das gut, dass es in der Stadt Graz die politischen Parteien gibt, die das unterstützen leistbares Wohnen in Graz, da gehört ihr auch dazu, aber bitte, das gehört gemeinsam gemacht. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es diesen Bericht schon geben wird und wir finden das gut so, dann sollten wir vielleicht schauen, dass man ein bisschen mehr reinkriegen an Erkenntnis, dass man wirklich auch mehr tun kann. Auf die ganz Schnelle ist mir eingefallen, was ich vermisse und die SPÖ den Antrag stellt, Leerstand, man sollte wissen, was mit den Wohnungen los ist. Einerseits, wie sie genutzt werden, sprich Leerstand und Dergleichen, und wahrscheinlich sollten wir auch ein bisschen miterheben über Bauzustand und Sanierungsbedürftigkeit, dass man einfach echt ein Instrumentarium kriegen, hier besser das Wohnangebot steuern zu können oder mehr darüber wissen. Aber ich glaube, das würden sich die Leute, die das Projekt dann umsetzen, gut überlegen, was man da mitabfragen kann, damit man wirklich hier Steuerungsmöglichkeiten kriegt. Danke (*Applaus Grüne*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Ich werde das mit meinen KollegInnen selbstverständlich im Wohnungsamt besprechen, aber da überfrachten werden wir das sicherlich nicht, weil ich muss Ihnen wirklich sagen, meine 59 Kolleginnen und Kollegen im Wohnungsamt haben tagtäglich so viel Arbeit und nicht Zeit, irgendwelche Leerstandserhebungen und sonst was zu machen und wenn wir das Geld bekommen, extern etwas zu erheben und bitte, jeder, der da glaubt, man kann das alles machen, man kann es so machen wie in Wien auch das mit der Leerstandserhebung, wir haben dem sogar das letzte Mal zugestimmt, zu glauben, da einen Erkenntnisgewinn zu haben, der uns genau in dem, was wir immer wollen, rasch und mittelfristig zu verfügbaren Wohnraum zu kommen für Familien und Personen, also wenn du das glaubst, dann hast du dich nicht wirklich mit der Wohnungsthematik beschäftigt. Das muss ich dir jetzt wirklich sagen, weil weder das Zuweisungsrecht für leer stehende Wohnungen wird die Stadt Graz da mehrheitlich durchsetzen noch der Bund wird irgendeine Besteuerung und das alles, seid ihr

Träumer. Also ich träume von einer sozial gerechten Gesellschaft als Kommunistin, aber glaubst du das, dass das, wo das Verfassungsrecht in Österreich so hoch geschützt ist und das Eigentumsrecht wie nie wo anders, ob du das durchkriegst. Ich meine, tun wir uns nicht selber beschwindeln, man kann so eine Leerstandserhebung machen, das ist aber nicht das erste Mal, der Stadtrat Strobl, da war ich da herinnen, hat das gemacht schon. Es hat keine genaue Zahl und Ziffer dafür gegeben und selbst die Kollegen und Kolleginnen in Wiener Wohnen, ich bin ja in Kontakt mit den Leuten, da ist ja auch viel Know-how angesiedelt, sehr viel sogar, die haben das gemacht, es gibt keine genaue Zahl. Das ist nicht so einfach, punktgenau, und nur dann hat es eigentlich einen Sinn, weil du dann eine Maßnahme setzen willst, dann must du alle treffen und nicht sagen, den einen nehme ich dann willkürlich und den anderen nicht. Aber, wie gesagt, ich habe da eigentlich ad hoc die Wortmeldung nur gemacht, damit man nicht, weil wenn wir eine halbe Stunde weiterreden, fallen den Leuten vielleicht noch zehn andere Sachen auch ein, den wir da in den Bericht hineintun können. Bleiben wir bitte bei dem, was die Kollegin Bauer jetzt gesagt hat, das werden wir probieren und geben selbstverständlich dann im Laufe dieses Jahres einen Bericht (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Danke für die inhaltlichen Beiträge und ich finde es auch gut, man sollte den Bericht nicht überfrachten, aber man soll einmal hinschauen, dankeschön, Frau Stadträtin. Die SPÖ wurde angegriffen, ich muss zugeben, angegriffen dahingehend, dass man vielleicht die Kompetenz nicht wahrgenommen hat. Das Einzige, was mich persönlich schmerzt, nämlich nicht gering, sondern tief, dass wir die Kompetenzen nie gehabt haben im Wohnbereich oder schon seit, glaube ich, drei Jahrzehnten nicht mehr haben, vorher weiß ich es nicht, ich habe es nicht nachrecherchiert. In der Stadt ist es in den Händen, ich glaube jetzt seit 30 Jahren, der KPÖ...

Zwischenruf: 17 Jahre.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer:** 17, ok. Auf der Landesebene, also fast zwei Jahrzehnte, Entschuldigung, ich habe jetzt Land und Stadt verwechselt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten in den Händen der KPÖ, auf der Landesebene war es in freiheitlichen Händen, Schöckl, Bleckmann, dann in ÖVP-Händen Seitingner und wir haben heute noch auch mit den Landeswohnbauförderungen, da sind auch Fehlentscheidungen getroffen worden mit Fehlannahmen und das müssen wir heute auch noch ausbügeln, das ist alles nicht so einfach und das müssen wir heute mit Geld ausbügeln. Und das Geld ist im Finanzressort, wenn es da ist, nur dort, weil der Herr Seitingner sagt, ja, ich kann es nicht machen, ich kann die Fehler meiner Vorgänger nicht ausbügeln, wenn, brauche ich wieder eine Finanzhilfe. Das heißt, wir sind in so einer komplexen Situation, dass ich, liebe Kollegen, euch ersuche, nicht nur auf uns herzuhauen in dieser Frage, sondern bei euch selber zu schauen, was habt ihr mitgetragen und in führender Verantwortung nicht wahrgenommen. Mein persönlicher Schmerz ist wirklich, dass wir die Kompetenz so solange auf verschiedenen Ebenen nicht in unseren eigenen Händen haben und gehabt haben. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

5) Vermittlung von Werthaltungen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Zu Jahreswechsel sind fürchterliche sexuelle Übergriffe auf Frauen in Köln erfolgt und auch in andere deutschen und österreichischen Städten und haben zu Recht europaweit für Empörung gesorgt. Sie haben auch das Problemfeld sexualisierter Gewalt gegen Frauen wieder einmal, und man muss fast sagen, auch endlich wieder einmal, in den öffentlichen Focus gerückt. Denn genau um das ist es gegangen, um sexuelle Gewalt von Frauen gegenüber Männern, das ist in aller Schärfe als kriminelle Handlung natürlich zu verurteilen. Wir haben Gesetze dagegen, die sind erfreulicherweise auch mit heurigem Jahr in Österreich zumindest verschärft worden, sodass auch das sogenannte Grapschen als sexuelle Belästigung strafbar ist und es ist hier in dieser Sache, und das muss auch gleich am Anfang und möglichst früh betont werden, vollkommen gleich und gleichgültig, von welchem Mann oder von welcher Person diese Übergriffe erfolgen, denn das, was jetzt passiert ist in den letzten Wochen ist, dass dieses Thema missbraucht wurde und es sozusagen zu einem neuerlichen Missbrauch auch gekommen ist, nämlich zu einem Missbrauch des Themas sexualisierter Gewalt gegen Frauen, um von bestimmten Seiten, politischen Seiten, das Thema für Fremdenhass, für Menschenhass zu nutzen und hier eben noch ein zweites Mal zu missbrauchen. Das Thema darf in keinsten Weise dafür genutzt werden und es ist ein viel zu wichtiges Thema, als das man es für politische Hetze gegen Fremde, gegen Flüchtlinge verwendet. Wir müssen uns in aller Deutlichkeit mit diesem Thema beschäftigen und das ist sozusagen die einzig positive Seite jetzt auch an diesen an sich fürchterlichen Vorfällen, dass wir uns wieder mit dem Thema sexualisierte Gewalt gegen Frauen beschäftigen. Es wird wichtig sein, dass wir uns in unserer Gesellschaft insgesamt damit befassen, dass wir uns unserer Werte bewusst werden und ich kann nur immer wieder sagen, eine Mehrheitsgesellschaft, die sich ihrer Werte hundertprozentig bewusst ist, kann in aller Deutlichkeit auftreten gegen Menschen, die diese Werte auch verletzen. Und leider ist es oft nicht ganz der Fall und auch in

diesem Haus haben wir schon immer wieder über Dinge diskutiert, die dann von manchen nahezu bagatellisiert werden und gerade wenn es um Übergriffe auf Frauen geht oder um Belästigung von Frauen, dann wird es manchmal auch leider bagatellisiert oder in eine lustige, harmlose Richtung auch gedreht und ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir als Gesellschaft uns hier in aller Deutlichkeit dagegen aussprechen und wenn wir uns einig sind, dann ist es auch umso leichter, es neu zuziehenden Menschen in aller Klarheit auch zu vermitteln. Wer vermittelt das? Ich habe es im Antrag auch formuliert, Werte unserer Gesellschaft wie Freiheit, Gleichheit, Gleichstellung der Geschlechter, Gleichberechtigung aller Menschen werden in Bildungseinrichtungen, über Medien, Religionsgemeinschaften, NGOs vermittelt, aber auch der Familie kommt hier natürlich eine ganz besondere Rolle zu. In all diesen Einrichtungen muss das passieren und soll möglichst breit und immer wieder auch passieren, damit die Mehrheitsgesellschaft und die Gesellschaft hier auch eindeutig zu diesen Werten steht. Und natürlich gilt es auch, diese Werte jenen zu vermitteln, die aus unterschiedlichen Gründen neu in unsere Gesellschaft hinzugekommen sind und ganz aktuell auch natürlich den Personen, Männern wie Frauen, die geflüchtet sind und die jetzt hier Teil unserer Gesellschaft sein wollen. Nur wie vermittelt man das? Jetzt gibt es natürlich viele, die sagen, das ist eine Holschuld. Schaut euch unsere Werte an und macht das gefälligst und wenn nicht, dann werdet ihr abgeschoben, das ist die eine Richtung. Die andere Richtung sagt, es ist auch eine Bringschuld und eine Holschuld und bei der Bringschuld möchte auch mein Antrag hier ansetzen und beschäftigt sich eben basierend auch auf dem Beispiel von Norwegen damit, dass man Flüchtlingen oder hinzugekommenen Flüchtlingen eben europäische Werte aktiv auch vermitteln soll, in Form von Kursen, in Form von Netzwerktreffen, in Form von Rechtsinformationen, in Form von Beratungen, in Graz könnte man Gutscheine für Beratungen im Jugendamt zum Thema Kinderrechte, Kindererziehung, Elternbildung, Frauenrechte usw. auch vergeben. Hier könnte man sich ganz, ganz viel auch überlegen, was sinnvoll wäre, und in Norwegen ist das vor allem für Männer oder ausschließlich für Männer passiert und auch sehr gut angenommen und hat auch gut

funktioniert. Ich bin der Meinung, dass man das nicht Männern alleine geben sollte, sondern dass das allen Menschen zugutekommen sollte und dass Frauen hier natürlich genauso Zielgruppe von diesem sogenannten Willkommenspaket, oder wie auch immer man das nennt, sein sollten.

In diesem Sinne stelle ich den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Das Integrationsreferat der Stadt Graz wird federführend damit beauftrag, in Zusammenarbeit mit dem Referat Frauen&Gleichstellung und anderen relevanten Stellen ein Konzept für ein neues „Willkommensangebot“ für Flüchtlinge in Graz zu entwickeln, in dem unsere gesellschaftlichen Werte der Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Chancengleichheit aller Menschen in unserer Gesellschaft aktiv thematisiert und vermittelt werden. Ein entsprechender Bericht soll dem Gemeinderat ehestmöglich, spätestens aber mit März dieses Jahres, vorgelegt werden. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Zweifellos müssen wir auf die Wertevermittlung setzen. Ich spreche aber auch ganz klar aus, dass wir eine Änderung der Willkommenskultur erwirken müssen, das ist mir auch ganz wichtig, dass zur Integration beide Seiten Mitverantwortung tragen. Jene die, zuziehen, aber auch die, die aufnehmende Gesellschaft darstellt. Ich möchte sagen, dass wir dem dringlichen Antrag auf jeden Fall zustimmen, dem Abänderungsantrag, der auch eingebracht wird, glaube ich, seitens der KPÖ, werden wir nicht zustimmen, zwar die Stoßrichtung ist eine richtige, aber wir haben da einiges, was wir auch gestern beziehungsweise heute schon präsentiert haben, das werde ich kurz dann auch

ausführen, was das ist. Deswegen werden wir diesem Abänderungsantrag nicht zustimmen. Ich möchte hier festhalten, wir haben uns erkundigt bei der Landessicherheitsdirektion, wie es in Graz aussieht, weil, liebe Frau Gemeinderätin, du sprichst die Kölner Vorfälle an, uns ist es wichtig, auch hier festzuhalten, dass wir auch den Zeitraum vom September 2015 bis zum heutigen Tag betrachtet haben und da hat es keine derartigen Vorfälle in Graz gegeben, das ist uns auch ganz wichtig, hier festzuhalten. Was die Wertekurse betrifft, da läuft ihr wirklich bei mir offene Türen ein, das ist ganz, ganz notwendig. Ich habe es dir auch schon vor der Gemeinderatssitzung gesagt, wir brauchen nicht nach Norwegen schauen, unser Integrationsminister hat ja vor geraumer Zeit angekündigt, Werte- und Orientierungskurse zu organisieren. Er hat auch Graz als Pilotstadt auserkoren, Gott sei Dank, wir waren auch dahinter. Es hat im Dezember bereits den ersten Kurs gegeben mit 18 Personen, hat gut funktioniert, heute hat der zweite Kurs gestartet, ich war in der Früh mit dabei und die Kursvortragende ist eine Frau, die Gruppe ist auch gemischt und es wird ihnen wirklich dort vermittelt, was bieten wir an und was fordern wir von den zugezogenen Menschen ein. Ich habe den Folder auch mitgebracht, die Inhalte sind zum Beispiel, welche Regeln muss ich in Österreich befolgen, was bedeutet die Gleichberechtigung von Mann und Frau, wie funktioniert das österreichische Bildungssystem, also genau diese Sachen werden vermittelt. Der Kurs dauert acht Stunden, für mich fast ein bisschen zu kurz, aber es gibt auch vertiefende Module und wir sind für die Dringlichkeit und für den Inhalt, weil es natürlich ganz, ganz wichtig ist. Ich freue mich, dass die Frau Vizebürgermeisterin sich hier einbringen möchte mit Zusatzangeboten, ich hätte auch gesagt, weil verpflichten können wir diese Kurse noch nicht, ich wäre eigentlich für eine Verpflichtung, deswegen müssen wir positive Anreize schaffen. Ein Anreiz ist, dass wir auch mit der Wirtschaftskammer zusammenarbeiten, der Herr Präsident ... hat auch zugesagt, allen Unternehmen einen Brief zu schreiben, wo er sagt, dass dieses Zertifikat, was die Teilnehmer bekommen, auch ein Pluspunkt sein soll, wenn sie sich bewerben für einen Arbeitsplatz. Ich hätte vorgeschlagen, wir haben die SozialCard für alle Menschen, die einen Status haben offen, ich hätte gesagt, dass das

auch ein Anreiz sein kann, dass man zuerst einen Werte- und Orientierungskurs absolviert und erst dann kann man die SozialCard bekommen, das ist ein Vorschlag. Ich lade dich ein, Frau Vizebürgermeisterin, dass wir darüber nachdenken, das ist einmal so viel zu den Wertekursen. Werden wir zustimmen, zum Abänderungsantrag, der erst eingebracht wird. Wir wissen, dass es notwendig ist jetzt, mehr Mittel in die Hand zu nehmen, wir haben im letzten Jahr 1.200 Asylwerber gehabt, wir haben heuer 2.200, wir haben im letzten Jahr die Integrationsstrategie entworfen, die ist eine sehr gute, aber jetzt das Mehr an Menschen, die wir in Graz haben, brauchen auch mehr Mittel. Das heißt, der Integrationsmotor ist einmal hier angeworfen und wir brauchen jetzt Kraftstoff, dass wir auch die Integration für die Menschen auch bereitstellen können, deswegen habe ich auch geschaut, wie ich ein Geld organisieren kann. Das werde ich organisieren über eine Sparbuchentnahme und über meinen Eckwert, wir werden 100.000 Euro in den vorschulischen Bereich investieren, weil da ist jeder Euro gut investiert, 100.000 Euro in den Schulbereich und 200.000 Euro auch in Sprach- und Basisbildungskurse für den Erwachsenenbereich. Darüber hinaus werden wir auch 100.000 Euro zusätzlich für Personal in die Hand nehmen, weil es ist das Gebot der Stunde, jetzt wirklich diejenigen, die hier sind, zu integrieren. Auf der anderen Seite ist es wichtig, dass wir im Zuzug eine Begrenzung setzen, das heißt, linke Träumerei bringt nichts, rechte Hetze bringt nichts, die Mitte ist jetzt gefragt (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.40 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe:** Liebe Kolleginnen, Kollegen, liebe Alexandra! Danke für den Antrag, das ist ein Anliegen, das wir voll und ganz unterstützen und auch wichtig finden. Es hat ja auch dazu Lisa Rücker mitinitiiert die Kundgebung gemeinsam mit dem Frauenrat,

die dazu stattgefunden hat und die genau auch in diese Richtung geht, gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt an Frauen immer und überall und genauso wie auch, das finde ich auch bei dir wichtig, du ausgeführt hast, dass es darum geht, unabhängig wer die Personen sind, gegen diese Gewalt und gegen Bagatellisierung usw. aufzutreten. Also das ist einerseits ganz klar, auch die Nichtvereinnahmung mit rassistischem Hintergrund, aber es ist auf der anderen Seite genauso klar, dass wir das brauchen solche Kurse, solche Einführungsunterstützungen, um unsere gesellschaftlichen, gesellschaftspolitischen Errungenschaften, die wir halt in unserer Gesellschaft haben, auch zu verdeutlichen und dazu gehört nun einmal ganz zentral und ganz wichtig, weil Menschenrecht auch die Gleichstellung von Frauen und Männern und auch das Akzeptieren von den Auswirkungen, die Gleichstellung hat, und ganz klar, das Setzen von Grenzen, was sexualisierte Gewalt betrifft, wie gesagt, aber das für alle. Wir finden es absolut wichtig, was ihr schreibt: Stopp, was den Fremdenhass betrifft, aber auch Stopp, was die sexualisierte Gewalt betrifft. Ja zum Willkommensangebot, ja zur Vermittlung eben unserer gesellschaftspolitischen Errungenschaften, auch ja zu mehr Sprachkursen, aber was bei eurem Abänderungsantrag für uns das Problem ist, ist nicht der Inhalt, sondern das ist ein Abänderungsantrag als Zusatzantrag, dass zusätzlich mehr Sprachkurse usw. angeboten werden, nona, ja sicher, da treten wir auch immer wieder ein, aber nicht stattdessen, sondern nur als Zusatz, also werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt eures Antrages zustimmen, dem Abänderungsantrag aus diesen Gründen aber nicht. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda:** Ich möchte zwei Sachen sagen, also ganz kurz. Wir werden natürlich der Dringlichkeit zustimmen und auch dem Inhalt dieses Antrages und möchte gerne ein paar Sachen noch erwähnen, die mir jetzt in der Diskussion aufgefallen sind und die mich auch gefreut haben. Einerseits das Wort Willkommenspaket oder Willkommensangebot, vor allem in Kombination mit dem, was der Herr Stadtrat gesagt

hat, Folder, wir werden auch einen Zusatzantrag stellen im Anschluss noch, der sich um einen unter Anführungszeichen „digitalen“ Folder dreht, der eine oder andere wird es vielleicht auch kennen, die Welcome-App, die in Deutschland recht gut angenommen worden ist, glaube ich und ich weiß nicht, wer es sich alles angeschaut hat auch, wie wichtig, glaube ich, so ein Willkommenspaket oder Willkommensaufnahme so ein herzlicher Empfang auch ist und wie wichtig auf der anderen Seite Informationen zu Themen der Rechte und Pflichten und auch natürlich der Verhaltensweisen sind. Also deswegen natürlich Zustimmung zum Inhalt und zur Dringlichkeit und den Antrag stelle ich dann nachher vor. Danke.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Hoher Gemeinderat, werte Gäste, liebe Antragstellerin! Bei diesem Antrag fehlen mir als Frau fast die Worte, aber eben nur fast. Es geht nicht um Hetze, sondern um Fakten. Dass sexuellen Übergriffen mit der ganzen Härte des Gesetzes begegnet werden muss, ist wohl Selbstverständlichkeit. Dass hier rechtlich auch nachgeschärft werden muss, vor allem was die Abschiebungsgründe für Asylwerber betrifft, ist für mich auch klar. Wo ich dir gerne Recht gebe ist, wenn du schreibst, es war ein langer Weg zur rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter, allgemein zur Gleichstellung. Da haben unsere Vorfahren, unsere Urgroßmütter, Großmütter, Mütter sehr gute, harte Arbeit geleistet. Was aber sicher nicht stimmt ist, wenn du meinst, dass die sexuellen Übergriffe nichts mit der Herkunft, mit kulturellen oder gesellschaftsreligiösen Hintergründen zu tun haben, dass das keine Rolle spielt.

Zwischenruf unverständlich.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Darum geht es aber im Antrag nicht. Du widersprichst dir ja auch weiter hinten selber im Motivenbericht, wo du richtig anführst, woher die Menschen kommen, nämlich aus Systemen, wo patriarchale Gesellschaftsstrukturen und Unfreiheit an der Tagesordnung sind. Das heißt, diese Männer, vorwiegend junge Männer zwischen 20 und 40 Jahren, sind dort aufgewachsen, sind so erzogen worden und da kann mir niemand erzählen, und der Gedanke ist für mich absurd, vor allem als Pädagogin, dass man glaubt, mit ein paar Wertekurse, Deutschkursen oder Erziehungsberatung, dass man das wettmachen kann (*Applaus FPÖ*). Integration von diesen Menschen und vor allem Männern aus diesen Strukturen ist einfach in dieser Masse, mit dieser großen Anzahl nicht möglich, das zeigen ja auch die sexuellen Übergriffe, die ja nicht nur in Köln stattgefunden haben. Ein Vorschlag, nehmen wir doch das ganze Geld in die Hand, das die Deutschkurse, die Wertekurse, die Erziehungsberatung, die Unterkünfte, die Grundversorgung, die Dolmetscher, was das alles kostet, nehmen wir es in die Hand und investieren wir das in faire Remigration und in Hilfe vor Ort (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Danke für die unterstützenden Worte, danke auch Stadtrat Hohensinner für die Bereitschaft, einerseits das zu unterstützen und auch für die Informationen, was bereits getan wird. Ich glaube, hier müssen wir aber vorsichtig sein. Dass etwas getan wird, nämlich ein Kurs stattfindet, heißt noch nicht, dass die 2.200, glaube ich, haben wir heute gehört, Flüchtlinge, die derzeit sich in Graz aufhalten, mit diesem einen Kurs schon das Auslangen finden.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Kaufmann: Sind eh mehrere Kurse.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Das heißt, das ist ein guter Anfang. Das, was aber im Antrag gemeint ist, ist schon ein umfangreicheres Gesamtpaket, sodass erstens natürlich möglichst alle in diesen Kursen sein können und zweitens ein Kurs mit acht Stunden allein wird vermutlich nicht ausreichen, das ist vielleicht eine Möglichkeit. Wichtig wäre eine etwas längere Betreuung, wichtig wären Beratungsangebote, die individuell auf die einzelnen Bedürfnisse und Zielgruppen zugeschnitten sind. Das wird wahrscheinlich für Frauen anders sein als für Männer. Erst dann läuft man natürlich auf keinen Fall Gefahr, dass das passiert, was du sozusagen aus meiner Sicht mit absurd scharfen Worten, aber dennoch ausgemalen, den Teufel an die Wand gemalen hast, dass das passiert. Wenn man nämlich das Geld tatsächlich in Integrationsmaßnahmen investiert, erspart man sich ganz, ganz viel Geld später einmal. Das heißt, jeder Euro, der in Integrationsmaßnahmen fließt, ist aus meiner Sicht eine Investition in die Zukunft und zwar weniger, wie die freiheitliche Fraktion das meint, als Schutz vor Gewalt oder ähnlichen Dingen, sondern auch als Investition in unser Wirtschaftssystem. Es gibt mittlerweile schon viele Studien, Hochrechnungen und Prognosen, wieviel die jetzt Zugezogenen, vor allem die Jungen, die Kinder, die jungen Leute, die jetzt zuziehen, als Steuerzahler später auch unserem Land wieder einbringen. Das heißt, jeder Euro, der in eine gute Integration fließt, der kommt wahrscheinlich doppelt zurück und unterstützt unser Land nachhaltig. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

StR.ⁱⁿ **Rücker** zum Antrag: Alexandra, danke für deinen Antrag und danke auch für den einen Hinweis, den ich sehr wichtig empfunden habe, dass man sich der eigenen Werte sehr gut bewusst sein sollte und über die ganz gut Bescheid wissen sollte, wenn man sie weitervermittelt. Und an manchen Diskussionen, und zwar konkret an zwei im Laufe des letzten Jahres, sieht man, dass da noch Handlungsbedarf ist und deswegen halte ich so einen Antrag einmal für einen Ansatz, aber ich glaube, dass wir mehr zu tun haben. Ich sehe nämlich Köln durchaus auch als Chance, sehr offen und präzise über das zu reden, was uns dort als ein Phänomen, als ein sehr erschreckendes Phänomen begegnet ist, aber doch in unserer Gesellschaft mehr oder weniger intensiv mit unterschiedlichen Beweggründen länger schon ein Thema ist. Ich bin auch froh, dass du am Anfang sexualisierte Gewalt gesagt hast, denn bei sexualisierter Gewalt wird deutlich, dass es um einen Gewaltakt geht und dass Sexualität als Mittel verwendet wird, aber es geht nie um Erotik und es geht nie um Sex, wie leider in einer Debatte, die wir im Frühjahr dieses Jahres in Österreich im Nationalrat hatten, als es um den Paragraphen gegen das sogenannten Po-Grapschen, das dann gar nicht strafbar wurde, aber gegen sexualisierte Übergriffe deutlich geworden ist und da möchte ich die FPÖ daran erinnern, dass der Feminismus ein ganz junges Phänomen bei euch ist, weil damals hat eure Frauensprecherin Carmen Schimanek zum Beispiel gesagt, man muss nicht alles gesetzlich überregulieren, der jetzt in Diskussion befindliche Po-Grapscher-Paragraph hilft niemandem außer der in der Defensive befindlichen Frauenministerin. Bislang sind wir auch gut ohne eigene Vorschrift ausgekommen etc., da gibt es viele Worte, so etwas brauchen wir in unserem Land nicht. Ich nehme an, dass die Frau Schimanek heute anders argumentiert, warum? Weil in Köln etwas sichtbar geworden ist, dass hier Männer, überwiegend junge Männer aus dem nordafrikanischen, aus dem arabischen Raum stammend, Übergriffe gegen Frauen vorgenommen haben, sexualisierte Übergriffe und dass ist in einer Masse, was uns alle miteinander erschreckt hat, gar keine Frage. Aber in der Debatte, in der Folgedebatte müssen wir jetzt aufpassen, dass wir hier nicht gegenüberstellen, das eine sind die Flüchtlinge und das andere sind die weißen Frauen. Denn sexualisierte Gewalt geschieht zum Beispiel

auch in Einrichtungen, wo Flüchtlinge sind, das heißt, auch Flüchtlingsfrauen sind Opfer von sexualisierter Gewalt, das heißt, wir müssen wirklich wesentlich breiter denken und es sind nicht nur ganz frisch angekommene Männer Täter, sondern es sind Täter genauso Männer aus unserer Gesellschaft, die hier groß geworden sind, aber auch Männer, die hier unter besonders rigiden patriarchalen Vorstellungen heranwachsen. Das können immer wieder Männer sein, die im religiösen Background aufwachsen, da nenne ich ganz bewusst auch den Islam, wo rigide Sexualmoralvorstellungen und rigide Frauen- und Männerbilder vorherrschen, ja, das heißt, wir werden nicht alleine mit Flüchtlingskursen und Wertekursen gegenüber Flüchtlingen weiterkommen, sondern auch gemeinsam mit den Religionsgemeinschaften Lösungen finden müssen und wir werden auch bei unseren eigenen Kindern, Söhnen und Töchtern, die hier geboren sind, hier aufgewachsen sind, in unserer Kultur aufgewachsen sind, ganz dringend arbeiten müssen. Schauen wir uns doch an, was unsere Kids täglich an Pornografie sich über die Handys reinziehen an Frauenverachtung, sexualisierter Gewalt im Sinne von Sexismus in unserem Alltag stattfindet. Das heißt, Kurse, Wertevermittlung ist das eine, das andere ist, wie werden wir in unserem Alltag miteinander lernen, wieder zu einem einigermaßen oder endlich zu einem einigermaßen gesunden Verständnis zwischen den Geschlechtern zu kommen, was das Frauenbild anbelangt und was auch die Form von Gewaltvermeidung anbelangt. Deswegen würde ich mir wünschen erstens, dass wenn so ein Antrag zustande kommt, eigentlich die Frauenstadträtin gemeinsam mit dem Herrn Integrationsstadtrat schon längst etwas vorlegen hätte können, weil die Initiative muss ja nicht über den Gemeinderat gehen, die Initiative hätte man auch setzen können, ok, ist nicht passiert. Ich wünsche mir aber auch, dass wir Maßnahmen, die das alltägliche Lernen in der Schule durch einen verpflichtenden Ethikunterricht...

Zwischenruf StR. Hohensinner, MBA: Ich glaube, du hast mir nicht zugehört.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: ...durch die Situation, dass Patenschaften, Familienanschluss für junge, neu Ankommende möglich ist, wo sie erlernen können, wie hier untereinander umgegangen wird, dass man solche Maßnahmen fördert und dass es gleichzeitig gelingt, über eine differenzierte Beschreibung dessen, der in die Lage kommt, ein Täter zu sein und des Opfers reeller diskutieren, dass nicht alle Flüchtlinge automatisch damit verdächtigt werden, Täter zu sein und nicht automatisch nur die Opfersituation sozusagen reduziert ist auf die hier lebenden weißen Mädchen und Frauen, sondern dass das etwas ist, was in beiden Richtungen durchlässig ist. Eine kleine Geschichte noch. Ich war gestern in der Oper, habe mir gestern die Luisa Miller angeschaut, da gibt es eine kleine Passage, wo der Vater in seiner Ehre gekränkt wird, weil seine Tochter in ihrer Jungfräulichkeit angegriffen wird. Ist 200 Jahre alt die Geschichte, Schiller-Vorgabe usw., dann denke ich mir dort noch, schön, dass es das in unserer Region nicht mehr so gibt, dass die Jungfräulichkeit der Tochter die Ehre des Vaters sozusagen definiert. Wir wissen das gibt es heute noch in patriarchal strukturierten, auch in bestimmten Glaubensvorstellungen. Heraus vor der Oper erlebe ich einen Grazer Bürger, wie er seine Frau vor Publikum dermaßen, ich sage jetzt bewusst, zur Sau macht, weil irgendwas nicht funktioniert hat, sie hat ihm irgendein Gewand nicht richtig hergerichtet, so war dann die Diskussion in einer Form, in einer Gewalttätigkeit, die gerade nicht übergriffig war, wo ich mir dann gedacht habe beim Herauskommen, also doch nicht nur 200 Jahre her, sondern leider auch Alltag mitten unter uns, Gewalt gegen Frauen, Erniedrigung, Endwürdigung ist alltäglich, ist immer und überall. Es bekommt durch Zuwanderung aus rigiden patriarchalen Gesellschaften eine zusätzliche Dimension und Qualität und darüber müssen wir viel breiter und viel konkreter reden und zwar alle, die damit zu tun haben und es wird nicht alleine die Politik lösen, sondern, wie gesagt, da werden wir auch Partner brauchen, die Autoritäten im Rahmen der Glaubensgemeinschaften haben, denn wenn dort sich das

Bild endlich ändern anfangt, dann werden hier junge Leute auch eine neue Vorstellung entwickeln können. Hier wird es ganz starke Kooperationen brauchen (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorliegender Antrag hat eben auch aufgrund der... nach den Übergriffen in den verschiedenen deutschen Städten gibt es die vielfältigen Debatten und auch beim vorliegenden dringlichen Antrag ist ja der Einstieg für eine Maßnahme, die es über Definitionen der sexualisierten Gewalt hin dann zu einer konkreten Maßnahme ausschließlich eben für Migranten und Migrantinnen führt. Das hat mich einerseits jetzt veranlasst, auch noch einmal deutlich zu formulieren, dass sexualisierte Gewalt in unserer Gesellschaft von vielen Seiten eben als Migrationsproblem dargestellt wird, das hat auch die Kollegin der FPÖ im Vorfeld genau in dieser Deutlichkeit formuliert, während ich das als ein breites Phänomen in unserer Gesellschaft sehe. Denn sexualisierte Gewalt beginnt dort, wenn Frauen und Mädchen auf ihren Körper reduziert, belästigt und gedemütigt werden und der Ursprung dieser Formen von Gewalt ist eben nicht Sexualität, das hat auch meine Vorrednerin, die Stadträtin Lisa Rücker, auch betont, vielmehr geht es eben dabei um die Demonstration von Macht und Überlegenheit. Und sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist kein individuelles Problem, sie hat gesellschaftliche Ursachen und ist im Zusammenhang mit dem Machtungleichgewicht zwischen den Geschlechtern zu verstehen. Sie ist kein Problem, das sich aufgrund der aktuellen Debatte reduzieren lässt eben, dass das jetzt nur Flüchtlinge, Asylwerber wären, die in einem anderen „Wertekanon“ jetzt, unter Führungsstrichen, erfahren haben und erlebt haben. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und aus diesem Grund heraus war für mich die Überlegung im Hinblick eines Abänderungsantrages deshalb gegeben, weil ich davon ausgehe, dass zwar Maßnahmen, vielfältige Maßnahmen wichtig sind, aber nicht eingeschränkt in Form eines Vortrages, ein Konzept, das also ein paar Vorträge mit

Asylwerbern und -werberinnen vorsehen soll, so wie das also verdeutlicht wird, sondern dass aus meiner Sicht eine andere Herangehensweise wichtig ist, nämlich dass aktiv im Zusammenhang mit den Asylwerbern und -werberinnen in Form von mehr Kursmaßnahmen zum Erwerb der deutschen Sprache gleich vom Beginn an in aktiver Auseinandersetzung in diesen Kursmaßnahmen sehr viel gemeinsam erarbeitet wird. Einerseits sprachlich, also auf der sprachlichen Ebene, andererseits im Zusammenhang mit Landeskunde, was immer Teil dieser Kurse ist und in besonderem Maße miteinbezieht, was es an gesellschaftlichen Grundlagen, Überlegungen, was alles wichtig ist im Zusammenhang mit Gleichberechtigung, Selbstbestimmung, Chancengleichheit, alles, was wesentlich ist, wird von Beginn an mit einfachen sprachlichen Mitteln in einem aktiven kommunikativen Prozess erarbeitet und ich diese Vorgangsweise für zielführend halte und man vor allem einen höheren Bedarf hat, mehr finanzielle Mittel braucht, weil das Kontingent nicht ausreichend ist. Deshalb mein Abänderungsantrag geht in diese Richtung, wie ich jetzt in meinem Motivenbericht vorweg genommen habe und mit der Forderung, dass das Integrationsreferat der Stadt Graz beauftragt wird, über das bestehende Angebot an Kursmaßnahmen zum Erwerb der deutschen Sprache für AsylwerberInnen hinaus zu prüfen, welche zusätzliche Maßnahmen zu deren Erweiterung und finanziellen Absicherung erforderlich sind. Das war die Überlegung und ich denke, dass es natürlich also sehr zielführend wäre, das Kontingent, das vorgegebene, auszubauen, zu erweitern, beziehungsweise zu überlegen, wie das ermöglicht werden kann und deshalb ist trotzdem, auch wenn ich weiß, dass eine Mehrheit dem jetzt nicht zustimmen wird, mein Wunsch groß, dass man zumindest perspektivisch vielleicht doch gemeinsam in diese Richtung was entwickeln und erweitern kann, weil aus meiner Sicht lange sehr oft Asylberechtigte ja gar keinen automatischen Anspruch, also vorher haben sie gar keinen gehabt, sie haben keinen automatischen Anspruch auf diese Maßnahmen und deshalb wäre es nötig, auch das Kontingent zu erweitern und die Möglichkeiten diesbezüglich zu verbessern. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich mich jetzt zu diesem Thema nicht zu Wort melden, aber das geht mir sehr nahe und deswegen kann ich einfach nicht sitzen bleiben, nichts sagen. Ich verstehe die FPÖ nicht, viele verstehen die FPÖ nicht, aber ich auch nicht. Wovor diese Angst und dieser Generalverdacht, ich kann das nicht mehr hören, sind alle Menschen, die zu uns kommen, gewalttätig? Bis Köln waren alle gewalttätig, jetzt nach Köln sind alle Sexualtäter...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Schleicher: Zuhören, was ich gesagt habe.

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Ich habe genau zugehört, was du gesagt hast und ich kann es trotzdem nicht verstehen. Anscheinend versteht ihr nicht, dass diese Menschen, vor allem auch diese Männer, die zu uns kommen, zum Teil deshalb aus ihren Ländern fliehen, weil sie diesem Regime entkommen wollen, weil es in ihren Ländern keine Demokratie gibt, weil in ihren Ländern Menschenrechte missachtet werden, das wollte ich ganz kurz sagen und dann vielleicht auch noch zu deiner Wortmeldung, liebe Kollegin Schleicher. Also mit dem, nehmen wir das Geld, was die Flüchtlinge uns kosten. Ich möchte einfach euch alle daran erinnern, denken wir an das Jahr 1992, da bin ich auch nach Österreich gekommen und es ist jetzt über 20 Jahre her und da sind auch damals 90.000 Flüchtlinge gewesen und diese Menschen sind zum Teil, also ein Großteil ist hiergeblieben und zahlt hier Steuern, diese Menschen zahlen hier unsere Pensionen...

Zwischenruf unverständlich.

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Genau so ist es. Auch vielleicht ganz kurz zum Kurt seiner Meldung von linker Träumerei, ja lasst uns das träumen, ich träume noch immer davon, dass wirklich in 20 Jahren hier eine syrische Frau steht und mit euch diskutiert. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda**: Wie vorher schon angekündigt, würde ich jetzt gerne das Willkommensangebot noch einmal ein bisschen verstärken und dementsprechend einen Zusatzantrag vorstellen, der auch für deinen Abänderungsantrag gilt, der vielleicht ja doch eine Mehrheit findet, man weiß es nicht, aber es würde auf jeden Fall für den Abänderungsantrag sowie den Hauptantrag gelten. So wie du es vorher schon gesagt hast, es ist einerseits eine Holschuld und andererseits eine Bringschuld und wir könnten vielleicht unsere Bringschuld etwas verbessern und zwar der Antrag lautet, Zusatzantrag:

Ergänzend wird das Integrationsreferat unter Einbeziehung der ITG ersucht zu prüfen und darüber ebenso zu berichten, wie uns ob eine Adaptierung zum Beispiel der in Deutschland sehr erfolgreichen „Welcome App“, der eine oder andere wird es sich vielleicht im Antrag angeschaut haben oder der in Wien entwickelten Apps oder eventuell anderer am Markt befindlichen Apps auf Grazer Erfordernisse möglich wäre. Weil alle die, die sich den Antrag, den Zusatzantrag im Vorfeld angeschaut haben und sich vielleicht getraut haben, auf den einen oder anderen Link zu klicken, werden gesehen haben, dass halt einfach viel Kommunikation, und wir wissen selbst, über Smartphones abläuft und funktioniert und es ist einfach eine sehr gute Möglichkeit,

sehr viele Informationen zu transportieren, die einerseits Werte betreffen können, die Asylverfahren betreffen können, die Rechte, Pflichten, Arbeit, soziale Interaktion, Sprache, Religion, Kultur, Essen, Alltag und Notfälle betreffen können. Das ist einfach ein umfangreiches Paket ergänzend dazu einmal zu schauen, ob das nicht für Graz eine sinnvolle Idee wäre. Dankeschön.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf vielleicht sagen, ich verstehe nicht auch in der Debatte wieder, dass es ganzheitlich zu sehen ist und es zu negieren, dass gerade in Köln aus dem afrikanischen Raum, aus dem marokkanischen Raum die Männer vorwiegend für den Wirbel gesorgt haben. Ich habe mir deutsche Fernsehsendungen angesehen, ich war eigentlich schockiert auch über die Art und Weise, wie diese jungen Männer, die in diesem Bereich involviert waren, nach ihrem einwöchigen Gefängnisaufenthalt hinausgegangen sind und was die Herrschaften in Richtung Kamera und, wenn ich so sagen darf, in Richtung unserer Gesellschaft dort von sich gegeben haben. Das war, gelinde gesagt, so eine Frechheit, dass du einen solchen Groll bekommst, dass du dir nur eines wünschst, dass Menschen, die solche Handlungen begehen ein ganz schnell abgeschlossenes Asylverfahren haben und wenn nur irgendwie geht, abgeschoben werden (*Applaus ÖVP*) und dass diese Europäische Union dafür sorgen soll, dass wir diese Abkommen haben, um sie auch wirklich zurückzustellen. Weil ich stelle immer mehr fest, dass diese Menschen als U-Boote oder sonst wie bei uns leben und das funktioniert nicht und auf der anderen Seite, glaube ich, wird es aber auch genau das brauchen, was hier auch von Seiten der Grünen, der SPÖ, von uns jetzt allen gesagt wurde, auch von der KPÖ, dass wir auch schauen müssen, dass die nächste Generation, die jetzt auch mit diesem Migrationshintergrund bei uns heranwachsen wird und auch jene Männer, die, wenn ich so sagen darf, aus solchen Gebieten kommen, aus solchen Ländern kommen, denn all das, was hier aufgezählt wurde, tatsächlich existiert, verstehen, dass damit nicht zu spaßen ist und dass es eine Grenze gibt auch wiederum,

und wenn du die überschreitest, dann wird dich die volle Härte des Gesetzes treffen und dann hast du in unserer Gemeinschaft eigentlich nichts mehr verloren. Und all jene, die da auch von zu Hause so sozialisiert werden, müssen dann, wenn ich so sagen darf, von uns als nächste Generation mit massiver Integrationsarbeit, und da ist all das, was aufgezählt wurde, richtig, in eine andere Welt gebracht werden, weil sie aus einer solch anderen Welt kommen.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich möchte noch einen Satz sagen. Worüber wir doch jetzt jahrelang diskutieren, wenn wir über Auffälligkeiten bei heranwachsenden jungen Menschen reden. Ganz generell beziehungsweise über eine Veränderung in unserer Gesellschaft, dann ist ganz stark das Wort Respekt, um den es doch geht. Und ich möchte nicht, dass wir drüber offen diskutieren, was notwendig ist, damit Respekt wieder einen höheren Stellenwert bekommt, da glaube ich, sind wir uns alle einig, dass da etwas verrutscht ist. Das ist jetzt ausgerechnet in Köln so stark zutage getreten, dass da eine respektlose Bande von Männern aufgetreten ist, ist ein Spiegelbild von etwas, was in dieser Gesellschaft breiter vertreten ist. Das ist, worauf ich hinaus will, aber es ist natürlich ein sehr massives Spiegelbild. Aber es ist da etwas, wenn wir uns anschauen, wie Gewalt in Filmen, mit welchen täglichen Botschaften wir uns selbst und vor allem unsere jungen Menschen täglich konfrontiert werden und schon lange die Polizei in Deutschland und überall darüber klagt, mit welcher Respektlosigkeit sie bei jungen Menschen generell konfrontiert ist und ich will jetzt nicht gegen die jungen Menschen reden, aber es entwickelt sich etwas, wo das Thema Respekt anscheinend verrutscht und ich glaube, dass wir darüber breiter und ehrlicher diskutieren müssen und das jetzt nicht mit Abschiebungsthematik verknüpfen sollten, so sehr man drüber diskutieren soll, was ein Asylgrund sein soll und was in verwirken soll, da kann man drüber diskutieren. Aber wir werden das Problem nicht wegschaffen, zum Thema Respekt werden wir nicht wegschaffen, indem wir sagen, ihr seid die Respektlosen und alle

anderen haben Respekt, wir haben ein Problem damit in unserer Gesellschaft, so wie sie zusammengesetzt ist, so oder so (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Ich glaube, die Diskussion, die Debatte hat jetzt gezeigt, wie vielschichtig auch dieses Thema ist und eines ist ganz, ganz gut und klar von dir, Uli Taberhofer und dir Stadträtin Rücker, klargestellt worden, sexualisierte Gewalt hat nichts mit Sexualität zu tun in erster Linie, sondern etwas mit Machtausübung und Demonstrieren von Macht zu tun und ich glaube, das müssen wir in aller Form bekämpfen und es ist wichtig, dass wir das überall aufzeigen, egal durch wen das passiert. Es dürfen diese Machtdemonstrationen, diese Gewaltdemonstrationen einfach nicht passieren (*Applaus SPÖ*) und das zweite Thema ist eben dieses Wertethema, das ich ansprechen wollte mit diesem Antrag und ich glaube, es hat sehr gut gezeigt, wie notwendig es ist, über gemeinsame Werte in unserer Gesellschaft auch immer wieder in unserer Gesellschaft zu diskutieren, bevor wir mit diesen Werten uns an die Neuhinzukommenden auch wenden, denn man hat auch gut gesehen, es ist nicht so einfach zu sagen, das sind unsere gemeinsamen Werte und wir müssen daher auch immer wieder aktiv uns damit beschäftigen, damit wir uns dieser gemeinsamen Werte, wie auch Respekt gegenüber allen Menschen und speziell jetzt in dieser Sache gegenüber Frauen, bewusst werden. Aber auch Kinder könnte man zum Beispiel, Menschen mit Behinderung usw. einfach Würde von allen Menschen und Respekt allen Menschen gegenüber, das sind die Werte, über die wir hier immer wieder diskutieren sollten und dazu dient auch diese Diskussion. Ich danke für die Zustimmung, die sich abzeichnet von einigen Fraktionen. Uli Taberhofer, mir tut es irrsinnig leid um deine Forderung und wäre es ein Zusatzantrag, könnten wir mit Freude dem zustimmen, als Abänderungsantrag leider nicht, denn dann würden die Dinge, die ich auch intendiert habe, damit natürlich unter den Tisch fallen, daher können wir dem leider nicht zustimmen und in diesem Sinne danke ich einmal für die Diskussion. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) abgelehnt.
Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und FPÖ) angenommen.***

Der Zusatzantrag der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte vielleicht noch anmerken, die FPÖ-Fraktion hat einen Fotografen, Sie werden Fotos von den Kolleginnen und Kollegen der FPÖ machen, dass sich da niemand irritiert fühlt, das ist mit den... so war es nicht ausgemacht.

6) Graz darf nicht „Köln“ werden – Maßnahmenplan zum Schutz von Frauen

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Werter Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen! Das Thema Schutz von Frauen, wir haben es vorher beim dringlichen Antrag erlebt, ist allgegenwärtig. Köln hat mehrfach gezeigt, wie sehr die etablierte Politik versagt hat und zwar die Politik von Rot/Grün und auch Schwarz. Es freut mich, wenn der Herr Bürgermeister hier auch zum Besten gibt, dass es unbedingt notwendig ist, hier mit aller Härte des Gesetzes vorzugehen und diese Täter auch strikt auszuweisen und abzuschieben. Aber bisher war die Politik ja eine, die das auch in Köln verursacht hat. Einerseits durch den unkontrollierten Import dieser frauenfeindlichen Kulturen und andererseits auch durch das Tabuisieren, das Schönreden und das Vertuschen dieser und ähnlicher Vorkommnisse. Ganz groß im Vertuschen waren da im Übrigen die Emanzen, die

Frauenrechtler und die Feministinnen, von denen hat man überhaupt nichts in dieser Angelegenheit gehört. Und auch ich bin hier im Juli im Rahmen einer Gemeinderatssitzung gestanden und habe gesagt, natürlich müssen wir uns Gedanken machen und es könnte sein, dass es Schwierigkeiten für unsere Frauen bereitet, wenn hier unter den Asylwerbern 80 % junge Männer, vor allem Moslems, sind, dass das zu Schwierigkeiten führen kann, das habe ich hier in den Raum gestellt, das habe ich angesprochen. Ich bin abgeschasselt worden, ich bin ausgelacht worden. Leider Gottes haben sich diese Ahnungen bestätigt. Und Frau Marak-Fischer, Frau Grabe oder Frau Rücker, jetzt wieder herzugehen und zu relativieren, auszuweichen, das bringt doch bitte nichts und gleich reflexartig wieder den Vorwurf der Hetze hier in den Raum zu stellen. Ich meine, ich würde mir wünschen, dass sie gleich reflexartig reagieren zum Beispiel bei solchen Aussagen von dem Kölner Imam, der sagt, die Frauen sind selber schuld, dass ihnen das passiert, weil sie ein Parfum tragen usw. Da hört man nichts von Ihnen, nur wenn wir das sachlich debattieren wollen, warum ist das in Köln und in anderen Städten passiert, dann kommt sofort, naja, das darf jetzt rassistisch nicht missbraucht werden. Und Frau Kollegin Ribo, weil Sie gesagt haben, Sie wünschen sich, dass da in 20 Jahren eine syrische Frau steht und mit uns diskutiert, wenn das so weitergeht, dann wird in 20 Jahren in diesem Gemeinderat überhaupt keine Frau mehr stehen (*Applaus FPÖ*). Hier gilt es auch entsprechend zu agieren. Und ich möchte das, was da vorher gesagt worden ist und diese Relativierung, ganz einfach auch mit Zahlen einmal versuchen zu widerlegen. Es gibt ja vielfache Belege dafür, dass das so ist, wie meine Kollegin Schleicher gesagt hat, dass das mit der Herkunft zu tun hat. Da muss man sich leider Zahlen, es sind ganz aktuelle Zahlen, Zahlen aus der Schweiz heranziehen, weil bei uns ist es ja nicht üblich, dass Polizei und Behörden bei Straftätern die Staatsangehörigkeit melden und dokumentieren. Aber wenn man sich die Schweiz anschaut und hier die Sexualstraftaten zur Hand nimmt und dann eine Hochrechnung anstellt, auf 100.000 gerechnet, dann sieht man, dass bei den Tunesiern, hochgerechnet auf 100.000, 354 wegen sexueller Delikte angezeigt werden, bei Marokkanern 196, bei Algeriern auch hoch 280, bei Irakern 252, bei Syrern 100, bei

Schweizern, wissen Sie, wie viele Schweizer hier wegen sexuellen Delikten hochgerechnet auf 100.000 auch angezeigt werden? 32. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit, dass ein Tunesier wegen einem Sexualdelikt angezeigt wird, ist um ein Zehnfaches höher als bei einem Schweizer und da erzählen Sie uns, dass es nichts mit der Herkunft zu tun hat. Das ist bitte absurd (*Applaus FPÖ*). Und Schweden ist ein anderes Beispiel, dort erleben wir oder dort war es so, dass Schweden das Land war, dass die meisten Asylwerber, Asyltouristen, wie auch immer, aufgenommen hat. Mittlerweile ist Schweden das Land weltweit mit der höchsten Vergewaltigungsrate. Auf 100.000 Einwohner passieren in Schweden 66,5 Vergewaltigungen, also das sind offizielle Statistiken, das können Sie sich gerne anschauen und natürlich...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker: Da sind die angezeigten Fälle. So ein Blödsinn.

GR. Mag. **Sippel**: Wenn man sich das qualifiziert anschaut, diesen Schluss auch ziehen, dass das mit der überbordenden Einwanderung zu tun hat. Da brauchen wir nicht herumreden, da brauchen wir nicht relativieren, das sind Fakten, das sind Daten. Und wir sollten alles daran setzen und alles tun hier auch auf kommunaler Ebene, dass Graz nicht Köln wird und da können wir einiges tun, es ist in Graz nicht alles eitel Wonne, es gibt Belästigungen, es gibt Anmache, es gibt verschiedene Formen von sexueller Belästigung, die eben nicht im Strafgesetz erfasst sind und hier ist die Stadt am Zug, etwas zu tun und zwar abseits von Empfehlungen, eine Armlänge Abstand zu halten oder jetzt einen Taschenalarm, auch mit einem Taschenalarm herumzulaufen. Hier gilt es wirklich, konkrete Empfehlungen zu machen und da ist die Frauenstadträtin, da ist die Sozialstadträtin gefordert. Ich meine, wir haben das Frauenservice in Graz, wir brauchen keine Institutionen neu erfinden, da wäre es gut, vielleicht ein bisschen

weniger Gender und Diversity einmal anzubieten, sondern sich auch Gedanken zu machen, wie kann man präventiv vorgehen, weil ob wir jetzt eine Frau mit einem Binnen-I schreibt oder nicht, das schützt sie nicht vor Übergriffen, das muss man hier auch einmal sagen (*Applaus FPÖ*). Und ich war ja relativ zuversichtlich, wie ich gesehen habe beim Frauenservice, dass es da diesen Programmpunkt „Sexismus im öffentlichen Raum“ gibt. Da habe ich mir gedacht, das klingt ja sehr gut, da sind sie ja up-to-date, da nimmt man ja Bezug auf die aktuelle Lage, dann habe ich aber genauer hingeschaut und dann habe ich gelesen, da geht es darum, anhand von topographischen Bezeichnungen und Werbeplakaten Repräsentationen von Frauen und Männern unter die Lupe zu nehmen. Also ich sage, seit Köln bedeutet Sexismus im öffentlichen Raum etwas ganz was anderes und das fordert auch die entsprechenden Maßnahmen. Und da gilt es anzusetzen und hier gilt es nachzuschärfen. Wir haben hier einige Möglichkeiten, ein Beispiel ist es auch und das ist auch im Antrag entsprechend angeführt. Asylwerbern, die ja das Problem im größten Teilen sind, auch Köln hat das belegt, den Eintritt in die öffentlichen Bäder ohne Betreuung zu verbieten. Überall dort, auch im öffentlichen Bereich, wo Frauenduschen sind, jetzt gilt es einmal für die Auster, aber dann, wenn es wärmer wird, auch für die anderen Bäder, weil es wichtig ist, dass wir präventiv handeln und nicht so lange warten, bis was passiert und dann reagieren, sondern jetzt ein Zeichen setzen. Weil es gibt, leider Gottes, schon Vorfälle diesbezüglich, wir haben Belästigungen in einem Salzburger Schwimmbad, wir haben das Stürmen von Frauenduschen durch Afghanen in Korneuburg, wir haben einen sexuellen Missbrauch eines Zehnjährigen durch einen Iraker in Wien, die Folge war, im Salzburger Paracelus-Bad hat man einen Wachdienst eingeführt und der ÖVP-Bürgermeister in Korneuburg hat ein Hausverbot für Asylanten erlassen. Wir sollten reagieren, bevor etwas passiert, das ist unsere Aufgabe. Deshalb mein dringlicher Antrag, der Antragstext liegt vor. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Anscheinend ist das die neue Taktik des Gemeinderates, meine Anträge unkommentiert da hinzunehmen, über sich ergehen zu lassen. Ich sage, mir ist das relativ egal, weil nicht Sie sind mein Ansprechpartner, sondern die Öffentlichkeit und ich glaube, die denkt in großen Teilen mittlerweile so wie wir (Applaus FPÖ).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Piratenpartei) abgelehnt.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Eines möchte ich jetzt zu diesem Antrag schon noch hinzufügen, lieber Klubobmann Armin Sippel. Nachdem du mich in zwei Punkten konkret ansprichst, möchte ich schon daran erinnern, ich habe dir schon mehrfach angeboten in Bezug auf das Sozialbudget, einmal ein Privatissimum anzubieten. Ich würde dir auch gerne eines bei der Staatsbürgerschaftskunde anbieten, weil ich weiß nicht, ob dir das klar ist, wer in Österreich zuständig ist für das Thema Gewalt. Gewaltschutz, das ist ganz klar bei der Polizei, bei der Exekutive und in weiterer Folge bei der Justiz. Das liegt nicht bei einer politischen Referentin und dann frage ich auch eines weiter, was heißt das jetzt weiter, wir haben einen Sicherheitsstadtrat, Kollegen Eustacchio, für wen ist der zuständig? Für die Männer und die Hunde oder wie? Weil wenn ich für Frauen zuständig bin, diese Logik kann ich nicht ganz nachvollziehen (Applaus SPÖ).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.33 Uhr den Vorsitz.

7) Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz – Videos von Stadtsenatsreferenten

GR. **Hötzl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hötzl**: Nach der Belehrung von der Frau Vizebürgermeisterin, die leider ein bisschen nach hinten losgegangen ist, kommt jetzt mein Antrag betreffend die Öffentlichkeitsarbeit in der Stadt Graz.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Die Richtlinien der Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Stadt Graz gelten als die mitunter strengsten in ganz Österreich. Mehrmals wurde von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit darauf hingewiesen, dass bei simplen Einladungskarten zum Mobilitätsfest oder auch Videos zu dieser Veranstaltung kein Bild vom zuständigen Stadtrat, in dem Fall Stadtrat Mag. Mario Eustacchio, aufscheinen darf. Auch in der Stadtzeitung „Bürger Information Graz - BIG“ ist man seit Jahren darauf bedacht, Politiker trotz ihrer Verantwortung möglichst selten in Szene zu setzen. Nachdem es den Bürgern der Stadt Graz vor allem um Information und Kontaktmöglichkeiten geht, ist diese gelebte Praxis durchaus in unserem Sinne, wohl wissentlich, dass Sie als Stadtoberhaupt, nämlich der Bürgermeister, hin und wieder öfter vorkommen als andere Regierungsmitglieder.

Wirklich erstaunlich ist jedoch die Tatsache, dass trotz dieser strengen Richtlinien, trotz des Verbotes jedweder Parteienwerbung, trotz der Tatsache, dass in Zeitungen und anderen Medien der Stadt Graz ausschließlich Inhalte aus dem Wirkungsbereich des betreffenden Stadtsenatsreferenten erscheinen dürfen, just auf der Homepage der Stadt Graz auf Facebook vor einer Woche ein Video von Ihnen als Bürgermeister veröffentlicht wurde, dessen Inhalt in keiner Weise mit Ihrer Funktion als Bürgermeister der Stadt Graz in Verbindung steht, sondern in dem Sie die Asylpolitik der Bundesregierung kritisieren. Dieses Video wurde mehrfach geteilt und in weiterer Folge auch in Zeitungen darauf Bezug genommen.

Da Sie in diesem Video nahezu ausschließlich zu Entwicklungen Stellung beziehen, die nichts mit dem Wirkungsbereich der Stadt Graz zu tun haben, wäre es angemessen gewesen, ein solches Video als ÖVP-Graz zu erstellen, nicht aber mit Ressourcen des Magistrates Graz und damit auch mit Grazer Steuergeldern. Über den Inhalt des Videos kann man politisch diskutieren, doch die Tatsache, dass in einem offiziellen Video der Stadt Graz parteipolitische Meinungen des ÖVP-Stadtparteiobmannes Mag. Siegfried Nagl geäußert werden, kann weder in unserem noch im Sinne der anderen Vertreter aller anderen Gemeinderatsparteien sein.

Nachdem zu erwarten ist, dass solche Videos gerade im Hinblick auf die kommenden Gemeinderatswahlen zur Regelmäßigkeit werden, möchten wir schon jetzt ein gemeinsames Regelwerk erarbeiten, das Rücksicht auf alle demokratisch legitimierten Kräfte im Gemeinderat und im Stadtsenat nimmt. Videos, die politische Meinungen oder Äußerungen zum Inhalt haben, sollten unserer Ansicht nach auf eigene Kosten und nicht mit Grazer Steuergeldern erstellt und auf Homepages der Parteien veröffentlicht werden. Videos, die den Wirkungsbereich eines Stadtsenatsreferenten betreffen, sollen dafür klare Vorgaben haben, damit alle Regierungsmitglieder gleichberechtigt behandelt werden. So könnte beispielsweise Vizebürgermeisterin Martina Schröck über Sozialleistungen, Stadträtin Lisa Rücker über Umweltinitiativen, Stadträtin Elke Kahr über Fortschritte bei Gemeindewohnungen oder Stadtrat Rüschoff über die neuesten Schuldenhöchststände oder auch Stadtrat Mario Eustacchio über Verkehrsprojekte Auskunft erteilen, nicht aber über politische Meinungsverschiedenheiten, wie das in besagtem Video von Ihnen der Fall war.

Nachdem sich in der Grazer Stadtregierung insgesamt sieben Personen aus fünf verschiedenen Parteien befinden, sollten wir im Sinne der demokratischen Verhältnisse darauf achten, dass auch sämtliche gewählte Verantwortungsträger ihre Leistungen und Inhalte gleichermaßen präsentieren können beziehungsweise sollten wir im Sinne der Minderheitenrechte auch nicht auf die Partei der Piraten vergessen.

Zum Beispiel könnte man bei einstimmigen Gemeinderatsbeschlüssen Vertreter aller Gemeinderatsparteien in einem Video erscheinen und zum Beschluss sprechen lassen. Jedenfalls soll die Optik einer Bevorzugung, wie es jetzt aussieht, dass es in diese Richtung gehen könnte, vermieden werden.

Aus diesem Grund ergeht namens der freiheitlichen Partei folgender

dringlicher Antrag:

1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, ein Regelwerk zu erarbeiten, das allen Stadtsenatsreferenten ohne Unterscheidung ihrer Zuständigkeit oder der politischen Couleur die Möglichkeit einräumt, ein Video pro Monat auf die Homepage der Stadt und die Seite Facebook zu stellen.
2. In einem weiteren Schritt werden die zuständigen Stellen ersucht, in diesem Regelwerk festzuhalten, dass sich Aussagen des jeweiligen Referenten in den Videos ausschließlich auf den jeweiligen Wirkungsbereich des Stadtsenatsreferenten beziehen dürfen und Videos der Stadt Graz nicht für parteipolitische Zwecke oder für Angriffe auf beziehungsweise für Kritik an anderen Politikern (seien Sie aus Europa, dem Bund, dem Land oder der Stadt) verwendet werden dürfen. Videos mit politischen Aussagen sollen ausschließlich über die Parteizentralen veröffentlicht werden.
3. Pro Gemeinderatssitzung soll ebenfalls ein Video erstellt werden, in dessen Rahmen Aussagen von Vertretern aller Gemeinderatsfraktionen, also auch jener Fraktionen, die kein Stadtsenatsmitglied stellen, vorkommen sollen. Einstimmige Beschlüsse würden sich hier besonders anbieten.

Ich bitte um Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Antragsteller, liebe KollegInnen! Eigentlich, wenn man den ersten Satz des Antrages liest, die Richtlinien der Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Stadt Graz gelten als die strengsten in ganz Österreich, dann denkt man sich erst mal, wofür überhaupt dieser Antrag, das ist auch das, was wir uns erst gefragt haben. Warum noch ein zusätzliches Regelwerk, wenn es ein Regelwerk bereits gibt? Aber als dieses Regelwerk erstellt wurde, war natürlich, die Medien verändern sich einfach und die Nutzung von Facebook usw., das sind einfach mediale Nutzungen, die sich verändert haben und auf die muss man reagieren und auf die reagiert man am besten, bevor es ausgenutzt wird, bevor es missbraucht wird und insofern haben wir dann gesagt, sind diese Vorgaben sicher gut, weil sie sorgen für Gerechtigkeit und deswegen können wir dem auch zustimmen. Aber was wir uns auch gedacht haben, und da haben wir offensichtlich sehr ähnlich gedacht wie die Grünen, was nutzen Regelwerke, wenn Verstöße dagegen keine Konsequenzen haben und ein Verstoß, der ja auch der Anlass dieses Antrages war, der war nach dem bisherigen Regelwerk eben, das besagt Punkt 7, die Vermittlung parteipolitischer Inhalte und Aussagen ist strikt zu vermeiden, auch jetzt schon ein Verstoß. Es wurde damit eben der Zuständigkeitsbereich überschritten und unlauter gehandelt. Insofern stimmen wir gerne auch dem Zusatzantrag der Grünen zu, den ich jetzt schon vorweg nehme, der eben sagt, dass dieses Video, das dagegen verstoßen hat, wieder entfernt werden soll (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

GR. Dr. **Wohlfahrt** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einiges ist schon vorweggenommen worden. Ich glaube, es ist im Wesentlichen so, es gibt eine Richtlinie zur Öffentlichkeitsarbeit, eine Richtlinie, mit der wir sehr gute Erfahrungen gemacht

haben, die auch immer besser funktioniert hat, die wir mühsam in der Umsetzung erprobt haben, die schon sehr alt ist, das stimmt, aber ich sehe auch nicht ganz den Bedarf, wegen neuer Kommunikationsmittel das gleich ändern zu müssen, weil an sich spricht die Richtlinie nicht wirklich über das Kommunikationsmittel, sondern generell über Kommunikation und ich glaube nicht, dass sie unbedingt reformbedürftig ist. Aber schauen wir uns noch kurz den Antrag an. Die Unzufriedenheit mit gewissen Dingen, das verstehe ich gut und können wir gut teilen, die Ideen vom Antrag können wir nicht ganz teilen, wir können uns das nicht so klass vorstellen, wenn da jetzt jedes Monat Videos produziert werden, ob das wirklich einen Mehrwert hat, weiß ich nicht genau. Also wir wären da nicht dabei, weil ich glaube, das brauchen wir nicht unbedingt. Bei der Überarbeitung der Richtlinien sehen wir es auch nicht ganz, nur weil sie alt ist, kann sie auch noch gut sein. Wir haben nichts Konkretes herausgehört, warum man es überarbeiten müsste und das Video pro Gemeinderatssitzung, noch dazu von einstimmigen Beschlüssen, stelle ich mir ganz spannend vor, dann sagen sechs Leute, warum sie ja gestimmt haben, wenn vielleicht über strittige, das hätte einen Informationswert, aber über einstimmige, ich weiß nicht, ob das irgendjemand anschaut. Aber kann man theoretisch machen, kein Problem damit, aber nicht mit grüner Unterstützung. Also wir sind da nicht dabei, aber, wie bereits angekündigt, es gibt einen Zusatzantrag. Hier noch einmal in aller Klarheit, weil zuerst als Abänderungsantrag ausgeschickt worden ist, wir haben es jetzt geändert auf Zusatzantrag, wir können ja alle vier Punkte dann so quasi einzeln durchabstimmen und schauen, wo es Mehrheiten gibt. Die Ergänzung zum vierten Punkt lautet: Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit wird aufgefordert, das Video vom 15.1.2016, in dem Bürgermeister Nagl seine Positionen zur Flüchtlingsthematik darlegt, umgehend von der Facebook-Seite der Stadt Graz zu entfernen, da dieses dem Punkt 7 der Richtlinien für Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz widerspricht. Dieser lautet: „Die Vermittlung parteipolitischer Inhalte und Aussagen ist strikt zu vermeiden.“

Wir könnten natürlich wahlrechtlich auch mit Punkt 6 argumentieren, wo es um Bilder geht, aber das ist ein bisschen kindisch, vielleicht kurz zu meiner Interpretation von

dem Video noch. Es fängt ja durchaus, jetzt sage ich einmal, staatstragend sogar an, wo der Herr Bürgermeister als Bürgermeister spricht... der Stadtregierungssitzung, nur das gleitet dann ein wenig sehr in, unseres Erachtens eine Einschätzungsfrage, aber ich glaube, da wird sich eine Mehrheit finden, das gleitet sehr in Parteipolitik ab, es ist nicht nur die Zuständigkeit der Stadt Graz, Obergrenzen österreichweit zu diskutieren, da kann er in seiner Funktion als Bürgermeister keine Wortmeldung dazu machen und es ist doch etwas überraschend diese Deckungsgleichheit mit einer Petition der ÖVP und dergleichen, also hier ist unseres Erachtens eindeutig parteipolitische Aussagen und Inhalte dabei und deswegen ersuchen wir einfach und hoffen auf breite Unterstützung, dass dieses Video von der Homepage der Stadt oder von der Facebook-Homepage der Stadt wieder entfernt wird. Ich bitte um Annahme des Zusatzantrages (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics:** Kollege Hötzl, ich bin ein bisschen überrascht über deinen dringlichen Antrag. Ich habe mir herausgenommen, weil genau das ja Thema war und zwar nach einer relativ langen Diskussion, das Überarbeiten der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz war über Anregung vom Kollegen Eustacchio und der Frau Vizebürgermeisterin Schröck haben wir ja die Mag. Dominik beauftragt, sie soll da in Richtung Öffentlichkeitsarbeit einen überarbeiteten Vorschlag machen für die Regelungen und ich habe den Artikel von vor genau einem Jahr, „Werbung: ÖVP wollte Kopf-Verbot für Politiker kippen“, titelt die Kleine Zeitung und schreibt dann: „Dieses Stück wurde von den anderen Parteien allerdings im Ausschuss in der Luft zerrissen und die ÖVP ließ es wieder von der Tagesordnung nehmen.“ Also ich bin jetzt überrascht, also auf der einen Seite, wie wir eine Möglichkeit schaffen wollten, dass die Richtlinien den Bundesrichtlinien angepasst werden, also die Verschärfungen, die nur unsere Richtlinien beinhalten, dass man das ändern, war eine breite Mehrheit und wortreich der Kollege Haßler, was das soll, unglaublich, ein Anschlag darauf, dass die Frau

Vizebürgermeisterin mit einem Kopf auch noch vorkommen soll, also das ist uns weggewischt worden und heute gibt es einen dringlichen Antrag, wir sollen diese Richtlinien überarbeiten. Genau in die Richtung hin, dass man eben genau diese Möglichkeiten wieder schafft. Also manchmal bin ich mir nicht ganz sicher, was da wirklich im Gemeinderat gewollt wird, vor einem Jahr war es dezidiert weg damit und daher hat es dann auch keine Änderung gegeben. Das Stück ist nach wie vor vorhanden, wir können es ja gerne wieder einmal diskutieren. Das Zweite ist, und das muss ich jetzt schon festhalten, es ist ein Unterschied, bei allem Verständnis, aber es ist ein Unterschied, ob ich Stadtregierungsmitglied bin oder Bürgermeister, nämlich deshalb, weil es auch vom Land her einen großen Unterschied im Statut gibt. Der Bürgermeister vertritt die Stadt nach außen. Das sagt ihr auch bei jeder Gelegenheit, die Kompetenz des Bürgermeisters ist allumfassend oder wie ihr das immer nennt, ist er ja für alles zuständig, aber wenn er dann was sagt, in dem Fall tatsächlich auch in seinem Zuständigkeitsbereich, weil er hat nichts anderes gesagt in dem Video, als er zuvor der Stadtregierung gesagt hat, also er hat nicht irgendwas erfunden, was keiner noch gehört hat vorher, sondern es ist ein Video, wo er über die Situation in Graz spricht und die Leute aufklärt darüber, was wir machen, in welcher Zahl die Leute hier sind und es war genau das, was zuvor in der Stadtregierung, der ich zufällig angehört habe, weil ich im Büro für das ja auch zuständig bin, das war genau das, was alle, die dort gesessen sind am Tisch, wollten. Es sollen die Bürger darüber informiert werden, wie viele Leute sind da, wie viele Heime sind da, wie geht es der Stadt mit den Flüchtlingen, das war das Thema und dass man sich da nicht wenden kann als Bürgermeister über ein Video steht in den Richtlinien nirgends und parteipolitisch wäre es dann, wenn es die Linie der Partei wäre. Aber es ist weder die Linie der Landespartei, noch die Linie der ÖVP, also wann ist etwas parteipolitisch? Wenn ich das, was ich in der Stadtregierungssitzung sage, auch nachher dann in einem Video, veröffentliche als Zuständiger dafür, als Bürgermeister, dann ist es bitte, mag eine politische Erklärung sein, aber es ist keine parteipolitische Erklärung und es war gewünscht, dass man in der BIG dazu was machen. Also auf der einen Seite wollen alle, dass alle möglichst

informiert sind, wenn dann etwas kommt, in dem Fall viel geteilt worden ist, weil es im Moment eben ein Thema ist, das werden ja alle zugeben, dass das ein Thema ist, was die Leute beunruhigt, sondern die Zahlen wissen wollen und die Fakten wissen wollen. Sagt man das in einem ganz ruhigen und nicht in irgendeinem reißerischen Video, dann ist plötzlich eine große Aufregung. Also ganz verstehe ich die Aufregung darum nicht, der Bürgermeister hat das Recht, für die Stadt zu sprechen, § 56 des Statutes gilt für alle Bürgermeister in der Steiermark und das ist eben eine Kompetenz mehr als andere Regierungsmitglieder haben und wenn wir über die Öffentlichkeitsarbeit reden wollen, das wollten wir, vor einem Jahr haben wir einen Vorschlag gemacht für eine Abänderung, damit genau das, ich glaube das auch persönlich, nichts dabei ist, wenn jemand was leistet als Regierungsmitglied, dass man dafür auch gesehen wird, das ist ja nichts unanständiges, weil wenn die Elke was für die Wohnungen macht und auch bei irgendwas dabei ist und ihr Kopf dabei ist und man weiß, sie hat es gemacht, ist es ja nicht so, was nicht in Ordnung ist, das würde auch der Bund in Ordnung finden, nur unsere Regelung schließt das im Moment aus. Wir wollten das vor einem Jahr, wir sind dafür von euch ordentlich in der Zeitung gefotzt worden, also wenn es so sein soll, dann können wir das Stück ja gerne wieder herausholen aus der Mottenkiste, nachdem es erst ein Jahr liegt, noch nicht zerfressen sein, dann reden wir wieder drüber, aber es ist ein grandioser Schwenk von euch, die ihr das vor einem Jahr zu 100 % abgelehnt habt (*Applaus ÖVP*).

GR. **Hötzl:** Danke, trotz der Nichtzustimmung der ÖVP, klar unangenehm, scheint es eine Mehrheit zu geben. Nur ein paar Worte zum Herrn Dr. Wohlfahrt von den Grünen. In meinem Antragstext, wir wollen ja nur dürfen sozusagen, neben dem Bürgermeister, wir wollen ja nicht müssen, also jeder, der will auf der Regierungsbank, soll sozusagen dürfen. Momentan darf es nicht einmal der Bürgermeister, macht es aber trotzdem. Also wir wollen da nur ein bisschen eine Chancengleichheit haben, also dürfen, über

das Ressort der Öffentlichkeitsarbeit darf eh jeder zu jeder Kleinigkeit quaken in Wirklichkeit und es wird halt rechtlich so hingebogen. Gut, aber trotzdem danke für die Zustimmung und wir werden auch beim Zusatzantrag mitgehen (*Applaus FPÖ*). Zum Kollegen Rajakovics, dessen Geistes Wesen das ja offenbar gewesen ist, was er jetzt gesagt hat, nämlich das Video, möchte ich nur eines sagen, dass du eine Beweisführung über die Kleine Zeitung, über Berichte der Kleinen Zeitung bringst, das finde ich beachtlich, aber ein bisschen naiv, aber vielleicht doch irgendwie bewusst hergezeigt, ist offenbar Gesetz...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Habt ihr zugestimmt, ja oder nein?

GR. **Hötzl:** Das hat gute Gründe gehabt, der Teufel liegt oft im Detail und in der Detailreiterei seid ihr oft gut, weil ihr macht alles über das Hintertürl immer. Das ist leider oft so (*Applaus FPÖ*). Dann sagst du, mein linker Antrag. Was ist da link? Wie du rausgekommen bist, hast du gesagt, danke für den linken Antrag, ist er nur link, weil er aus rechtlicher Sicht vielleicht unangenehm für euch ist oder nicht passend ist?

Zwischenruf Rajakovics unverständlich.

GR. **Hötzl:** Hast du nicht gesagt? Dann habe ich mich verhört, dann tut es mir leid. Dann nehme ich es zurück. Dann hast du einen Unterschied eingebracht von Gemeinderat und Bürgermeister, dass der Bürgermeister natürlich schon was anderes ist als der

Gemeinderat. Zuletzt habe ich das von der Sissi Potzinger gehört, die ihn ja nahezu heilig gesprochen hat, also diese Heiligsprechung war ja auch sehr interessant, aber eines muss ich dir schon sagen, das oberste Organ der Stadt Graz ist schon der Gemeinderat und wenn der Gemeinderat was beschließt, wird auch der Herr Bürgermeister sich beugen müssen dem Ganzen. Wie es aussieht, werden wir das Ganze beschließen. Ich will nichts unterstellen, aber ich glaube, das ist eine reine Ablenkungsaktion gewesen in den letzten Tagen, weil der Herr Schönegger angeklagt worden ist, was natürlich auch sehr unangenehm ist.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat, können Sie bitte das Schlusswort beenden.

GR. **Hötzl**: Das war es. Danke (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich schon gerne noch einen Kommentar zu der mehr oder weniger Vorverurteilung vom Gemeinderat Hötzl vom Herrn Bürgermeister kommen. Man kann politisch der Meinung sein, dass das nicht zulässig ist und unseren Richtlinien nicht entspricht, aber das stand hier jedenfalls und man kann auch darüber abstimmen, aber das ist keine sozusagen keine Feststellung des Gemeinderates, weil darüber kann man, ich habe mich an der Diskussion vor einem Jahr auch beteiligt, trefflich streiten, darüber kann man trefflich streiten, ob das unseren Richtlinien entspricht oder nicht. Also das möchte ich gerne klar gesagt haben. Wir stimmen jetzt darüber ab, ob diese Richtlinien geändert werden

sollen nach den einzelnen Unterpunkten eins, zwei, drei und haben dann als vierten Unterpunkt den Zusatzantrag vom Gemeinderat Wohlfahrt.

Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Grüne) angenommen.

Der Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Grüne) angenommen.

Der Punkt 3 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Grüne) angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt den Vorsitz.

8) Prüfung zur Herstellung von nachhaltig nutzbaren Wohneinheiten in Holzbauweise für AsylwerberInnen in der Landeshauptstadt Graz

GR. Dreisiebner stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner:** Werte ZuseherInnen auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Wir haben heute schon das eine oder andere Mal über die Situation und unsere Herangehensweise mit der Flüchtlingssituation gesprochen. Wir wissen, dass es, wie auch immer sich die Situation weiterentwickelt, ob es Zielwerte, Obergrenzen oder was auch immer gibt, dass wir die eine oder andere Situation haben werden, der wir uns offensiv und möglichst positiv stellen sollten, so auch die Frage der Wohnversorgung. Ist heute auch schon Thema gewesen, Andritz oder die Kirchnerkaserne, wir als Stadt Graz sind, glaube ich, in der Ziehung, dass wir versuchen, eine möglichst qualitativ hochwertige Versorgung für die Menschen darzustellen. Stadträtin Elke Kahr hat in einem Statement erwähnt, dass es über eine Privatvermietung zu sagenhaft furchtbaren Zuständen kommt, wo man sehr viel Geld für ein Stockbett, quasi eine Matratzengebühr bezahlt und nicht mehr im Sinne einer Miete das Ganze abwickelt. Genau das können wir, glaube ich, durch eine offensive, durch eine aktive Herangehensweise versuchen zu klären. Ich werde jetzt den Motivenbericht nicht zur Gänze noch einmal erläutern, aber ich glaube, dass es Übereinstimmung gibt, dass wir keine Massenunterkünfte wollen, das habe ich heute schon gehört, dass wir keine Unterkunftsarten haben wollen wie etwa in Leoben, aufgelassener Baumarkt, wo ein qualitatives Leben auf Dauer nicht möglich ist, ich rede jetzt nicht von einer Übergangslösung, wo man ein/zwei Nächte bleiben muss, sondern wo man wirklich dauerhaft bleiben soll und dass wir vielleicht uns auch nicht unbedingt mit Stahlcontainern auseinandersetzen wollen in unserem Stadtbild, die dann auch in sehr großer Anzahl mit schlechter Betreuung durch Privatorganisation, Privatfirma usw. abgewickelt werden. Was wäre eine Lösung? Was wäre eine mögliche Herangehensweise? Die mögliche Herangehensweise wäre, dass wir das Know-how unserer ArchitektInnen und unserer Bauwirtschaft nutzen und zum Beispiel auf einen heimischen Rohstoff zurückgreifen, der da ist, auf Know-how zurückgreifen, das da ist und das schon mehrfach auch aufgestellt worden ist beziehungsweise in Verwendung ist. Da geht es um Holzbau, Wohnholzbau in Wohnmodulform, das mehr Qualität anbieten kann, das individueller zugeschnitten werden kann als eine Stahlcontainer-

Lösung. Diese Holzbautechnik kann auch nachhaltig weitergenutzt werden, könnte, kann weitergenutzt werden, sie kann den dementsprechenden Bauvorschriften, die unser Baugesetz uns vorschreibt, auch später zum Beispiel im privaten, in genossenschaftlichen oder im Gemeindewohnbau weiterverwendet werden. Ich glaube, dass das keine schlechtere Lebens- und Wohnqualität darstellt als eine andere Bauweise. Dafür gibt es eben auch in Graz und in Österreich schon genügend Beispiele. Dazu braucht es dieses Bekenntnis, dazu braucht es viel Kreativität und viel Netzwerkarbeit. Wir sollten mögliche geeignete Grundstücke, die am privaten Markt vorhanden sind, wo unter Umständen jetzt noch kein Bebauungsinteresse besteht, aber das als Wohnbauland gewidmet ist, wir sollten über Aufschließungsgebiete entlang des Flächenwidmungsplanes reden, wir sollten über die Vorbehaltsflächen unter Umständen reden, wir sollten über Gründe reden, die gar nicht für Wohnbau genutzt sind, sondern zum Beispiel Industriebrachen, Gewerbebrachen, die in geeigneter Lage da sind, da gibt es zum Beispiel GBG und natürlich muss man das Ganze auch mit entsprechend den verschiedenen Abteilungen beziehungsweise auch den Stellen im Bund, Land und den karitativen Organisationen anziehen und diese Kommunikation braucht es. Es braucht, wie gesagt, aufgrund der diversen aufgesplitterten Zuständigkeiten ein klares Bekenntnis, den klaren Willen, dass wir hier Qualität abliefern und dass wir hier etwas Vorbildliches schaffen wollen. Interessanterweise, das hat sich parallel ergeben, ist es ja so, dass am nächsten Dienstag im Haus der Architektur genau dazu ein Diskussionsnachmittag, ein Planungsnachmittag stattfindet und am Abend eine Veranstaltung stattfindet am Dienstag, dem 26. Jänner, um 19.00 Uhr ist die Diskussions- und Präsentationsveranstaltung und um 15.30 Uhr, glaube ich, beginnen die Planungsrunden und vor einer Woche, da war der Antrag auch schon aus meiner Sicht so weit fertig, hat der Bundesflüchtlingskoordinator Christian Konrad, und zwar am 13.1., den Salzburger Nachrichten in einem Interview gesagt, dass er sich solche qualitätsvollen Unterkünfte, die den Flüchtlingen, den AsylwerberInnen zur Verfügung gestellt werden sollten, nach Möglichkeit in großer Zahl zur Verfügung gestellt werden

sollten, dass das auch in Holzbauweise passieren könnte, hat das den Salzburger Nachrichten gesagt. Also ein etwas anderer Zugang als Wohncontainer, die nach zwei Jahren quasi nur mehr Schrottwert haben, die energietechnisch nicht die Qualität haben, im Winter dementsprechend mehr Heizungsbedarf usw., und wenn man sich das vorstellt, dass man in diesen fixen Größen Wochen, Monate leben muss, dann ist das wahrscheinlich für jeden von uns einsichtig, dass es nicht die Wohnqualität hat wie etwa so eine Modulbauweise, Holzmodulbauweise, wo man dementsprechend, ob man Familien, ob man unbegleitete Minderjährige oder andere Gruppen dort betreut, unterbringt, dass man das dementsprechend abstimmen kann.

In diesem Sinne stelle ich an die zuständige Wohnungsstadträtin und an den zuständigen Beteiligungsstadtrat, also Elke Kahr und Gerhard Rüscher, folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

dreiteilig:

1. Die zuständige Stadträtin Elke Kahr und der Beteiligungsstadtrat Gerhard Rüscher werden beauftragt, mit den ExpertInnen des Wohnungsamtes, des Eigenbetriebes „Wohnen Graz“ sowie mit allen anderen relevanten Abteilungen, Ämtern, Gesellschaften im Haus Graz in Kontakt zu treten, um eine Strategie und einen Zeitplan zur Beschaffung von qualitätsvollen und nachhaltig nutzbaren Übergangswohnraumeinheiten in ausreichender Anzahl für AsylwerberInnen in der Grundversorgung im Sinne des Motivenberichts zu entwickeln.
2. Die beiden genannten StadträtInnen werden überdies beauftragt, mit den zuständigen Stellen in Bund und Land Steiermark, mit Organisationen, die in der Wohnbetreuung von AsylwerberInnen tätig sind, mit der städtischen Abteilung für Immobilien, mit der GBG sowie schließlich mit der SIVBEG bezüglich der Kirchner-Kaserne, privaten und genossenschaftlichen Bauträgern in Kontakt zu treten, um

potentiell mögliche Grundstücke für die Errichtung von kleineren und mittleren Wohneinheiten in ausreichender Anzahl auf dem Stadtgebiet der Landeshauptstadt Graz festzulegen.

3. Beide genannten StadträtInnen werden schließlich ersucht, bis April 2016 dem Gemeinderat über die vorgeschlagene Strategie zur Beschaffung und über die Fortschritte im Findungsprozess der notwendigen PartnerInnen, das heißt, den vorher genannten Stellen Bund, Land usw. für die Errichtung von qualitätsvollen und nachhaltig nutzbaren Übergangswohnraumeinheiten, einen Informationsbericht vorzulegen.

Ich ersuche um Annahme (*Applaus Grüne*).

StR.ⁱⁿ **Kahr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Karl! Ich habe lange überlegt, wie ich mit diesem Dringlichkeitsantrag umgehen soll. Was den Motivenbericht und die Beschreibung der Situation für die Menschen, die jetzt zu uns kommen sind und in der Grundversorgung da sind, wie es ihnen geht, das teile ich, das kann ich alles inhaltlich zustimmen. Aber eines ist ganz klar, ich bin die Wohnungsstadträtin in Graz und zuständig für die Schaffung von Gemeindewohnungen und ich bin nicht zuständige Wohnungsstadträtin für die Schaffung von Wohnraum für AsylwerberInnen, die in der Grundversorgung sind. Was ich aber tu, weil es jetzt nicht nur um... das habe ich heute schon einmal erwähnt, es geht um qualitativen Wohnraum, damit meine ich einfach menschenwürdigeren Wohnraum als wie diese Containerlösungen, das gilt übrigens genauso, weil wir immer so schön reden von Vinzi-Dorf und von den ganzen Sachen, aus meiner Sicht sind auch diese Wohnformen nicht das optimalste, letztendlich sind es auch nichts anderes als wie andere Formen von Wohncontainern. Und wir brauchen in Graz unabhängig auch davon Übergangswohnungen für viele wohnungslose Menschen, das habe ich heute auch schon gesagt, wir brauchen auch Lösungen niederschwellige, kurzfristige

Wohnformen auch für Menschen, die an Sucht erkrankt sind, das ist zum Beispiel ein Thema im Bereich, mit dem sich niemand da im Haus beschäftigt. Ich habe das x-mal schon auch erwähnt, aber das kann man zum Beispiel auch nicht...das Wohnungsamt versorgt ja diese Menschen mit Gemeindewohnungen. Aber die Gemeindewohnungen sind für einen Teil dieser Menschen nicht als dauerhafte Wohnform geeignet, weil die verlieren sie wieder aus unterschiedlichsten Gründen, weil es mit einer Betreuung geht usw. und auch die Asylwerber, die in der Grundversorgung sind, brauchen auf jeden Fall kleinere und bessere Unterkünfte, wie sie jetzt der Bund andenkt und dort liegt die ausschließliche Zuständigkeit, das muss ich wirklich extra einmal betonen, aber es ist ja nicht so, dass nur du auf den Gedanken kommst, abgesehen davon, dass man Holzmodulweise, das ist auch nichts Neues, weil das haben wir am Grünanger schon gemacht vor 15 Jahren und auch ein anderes Wohnprojekt ist in der gleichen Weise, es kommen auch laufend zu uns Architekten mit unterschiedlichsten Vorschlägen, das ist ein guter Vorschlag, aber wie gesagt, an dem liegt es ja nicht, dass es nicht Überlegungen gute gibt vom Planen, wie man günstigen Wohnraum... braucht die Bereitschaft, Geld und wir brauchen auch ein Grundstück, wo man das verwirklichen kann. Und das geht nicht ohne den Bund und ohne das Land. Deshalb habe ich letztes Jahr, der Stadtrat Rüschi ist jetzt leider nicht da, und mit der Abteilung Immobilien, die Kathi Peer war ja da mehrmals genau dieses Thema im Zusammenhang mit AsylwerberInnen in der Grundversorgung angesprochen, dass wir dem Bund hier bei dem Akquirieren von Grundstücken behilflich sein sollten und auch Modelle vorschlagen sollten, was sie und auch das Land finanzieren können. Weil wir von der Stadt werden es nicht finanzieren können, weil noch einmal, unser Hauptauftrag ist, Gemeindewohnungen zu schaffen, damit diejenigen AsylwerberInnen, die dann einen positiven Asylbescheid haben nach einem Jahresaufenthalt in Graz dann um eine Gemeindewohnung ansuchen, auch wir mit einer Gemeindewohnung wohnversorgen können. Deswegen werden wir der Dringlichkeit, das ist dauerhaft schon letztes Jahr dringlich gewesen, deswegen haben wir es auch angesprochen, es gibt ein konkretes Projekt, was im Stadtplanungsamt angesiedelt ist, das tut mir leid, dass jetzt auch der

Bürgermeister nicht da ist, er könnte sonst dazu berichten, wo mit Hilfe von EU-Mitteln genau so eine Wohnform angedacht ist, das wird aber frühestens 2018 spruchreif werden und es gibt auch die Suche von der Kollegin Peer in der Abteilung Immobilien für ein Grundstück. Es wird auf städtischer Ebene unabhängig von einem Auftrag genau in die Richtung auch gedacht und gearbeitet und das habe ich als, wenn man so sagen will, als Wohnungsstadträtin, die auch, wenn es nicht in der Verantwortung liegt, aber nicht egal ist, wie die Menschen untergebracht sind, bin ich bereit, mit dem Stadtrat Rüschi gemeinsam das auch weiter zu forcieren. Aber ich stimme trotzdem dem Antrag nicht zu, weil, noch einmal, weil zuständig steht und zuständig bin ich tatsächlich nicht, ich bin aber gerne bereit, den Gemeinderat darüber zu informieren und zwar auch noch vor dem Sommer, wie weit wir damit gekommen sind (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Ich habe bis vor kurzem, bis zur Behandlung des vorletzten Dringlichen gedacht, dass immerhin fünf von zehn dringlichen Anträgen sich mit dem Thema Nummer eins in Europa, in Österreich, der Steiermark und auch in unserem Gemeinderat beschäftigen. Es sind aber sechs, weil auch der Öffentlichkeitsarbeitsantrag einzig und allein den Anlass einer Äußerung des Herrn Bürgermeisters zu diesem Thema Nummer eins zugrunde hatte. Also sechs von zehn Anträgen beschäftigen uns mit dieser ganz, ganz wichtigen Angelegenheit. Ich möchte danken, Karl, dass du auch dich damit in dieser Weise befasst, ich kenne auch diese Holzhäuser, in Tamsweg sind sie vor kurzem in Betrieb gegangen, die sind dort errichtet worden, sind sehr ansehnlich, passen gut jedenfalls auch in die Landschaft dort. Möglicherweise auch anderswo, aber die Frau Wohnungsstadträtin Elke Kahr hat präzise, umfassend und weit über ihren unmittelbaren Verantwortungsbereich hinaus hier gerade zu uns gesprochen. Ein Problem, das uns hier auch in unserer Aufgabe als Kommune betrifft, wird vor allem das der Wohnversorgung der anerkannten Asylwerber sein und wird es nicht nur sein, sondern beschäftigt uns jetzt schon sehr.

Wenn du, da verstehe ich dich nicht ganz, in deinem Antrag dich ausschließlich auf die bestehende Problematik der Personen in der Grundversorgung, sprich der Asylwerber, beziehst, da verstehe ich das zunächst nicht diese Einengung, aber umso mehr gilt hier eine klare von der Frau Stadträtin schon aufgezeigte Aussage, hierfür ist der Bund zuständig und das hat jetzt nichts mit einem billigen Abschütteln einer menschlich durchaus gegebenen Mitverantwortung zu tun, sondern, der Bürgermeister hat eingangs berichtet, vor drei Tagen war ein großer, in Vorbereitung des Asylgipfels im Bundeskanzleramt, eine große Besprechung der Bürgermeister größerer Kommunen zu diesem Thema und der Hauptpunkt konsensual war, der Bund muss auch den Gemeinden auch für diese Aufgaben, die sie in dieser Grundphase bewerkstelligen, der Herr Stadtrat Hohensinner hat das ausgeführt heute, was im Integrationsbereich, im Sprachausbildungsbereich und, und, und auch dort auf uns zukommt und was wir wahrnehmen, unabhängig von unserer Zuständigkeit, der Bund muss uns insgesamt für diesen Bereich auf finanziell in die Lage versetzen, hier unserer Verantwortung, wie wir sie leben, nachzukommen und es wäre, glaube ich, ein völlig falsches Signal, wenn wir jetzt diese Sache auch formal zu unserer zu machen, Asylwerbern in der Grundversorgung jetzt sozusagen hier dem Bund Modell zu erarbeiten und zu managen in diesem Bereich. Dein Antrag, wenn er keine Mehrheit findet, was, glaube ich, abzusehen ist, wird als einfacher Antrag ohnedies hier sein und ich danke durchaus für diese Idee, die wir auch weitergeben werden, aber ich glaube, es steht uns gut an in dieser komplexen Geschichte, unsere Verantwortung wahrzunehmen dort, wo wir sie unmittelbar haben, weiterhin unsere Verantwortung wahrzunehmen, wo wir sie aus guten Gründen auch bisher schon haben und vor allem schließe ich mit einem Appell, dass der Bund uns in die Lage versetzen möge, hier den Frieden in unserer Stadt auch im Integrationsbereich in Hinkunft wahren zu helfen. Wir werden dem Antrag daher nicht zustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grossmann:** Frau Bürgermeisterstellvertreterin, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Bühne, am Balkon, in den Logen, lieber Antragsteller! Die Frau Stadträtin und der Herr Ehrenklubobmann Dr. Peter Piffl-Percevic haben inhaltlich schon alles gesagt in Wahrheit, was dazu zu sagen ist. Deshalb gestatte ich mir eine Bemerkung, lieber Karl. Seit Erwin Ringel wissen wir, der vorausseilende Gehorsam ist der österreichischen Seele innewohnend. Empfehlenswert ist er nicht, auch in diesem Fall würde ich sagen, empfehlenswert ist er nicht. Ich denke, wir haben unglaublich viele Aufgaben zu erledigen und wir würden, wenn wir diesen Antrag, so wertvoll er ist, und ich denke, wir haben viele Möglichkeiten, wenn ich nur daran denke, dass Schulklassen in der Stadt Graz in Containern untergebracht sind, denke ich mir qualitätsverbessernd kann man das ja gerne aufgreifen, auch viele andere Fragen werden wahrscheinlich der Frau Stadträtin und auch anderen Stadtsenatsmitgliedern hier auffallen, wo wir eine qualitätsvolle Verbesserung hereinbringen können. Aber ich denke, in dieser Frage würden wir ein Zeichen setzen, dass wir auf keinen Fall setzen sollten, denn wir würden den Bund aus seiner Verantwortung entlassen und eine Aufgabe übernehmen, die uns überhaupt nicht übertragen ist und ganz im Gegenteil, kritisch muss man anmerken, wir werden ohnehin in der Bewältigung unserer Probleme vom Bund und Land weitgehend im Stich gelassen. Ob das jetzt die Verkehrsproblematik ist, ob es die Schaffung von Gemeindewohnungen, von leistbarem Wohnraum ist, in vielen anderen Fragen genauso. Ich denke, wir sollten eine andere Vorgangsweise wählen, wir wollten den Bund stärker in die Pflicht nehmen und dem Bund klar und deutlich sagen, wofür er finanzielle Verantwortung trägt. Weil im ersten dringlichen Antrag, den wir heute beschlossen haben, schon sehr intensiv darüber gesprochen und ich denke, das sollte die Aussage sein. Kollege Piffl-Percevic hat schon gesagt, er wird als einfacher Antrag aufgenommen werden mit Sicherheit und damit wird diese Qualitätsverbesserung auch durchaus ein Thema bleiben. Aber ich denke, in diesem Fall dürfen wir diesen vorausseilenden Gehorsam in keinem Fall eingehen. Dankeschön (*Applaus ÖVP, KPÖ und SPÖ*).

GR. **Dreisiebner:** Wie ihr alle wisst, können wir hier Petitionen einbringen, an Bund und Land richten und an wen auch immer richten. Was wir nicht tun sollten und schwerlich können, ist Finanzierungen oder Finanzwirksames vorzuschlagen. Das habe ich hier bewusst ausgeklammert und ich habe hier nicht den vorseilenden Gehorsam geübt, sondern ein Teil des Ganzen wäre, ein Projekt zu entwickeln. Ein Idee weiterzuentwickeln, dass man sie wirklich in die Umsetzung bringen kann, um dann an die zu gehen, die uns ja angeblich, vorgeblich immer nur im Stich lassen: Land, Bund etc. Ich glaube, dass Graz hier wieder einmal etwas beweisen hätte können, wenn hier in diesem Saal etwas mehr Mut bestehen würde und etwas weiterer Blick unter Umständen, dass wir mit einem schönen Projekt in der Hand wirklich an die Stellen, die das zu finanzieren haben selbstverständlich, und ich bin auch dafür, dass das refundiert werden muss, dass man damit eine neue, andere Qualität, und ich meine eine Qualität, wie sie unserer Stadt eben noch würdig wäre, statt Stahlcontainern, und einen Unterschied zwischen den Schulklassen gibt es und dem Wohnen gibt es schon. In der Schulklasse bin ich paar Stunden, im Wohnumfeld bin ich viel, viel länger und die Schulklasse im Container ist ein vorübergehendes Ereignis normalerweise, weil die Schule dann ja in der Regel ausgebaut, umgebaut wird, renoviert wird. Aber wie auch immer. Ich höre hier, wir sind nicht zuständig, ich höre hier, andere sind in der Ziehung und deswegen dürfen wir nicht und können wir nicht und wollen wir nicht. Noch einmal, vielleicht versuchen wir es einmal umgekehrt, das wäre eine ganz schöne Sache, deswegen nehme ich das mit, was Peter Piffl-Percevic gesagt hat, es wird geschäftsordnungsmäßig behandelt, vielleicht gibt es dann doch irgendwo in diesem Haus einen... dass man diese Idee aufgreift und weiterbetreibt, um hier eine andere Qualität hineinzubringen und dann drüber zu jammern, dass in Andritz das Ganze jetzt zu groß ist und dass dort etwas nicht passt und hier etwas nicht passt. Wenn wir es selber in die Hand nehmen, ich habe nicht gesagt, selber finanzieren, selber in die Hand nehmen, den Impuls setzen, dann können wir eine andere Qualität herstellen und so,

wie es scheint, ist hier die Mehrheit dafür nicht gegeben. Ich nehme das zur Kenntnis, aber wie gesagt, vielleicht passiert dort trotzdem was in der Richtung. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Information für die Bezirksbevölkerung zu den Themen Flucht, Asyl und Unterbringung

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Ich möchte noch kurz anschließen beim Antrag meines Kollegen. Also ich denke mir, was unsere beiden Anträge ausmacht ist, dass wir versuchen, sehr konstruktiv mit Situationen umzugehen und Lösungen zu finden und ich verstehe dich, liebe Elke, da ja irgendwie da nicht, oder habe ich nicht genug zugehört heute, aber wenn du am Anfang der Gemeinderatssitzung darüber klagst, wie wenig Wohnungen gebaut werden oder wurden in der vorletzten Periode, jetzt ist es ein bisschen besser, und dann nicht zu sehen, dass mit Möglichkeiten, wie es mein Kollege vorstellt. Es geht nicht um deine Zuständigkeit für AsylwerberInnen, es geht darum, dass über diese Möglichkeit einer Zwischennutzung für AsylwerberInnen sehr wohl sehr schnell qualitative und ästhetisch anspruchsvolle Gemeindewohnungen

entstehen könnten und für die AsylwerberInnen, so wie du es gesagt hast, bist du nicht zuständig, aber der Zeitpunkt, wo sie ein Jahr anerkannt sind und dieser Zeitpunkt wird kommen, deswegen verstehe ich einfach diese Widersprüchlichkeit deiner Argumentation in der heutigen Sitzung nicht. Aber sei es drum, der Antrag wurde abgelehnt und ich darf jetzt zu meinem kommen.

Ich denke, wir haben heute schon viel über Grenzen etc. gesprochen, ich möchte einfach darüber sprechen, was auch gelingt. Es ist so, ich wohne in Leonhard, wir haben dort in der Raimundgasse ein Caritas-Quartier und im Vorfeld gab es viel Unruhe, viel Informationen, da kommen nur Männer, das wird gefährlich für die Kinder etc. und die Pfarre, also die Pfarre Herz-Jesu war sehr darum bemüht, dass nicht nur die kirchlichen Organisationen jetzt hingehen und Informationen für die Bevölkerung verteilen, sondern dass es eine gute Zusammenarbeit mit der Bezirksebene gibt und auch mit der evangelischen Kirche und auch mit der Caritas über den Bezirksrat Severin Kann, ein Grüner, und die ÖVP-Bezirksvorsteherin war es dann möglich, relativ rasch einen Beschluss für eine Stadtteilversammlung zu erwirken und es wurde dort eine Informationsveranstaltung hochkarätig besetzt. Es kamen natürlich Leute hin, die ihre Hass-Geschichten losgelassen haben, aber es ist gut, wenn sie hinkommen und dort sie loslassen, um dem auch begegnen zu können. Eine zweite Geschichte ist der Verein Zebra, ist ein Beispiel dafür, die in dem Projekt „Zusammenleben in den Gemeinden“ mit Auftrag des Landes unterwegs sind, mittlerweile glaube ich in über 60 Gemeinden in der Steiermark und eben auch diese Stammtischparolen aufgreifen und dem mit Information begegnen: Das ist die eine Geschichte zu informieren, was ist wirklich mit dem Taschengeld, was ist mit einer Registrierung, wo erfolgt die, wo ist eine Erstregistrierung, wann ist man anerkannt, was heißt es, wenn der Asylbescheid negativ ist etc. Da kursiert viel, die Leute haben ein irrsinniges Bedürfnis nach Aufklärung und dem wollen wir einfach jetzt in der Stadt verstärkt nachkommen. Meine Kollegin Lisa Rücker hat es ja seit dem Sommer immer wieder in den Krisenstäben auch angeregt, ob es nicht bitte möglich wäre, da stärker für die Bezirksstrukturen eine Stütze zu bauen. So wie ich in den Vorgesprächen heute

entnommen habe, ist die Bereitschaft jetzt da, wofür ich mich jetzt schon bedanken möchte, das mit Informationsveranstaltungen auch zu tun. Es sind zum einen Informationsveranstaltungen, zum anderen darf man eines nicht aus dem Blick lassen, es gibt nach wie vor wahnsinnig viele Menschen in dieser Stadt, die sich scheren, die Deutschkurse in den Quartieren machen, die PatInnen sind, die anerkannte AsylwerberInnen begleiten in der Wohnungssuche, in der Antragstellung, in der Arbeitssuche, in den ganzen Wegen zum AMS, was es sonst alles gibt, in der Betreuung der Kinder und diese Leute untereinander zu vernetzen, da gibt es wesentliche Menschen in unserer Stadt, die viel leisten und diese wesentlichen Menschen sind unsere Bezirksrätinnen und Bezirksräte, die meisten, und die sich auch sehr darum bemühen, dass das vor Ort auch gelingt und der Antrag geht jetzt eben in diese Richtung, all diese Synergien eben auch zu sammeln und deswegen der... ich lese ihn einfach vor:

1. Der Gemeinderat bekennt sich zur Zielsetzung einer offensiven, transparenten und sachlichen Kommunikation mit der Grazer Bevölkerung zu den Themen Flucht, Asyl und Unterbringung von AsylwerberInnen.
2. Die Präsidialabteilung wird in Zusammenarbeit mit dem Büro für BürgerInnenbeteiligung beauftragt, ein Konzept für Informationsveranstaltungen in allen Grazer Bezirken zum Thema Flucht, Asyl und Unterbringung zu erstellen. Vordringlich sollten diese Informationsveranstaltungen in jenen Bezirken durchgeführt werden, wo mehrere AsylwerberInnenquartiere beziehungsweise Transitquartiere bereits bestehen oder in Planung sind. Bei der Konzepterstellung ist zu prüfen, ob das Angebot des Vereines ZEBRA, zum Beispiel "Zusammenleben in Quartier und Gemeinde", in Anspruch genommen werden kann, um die BürgerInnen zu informieren, zu unterstützen und zu vernetzen. Weiters ist zu prüfen, welche VerantwortungsträgerInnen (Bund, Land, Stadt QuartierbetreiberInnen) zu diesen Informationsveranstaltungen einzuladen sind, in welcher zeitlichen Abfolge diese Informationsveranstaltungen durchgeführt werden können und mit welchem

Aufwand zu rechnen ist. Dieses Konzept ist bis März 2016 dem Ausschuss für Verfassung sowie dem Integrationsausschuss zur Diskussion vorzulegen.

Ich bitte um Annahme. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a (FH) **Brenneis** zur Dringlichkeit: Es gibt tagtäglich in den Medien unzählige Berichte über diese Themen, über Flucht, Asyl und Unterbringung und trotzdem gibt es ein Riesen-Informationsvakuum. Diese Berichte, die vorhanden sind, werfen sehr oft mehr Fragen auf als sie beantworten. Information und Kommunikation sind der Schlüssel für ein gutes Zusammenleben, da auf diesem Weg Vorurteile und Berührungsängste abgebaut werden können und deswegen stimmen wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zu (*Applaus SPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Molnar**: Liebe Astrid, unsere Fraktion wird deinem Antrag unterstützen, weil wir halten es für eine sehr gute zusätzliche Maßnahme, die unser Integrationsstadtrat eigentlich auch schon in der Vergangenheit gemacht hat. Ich erinnere mich nur, der Kurt hat im City-Park mit der Anti-Diskriminierungsstelle, mit der Polizei, mit dem Integrationsreferat und ein/zwei anderes NGOs hier schon aktiv Bürger informiert. Dieses Format, das er hier gehabt hat, wird sicher auch noch weiter jetzt ausgebaut, wie wir in Andritz gesehen haben, waren hier auch schon die ersten Starts dazu und ich glaube, dass wäre eine Ergänzung. Eines möchte ich noch ganz kurz erwähnen: Ich halte es halt nicht für sehr sinnvoll, in einem dringlichen Antrag schon eine Firma oder einen Verein gezielt zu erwähnen. Ich halte von Zebra sehr viel, aber es gibt sicher auf dem Markt auch andere Vereine und das sollte man, glaube ich, nicht in einem Beschluss schon festlegen, wer das ist, sondern eben eine Ausschreibung oder anders machen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Nur ganz kurz, es tut mir leid, dass in der Korrektur der Korrektur ist das beispielsweise rausgerutscht, im Motiventext ist es noch mit einem Beispiel drinnen. Also das Beispiel bezieht sich auf die Zebra-Arbeit Zusammenleben in den Gemeinden, die vom Land finanziert wird. Natürlich können das andere auch machen, da gibt es tolle Organisationen bei uns. Wichtig ist mir, dass es passiert, danke deswegen auch für die Annahme. Danke auch dir, Kollegin Brenneis, noch einmal darauf hinzuweisen, wie groß dieses Informationsvakuum ist und jetzt sind wir einen Schritt weiter, dass das kleiner wird. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

StR.ⁱⁿ **Rücker** zum Antrag: Keine Debatte, eine Einladung, die ich aussprechen möchte. Im GrazMuseum ist gerade im Erdgeschoss, wenn man reingeht links, unter dem Titel „Asylraum“ eine Ausstellung eingerichtet, die auch einen Beitrag dazu leistet aufzuklären, Information zu geben und da wird es jeden Monat das berühmte flüchtende Café geben, das ist eine Form, die dazu einlädt, unterschiedliche Menschen zusammenzubringen und die Themen, Fragen, Ängste, Sorgen, Wünsche, Utopien zu dem Thema zu diskutieren. Das erste wird am 3.2. stattfinden, Näheres findet sich am Programm des GrazMuseums und wie gesagt, die nächsten drei Monate wird diese Ausstellung auch ein Angebot sein für die Grazer und Grazerinnen, sich mit dem Thema aktiv auseinanderzusetzen. Also diese Einladung wollte ich nur anhängen noch (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

10) WLAN gegen Vandalismus

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ein etwas anderes Thema, ich habe eine Überleitung versucht zu finden, mir ist definitiv keine eingefallen. Deswegen steigen wir einfach direkt in den Antrag ein. Der eine oder andere kennt es natürlich, in den Bussen, in den Straßenbahnen Beschädigungen an den Sitzen, zerkratzte Fensterscheiben, das heißt, Vandalismus ist in den öffentlichen Verkehrsmitteln allgegenwärtig leider. Ich habe nachgeschaut, in den letzten Jahren waren es zirka 55.000 Euro, zumindest die Zahl dürfte von 2013/2014 sein, was in Summe dann an Reparaturkosten investiert haben werden müssen. Mehr oder weniger durch einen Zufall ist ein deutsches Busunternehmen auf die Idee gekommen, WLAN in seinen Bussen einzuführen und hat dann nebenbei festgestellt, dass es dadurch erstens total angenehm ruhig in den Busse geworden ist, weil jeder beschäftigt war und in zweiter Linie die Vandalismusschäden auf null zurückgegangen sind. Und wir haben es dann verglichen, wie das so in Graz aussieht. Von den Fahrzeiten wäre das zirka vergleichbar, vor allem mit Linien, die ein wenig länger fahren, wir hätten Vandalismusschäden in Graz und wenn man sich ausschaut, was zum Beispiel in Linz und was 2013 eine Umrüstung einer Straßenbahn auf WLAN gekostet hat, das waren damals 1.800 Euro und jetzt haben wir 2016, das heißt, es wird wahrscheinlich schon ein Stückelr sogar günstiger sein, könnte man, wenn man sich das einmal schnell durchrechnet, sagen, naja, möglicherweise wäre es für uns sinnvoll in Graz WLAN in den Straßenbahnen einzuführen, würde möglicherweise auch die Vandalismusschäden

reduzieren. Vielleicht wird es ein bisschen leiser und ein toller zusätzlicher Nebeneffekt würde wahrscheinlich sein, dass Touristinnen und Touristen sich sehr darüber freuen, wenn sie in der Straßenbahn nebst den Hauptplätzen auch Gratis-WLAN hätten. Dementsprechend wäre es aus unserer Sicht sinnvoll eben, dass Graz hier einen Pilotversuch starten sollte, um eben auch dieses Einsparungspotential festzustellen und nach erfolgter Testphase idealerweise über einen flächendeckenden Einsatz nachdenken sollte.

Dementsprechend folgender

dringlicher Antrag,

bei dem ich euch um eure Unterstützung bitte: Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen werden ersucht zu prüfen, welches Einsparungspotential durch den Einsatz von WLAN lukriert werden könnte. Weiters soll geprüft werden, ob ein Teil dieser Mittel für eine testweise Einführung von Gratis-WLAN auf Strecken mit langen Fahrtzeiten, wie im Motivenbericht beschrieben, verwendet werden kann. Dem zuständigen Ausschuss ist darüber Bericht zu erstatten und gegebenenfalls ein Beschlussstück vorzubereiten. Dankeschön.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.20 Uhr den Vorsitz.

GR. **Mogel** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat! Also jetzt wegen dem Thema Vandalismus, das du hier aufs Tablett gebracht hast, haben wir vor kurzem in den öffentlichen Verkehrsmitteln Kameras einbauen lassen, das heißt, aus der Sicht erscheint mir das Thema jetzt nicht besonders dringlich. Aus touristischer Sicht, muss ich sagen, ist es eine nette Idee. Deswegen werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, dem Inhalt aber schon (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner:** Wir setzen den Schwerpunkt da etwas anders. Ich glaube, in einer Stadt, die über sehr viele Gäste, EinpendlerInnen und vor allem auch TouristInnen verfügt, ist es, glaube ich, ein sehr sinnvolles Angebot oder ein Versuch, ein solches Angebot einmal zu testen. Wenn ich denke, dass auf diesem Weg sich einige Informationen, ähnlich, wie du das vorher mit der App nach deutschem Vorbild erfolgreich beantragt hast, dass man hier in diesem Bereich einiges verbessern könnten und anbieten können. In jedem anderen Land oder vielen anderen Ländern, in vielen anderen Städten ist das ganz normal. Man steigt in öffentliche Verkehrsmittel ein, man geht in ein Kaffeehaus und hat eigentlich fast überall ein offenes WLAN zur Verfügung, das wäre ganz schön, wenn wir das in Graz einmal probieren würden. Wenn dann der Vandalismus wirklich auch um ein paar Prozent zurückgeht, dann soll es ein guter Nebenaspekt sein (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda:** Dann hoffe ich, dass das eine breite Zustimmung findet, was mir so dünkt und freue mich darauf, in der Straßenbahn mein WLAN zu haben und auch alle anderen werden sich freuen. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.